



Polizeiakademie  
Niedersachsen



**IKriS**

Institut für  
Kriminalitäts- und  
Sicherheitsforschung



Akademie  
der **POLIZEI** Hamburg  
Hochschule

## FORSCHUNGSBERICHT

# Jüdisches Leben und Alltag in Hamburg – LeAH

Prof. Dr. Eva Groß (Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg) (Projektleitung)

Prof. Dr. Joachim Häfele (IKriS – Polizeiakademie Niedersachsen) (Projektleitung)

Fee-Elisabeth Bertram, M.Sc. (IKriS - Polizeiakademie Niedersachsen)

Prof. Dr. Sören Kliem (Ernst-Abbe-Hochschule Jena – University of Applied Sciences)

Unter Mitarbeit von:

Dr. Anabel Taefi (Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg)

Juni 2024

## Schlaglichter/Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung füllt eine Wissenslücke, zumal bisher keine systematischen quantitativen Erhebungen zu Betroffenenperspektiven auf antisemitisch motivierte Kriminalität, Alltagsdiskriminierung, wie auch deren Folgen für jüdische Menschen bzw. jüdisches Leben in Hamburg vorlagen. Die Ergebnisse der Studie liefern wichtige Hinweise für evidenzbasierte Prävention und die Professionalisierung von öffentlichen und nichtöffentlichen Institutionen zum Schutz jüdischen Lebens in Hamburg.

Einige zentrale Ergebnisse werden in Folgenden kurz zusammengefasst:

- Insgesamt konnten 548 Jüdinnen und Juden erreicht werden. Der Anteil von Frauen ist mit 54 % etwas größer als der der Männer mit 44 %. Im Durchschnitt sind die Befragten 65 Jahre alt und somit deutlich älter als der Durchschnitt der Hamburger Bevölkerung. Der überwiegende Anteil der Befragten (85 %) ist Mitglied der Jüdischen Gemeinde der Hansestadt Hamburg.
- Ein großer Teil der Befragten hat in den letzten 12 Monaten antisemitische Vorfälle erlebt (77 %). Etwa 55 % berichten von strafrechtlich relevanten antisemitischen Betroffenheiten. Dabei werden verbale und psychologische Angriffe, wie z.B. Beleidigung und Bedrohung in und außerhalb des Internets (ca. 55 %) häufiger angegeben als körperliche Übergriffe, Belästigung oder Verfolgung (ca. 13 %). Etwa 76 % der Befragten verorten ihre Viktimisierungserfahrung in Hamburg. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die von antisemitischen Vorfällen berichten, zeigt diese nicht an (Anzeigerate: 19 %).
- Antisemitismuserfahrungen stehen im Zusammenhang mit der Intensität der Identifikation als jüdisch und insbesondere auch dem Gefühl, die eigene Religion nicht frei ausüben zu können. Unter Befragten, die keine antisemitische Viktimisierung berichten, meint die überwiegende Mehrheit, die eigene Religion uneingeschränkt ausüben zu können (89 %). Unter Befragten mit antisemitischen Viktimisierungserfahrungen sind es weniger als die Hälfte (49 %). Insgesamt deutet dies auf soziale Mechanismen der Desintegration und des Rückzugs als Folge der Antisemitismuserfahrungen. Das signifikant erhöhte identitätsbezogene Vermeiderverhalten, wie z.B. das Vermeiden

des Tragens religiöser Symbole oder das Offenlegen der jüdischen Identität in der Öffentlichkeit unter solchen Befragten, die in den letzten 12 Monaten Antisemitismus erfahren haben, verstärkt diesen Eindruck.

- Mehr als die Hälfte der Befragten (65 %), die eine konkrete antisemitische Viktimisierung erlebt haben, führen diese auf die aktuelle Krisensituation in Israel/Gaza zurück. Dies spiegelt die offiziellen Zahlen diverser Stellen wider, wonach in Folge des terroristischen Überfalls am 7. Oktober auf Israel ein deutlicher Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland registriert wurde.
- Neben den beobachteten direkten Folgen einer antisemitischen Viktimisierung, wie etwa erhöhte kriminalitätsbezogene Furcht, identitätsbezogenes Vermeideverhalten, Rückzug aus öffentlichen Räumen, psychische Folgen (z.B. Angst, langfristige Folgebelastungen), sozialer Rückzug oder Krankheit beobachten wir in den Daten auch indirekte Folgen. Dazu gehört die Veränderung des Vertrauens in zentrale gesellschaftliche Institutionen (z.B. Polizei, Gerichte, Stadtverwaltung und Bundesregierung). Das Institutionenvertrauen verringert sich deutlich in Folge einer antisemitischen Viktimisierung, insbesondere aber wenn sie mit den aktuellen Konflikteskalationen in Israel/Gaza zu tun hat: Nur eine Minderheit derjenigen, die antisemitisch diskriminiert wurden und denken, dass das Erlebnis mit der Konfliktsituation in Israel zu tun hat, vertraut gegenwärtig öffentlichen Institutionen (32 – 36 %); der stärkste Effekt betrifft das Vertrauen in die Polizei: Nur 32 % haben hohes Vertrauen im Vergleich zu 71 % unter den Befragten, die keine Diskriminierung berichtet haben und 46 % unter den Befragten, die erlebte Diskriminierung(en) in keinem Zusammenhang mit dem 7. Oktober sehen.
- Es sind weitere Einflüsse der aktuellen Situation in Israel/Gaza auf die Intensität der Belastungen und Verunsicherungen in Folge von antisemitischer Diskriminierung erkennbar. Besonders Befragte, die ihre antisemitische Erfahrung mit den aktuellen Konflikteskalationen in Verbindung bringen, vermeiden es, ihre jüdische Identität zu offenbaren wie auch religiöse Symbole zu tragen oder zu zeigen. In dieser Gruppe vermeidet es die überwiegende Mehrheit (70 %), ihre Identität als Jüdin oder Jude zu zeigen. Dies deutet nicht zuletzt auf deutliche Einschränkungen mit Blick auf die im Grundgesetz

Art 2. (1) zugesicherte freie Entfaltung der Persönlichkeit hin. Unter Befragten, die ihre Antisemitismuserfahrung nicht mit der aktuellen Situation in Israel/Gaza in Verbindung bringen verbergen 56 % ihre Identität, unter Jüdinnen und Juden, die keine antisemitische Viktimisierung berichten ist es mit 39 % eine Minderheit.

- Auf die Frage, wie wohl sich die Befragten im Vergleich zu vor 12 Monaten als Jüdin/Jude in Hamburg fühlen, gaben nur 2 % an, sich wohler zu fühlen, 34 % berichteten, dass sie sich ungefähr gleich wohl fühlen, während die Mehrheit (64 %) angab, sich unwohler zu fühlen. Personen, die einen Zusammenhang ihrer Erlebnisse zu den Ereignissen am 7. Oktober sehen, fühlen sich signifikant unwohler als Jüdin/Jude in Hamburg im Vergleich zu vor 12 Monaten (90 %) als diejenigen, die keinen Zusammenhang sehen. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die Wahrnehmung eines Zusammenhangs mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 einen erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden der befragten Jüdinnen und Juden in Hamburg hat.
- Für das allgemeine Integritäts- und Sicherheitsempfinden von Jüdinnen und Juden spielen auch die Reaktionen von Mitmenschen auf antisemitische Vorfälle eine wichtige Rolle. Die Angemessenheit der Reaktionen der Hamburger Mitmenschen auf antisemitische Vorfälle bewerteten die Befragten als überwiegend unangemessen (50 %). Angemessene Reaktionen wurden von 29 % berichtet, weitere 22 % gaben die Angemessenheit mit teils/teils an.
- Befragt nach dem Bereich, aus dem der Täter oder die Täterin stammte, gaben 24 (16 %) von den 154 Befragten, die von einer schlimmsten Tat berichteten an, dass der Haupttäter/die Haupttäterin aus dem Bekanntenkreis stammte. Am zweithäufigsten wurde eine Zusammenarbeit mit dem Haupttäter/ der Haupttäterin genannt (n = 21; 14 %). Die meisten Personen (n = 36; 24 %) konnten jedoch keine Angaben zu dem Bereich machen, aus dem der Haupttäter/die Haupttäterin kam. Lediglich 7 % (10 Befragte) gaben an, der Täter/die Täterin stamme aus einer extremistischen religiösen Gruppierung.

Die in dieser Studie bestätigte niedrige Anzeigerate unter Betroffenen von antisemitisch motivierten Straftaten verweist auf ein sehr hohes Dunkelfeld (80%). Die Etablierung von Maßnahmen zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft der von antisemitischen Straftaten betroffenen

Menschen und zum Schutz jüdischen Lebens in Hamburg scheinen daher zwingend erforderlich, sowohl durch die Sicherheitsbehörden als auch durch die Hamburger Stadtgesellschaft insgesamt. Die massiven Auswirkungen antisemitischer Diskriminierung auf das freie Ausleben jüdischer Identitäten in Hamburg kann als deutliches Warnsignal gedeutet werden für die Gefährdung der Stadtgesellschaft als Integrations- und Teilhabekraft. Die Ergebnisse unterstreichen nicht zuletzt die politische Relevanz der Thematik, zumal demokratische Teilhabe darauf baut, dass sich Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer (zugeschriebenen) Gruppenzugehörigkeit in freier Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ohne Angst vor Diskriminierungen in den öffentlichen Räumen der Stadt bewegen können. Das deutlich reduzierte Vertrauen in Polizei und Gerichte unter Jüdinnen und Juden, die Antisemitismuserfahrung gemacht haben muss als besonders problematisch eingestuft werden, zumal dieses Vertrauen eine zentrale Grundlage für den Glauben an deren Legitimität darstellt. Unsere Daten zeigen, dass die Entwicklung des Antisemitismus und dessen weitreichende Folgen (für die direkt Betroffenen, die Gemeinschaft der Jüdinnen und Juden sowie die gesamte Gesellschaft) besonders sensitiv mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Signalereignisse dauerbeobachtet werden müssen. Nur über eine Verstetigung der Befragung lassen sich zeitnah Zuspitzungen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, Krisen und/oder Signalereignissen registrieren und bewerten. Ein Monitoring der Betroffenenperspektive ist insbesondere auch vonnöten, um als Stadtgesellschaft möglichst frühzeitig und angemessen auf solche Entwicklungen reagieren zu können. Darüber hinaus fällt das signifikant geringere Vertrauen in Institutionen unter jüngeren jüdischen Befragten im Vergleich zu Älteren auf. Dies betrifft alle abgefragten Institutionen, die Bundesregierung, Gerichte, die jüdische Gemeinde, die Polizei, wie auch die Stadtverwaltung Hamburg. Dies ist ein Indiz dafür, dass sich die jüngsten Jüdinnen und Juden (hier 21 – 39 Jahre) wenig mitgenommen und repräsentiert fühlen durch die abgefragten grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen. In Kombination mit dem Ergebnis, dass der zweithäufigste angegebene Tatkontext für erfahrene antisemitische Viktimisierung eine Bildungseinrichtung (z.B. Schule, Universität, Berufsschule) ist, und dass die jüngsten Befragten im Vergleich zu Älteren signifikant häufiger antisemitische Diskriminierungserfahrungen machen, indiziert dies die große Bedeutung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in der Bearbeitung und Prävention von Antisemitismus. Denn hier verbringt die junge Generation einen Großteil ihrer Zeit. Zudem ist es nicht zuletzt mit Blick auf die berufliche

Zukunft weder zu empfehlen noch möglich, die Bildungsinstitutionen als junge jüdische Generation in Hamburg zu meiden. Hier sollte, neben den bereits erwähnten Sicherheitsbehörden und der Politik mit Blick auf Antisemitismusprävention ebenfalls angesetzt werden. Konkrete Handlungsempfehlungen lassen sich aus der vorliegenden Untersuchung nicht ableiten. Es ist aber auf Grundlage der berichteten Ergebnisse zu empfehlen, gemeinsam mit den Bildungsinstitutionen, aber auch den Sicherheitspolitischen Akteuren (Polizei, Gerichte, Politik) in Form von interdisziplinären Workshops die vorliegenden Ergebnisse zu diskutieren und unter Beteiligung praxiserfahrener Akteure aus den jeweiligen Bereichen, wie auch gemeinsam mit jüdischen Menschen und Betroffenen von antisemitischer Diskriminierung und Gewalt praktische Strategien und Lösungsansätze zu entwickeln. Entsprechende Ansätze sind bereits im Entstehen im Rahmen der geplanten Einrichtung einer Bildungsstelle durch die Wissenschaftsbehörde, die auch gezielt Bildungsarbeit gegen Antisemitismus machen und in diesem Zusammenhang innovative Konzepte entwickeln soll.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Bedeutend für diese zukünftige Arbeit gegen Antisemitismus soll u.a. die verstärkte Thematisierung von israel-bezogenem Antisemitismus und dessen Unterscheidung von legitimer Kritik an politischen Entscheidungen israelischer Regierungen sein. Mögliche Aufgaben der Bildungsstelle sollen Konzeptionen von Bildungs- und Dialogformaten für unterschiedliche Zielgruppen sein, die Erarbeitung eines Umgangs mit besonders heterogenen Zielgruppen und die Adressierung von Emotionen im Zusammenhang mit dem Thema Antisemitismus.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG UND KONTEXT DER STUDIE .....</b>	<b>8</b>
<b>2. THEORETISCHER UND EMPIRISCHER RAHMEN DER STUDIE.....</b>	<b>13</b>
<b>3. ANLAGE DER BEFRAGUNG .....</b>	<b>16</b>
3.1 KOOPERATIONEN .....	16
3.2 METHODE & ERHEBUNGSINSTRUMENT.....	16
3.3 STICHPROBENZIEHUNG .....	18
3.4 PRETEST.....	18
3.5 FELDPHASE .....	19
3.6 DATENSATZAUFBEREITUNG, AUSWERTUNG UND DARSTELLUNG DER BEFUNDE.....	19
3.7 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT .....	20
<b>4. BESCHREIBUNG DER STICHPROBE .....</b>	<b>21</b>
<b>5. ERGEBNISSE .....</b>	<b>23</b>
5.1 RELIGION IM ALLTAG .....	23
5.2 ANTISEMITISMUS .....	27
5.2.1 BEWERTUNG DES ANTISEMITISCHEN GEHALTS VERSCHIEDENER VERHALTENSWEISEN.....	27
5.2.2 WOHLBEFINDEN .....	29
5.3 OPFERERFAHRUNGEN VON JÜDINNEN UND JUDEN .....	33
5.3.1 ALLGEMEINE BETROFFENHEIT.....	33
5.3.2 DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNG UND RELIGIONSAUSÜBUNG.....	36
5.3.3 DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNGEN NACH LEBENSBEREICHEN .....	37
5.4 TATKONTEXT UND TATFOLGEN .....	42
5.4.1 SCHWERWIEGENDSTE TAT .....	42
5.4.2 BEZUG ZUM ISRAELKONFLIKT.....	42
5.4.3 TATORT UND TATKONTEXT .....	44
5.4.4 MERKMALE DER TÄTER:INNEN.....	44
5.4.5 ANZEIGEVERHALTEN .....	45
5.4.6 ORGANISATION, DENEN DIE TAT GESCHILDERT WURDE.....	45
5.4.7 ANZEIGERATEN .....	46
5.4.8 NICHTANZEIGEGRÜNDE .....	46
5.4.9 BEWERTUNG DER POLIZEI.....	47
5.5 BETROFFENHEIT IM FAMILIEN- UND FREUNDESKREIS .....	47
5.6 FOLGEN DER TAT .....	52
5.7 KRIMINALITÄTSFURCHT UND KRIMINALITÄTSBEZOGENE RISIKOWAHRNEHMUNG .....	58
5.7.1 SCHUTZ- UND VERMEIDUNGSVERHALTEN .....	63

<b>5.8</b>	<b>VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN .....</b>	<b>70</b>
<b>6.</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION .....</b>	<b>78</b>
<b>7.</b>	<b>LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>82</b>

## 1. Einleitung und Kontext der Studie

Antisemitismus ist weltweit ein wachsendes Problem (z.B. Beyer & Liebe, 2020). Auch in Deutschland ist die Zahl der offiziell registrierten antisemitischen Vorfälle in den letzten Jahren stetig gestiegen – insbesondere der Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 führte zu einem extremen Anstieg der (polizeilich erfassten) Fallzahlen (BMI & BKA, 2024; Bundesverband Rias e.V., 2024). Diese Zahlen geben jedoch kaum das wahre Ausmaß antisemitischer Straftaten in der Bundesrepublik wieder. Einerseits deuten Dunkelfeldstudien zu Opferperspektiven auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland auf hohe Dunkelziffern im Bereich der antisemitischen Diskriminierung<sup>2</sup> hin (z.B. Häfele & Groß, 2023). Andererseits lassen die offiziell gemeldeten Fälle keine Rückschlüsse darauf zu, inwieweit Menschen von antisemitischen Handlungen betroffen sind, die nicht (oder noch nicht) strafbar sind.<sup>3</sup> Antisemitismus ist im alltäglichen sozialen Leben weit verbreitet, sei es in Form von Stereotypen, allgemeiner Abwertung von Juden und Judentum, offener und subtiler antisemitischer Vorurteile oder medialer Darstellungen (Zick et al., 2017). Das wachsende Risiko für Juden und Jüdinnen, die in Deutschland leben, spiegelt sich neben den aktuell rasant steigenden Hellfeldzahlen antisemitisch motivierter Hasskriminalität auch in einer deutlich erhöhten Bedrohungswahrnehmung und entsprechendem Schutz- und Vermeidungsverhalten wider (z.B. Zick et al., 2017; European Union Agency For Fundamental Rights, 2018).

Der Begriff Antisemitismus wird häufig mit „Judenfeindschaft“ gleichgesetzt, womit der inhaltliche Kern des Phänomens terminologisch treffend erfasst ist. Basierend auf der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) richtet sich Antisemitismus in Wort und Tat gegen jüdische und nicht-jüdische Befragte und/oder deren Eigentum, jüdische Einrichtungen oder religiöse Institutionen (International Holocaust Remembrance Alliance

---

<sup>2</sup> Der Begriff Diskriminierung wird hier in einer im Vergleich zum Alltagssprachlichen Verständnis deutlich weiter gefassten Bedeutung verwendet. Neben dem ungleichen Zugang zu Ressourcen (z.B. zum Arbeitsmarkt oder zu Bildung) werden auch solche Formen der Diskriminierung miteingeschlossen, die sich zwischen den Polen verbaler Abwertungen und/oder Beschimpfungen und physischer Gewalt bis hin zu Mord verorten lassen (z.B. Beyer & Liebe 2020). Der hier verwendete Begriff Diskriminierung steht damit in einem engen Zusammenhang mit dem Begriff der Hass- oder Vorurteilkriminalität bzw. der Betroffenheit von vorurteilsgeleiteten Taten (z.B. Häfele & Groß 2023).

<sup>3</sup> Diese Dimension unterhalb der Strafbarkeitsschwelle umfasst Formen von Antisemitismus wie z.B., wenn Jüdinnen oder Juden das Gefühl gegeben wird, sie seien als Einzelpersonen für die Politik Israels verantwortlich, sie seien aufgrund ihres Jüdischseins nicht Teil der deutschen Gesellschaft oder es werden ihnen besondere Eigenschaften zugeschrieben, weil sie als jüdisch gelesen werden. Diese Formen des Antisemitismus trennen wir in unseren Analysen von strafrechtlich relevanten und fassen sie als Diskriminierungserfahrungen zusammen.

IHRA, 2016)<sup>4</sup>. Dabei lassen sich im Wesentlichen drei Formen von Antisemitismus unterscheiden:

1. *Klassischer Antisemitismus*, der gekennzeichnet ist durch traditionelle anti-jüdische Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber Juden und Jüdinnen in Form von religiösen Vorurteilen (z.B. Diskriminierung und als „Christusmörder“ oder „Gottesfeinde“), rassistischen Stereotypen (Juden werden als minderwertige Rasse betrachtet, die durch Eigenschaften wie Gier, Hinterlist und Machtstreben gekennzeichnet sind) und Verschwörungstheorien (Juden werden beschuldigt, im Geheimen die Welt zu kontrollieren oder zu manipulieren).

2. *Sekundärer Antisemitismus*, der insbesondere durch eine Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust gekennzeichnet ist (Opfer-Täter-Umkehr). Ein zentrales Merkmal des sekundären Antisemitismus ist der sogenannte „Schuldabwehrantisemitismus“. Dabei wird die Erinnerung an den Holocaust als Belastung empfunden, die die Nachkriegsgenerationen von Deutschen als unberechtigt oder übertrieben wahrnehmen. Sekundärer Antisemitismus kann auch in Form von „Erinnerungskonkurrenz“ auftreten, bei der die Opfer des Holocaust gegen andere Opfergruppen ausgespielt werden. Ein weiteres Merkmal des sekundären Antisemitismus ist die Verharmlosung oder Leugnung des Holocausts, oft als Reaktion auf die Konfrontation mit der eigenen Geschichte. Dies kann durch die Verbreitung von Verschwörungstheorien geschehen, die die Grundlagen des historischen Gedächtnisses und der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen untergraben.

3. *Israelbezogener Antisemitismus*, der gekennzeichnet ist durch die Delegitimierung des Existenzrechts Israels und doppelte Standards (Israel wird an höheren moralischen Standards gemessen als andere Länder, und seine Handlungen werden unverhältnismäßig verurteilt) sowie einer Dämonisierung (Israel wird als Inkarnation des Bösen dargestellt und seine Handlungen werden mit Nazi-Deutschland oder dem Apartheidstaats Südafrikas verglichen). Israelbezogener Antisemitismus stellt eine besondere Herausforderung dar, da er sich oft hinter dem

---

<sup>4</sup> <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism> (letzter Zugriff am 18.6.24): „Antisemitism is a certain perception of Jews, which may be expressed as hatred toward Jews. Rhetorical and physical manifestations of antisemitism are directed toward Jewish and non-Jewish individuals and/or their property, toward Jewish community institutions and religious facilities.“ (IHRA, 2016).

Deckmantel politischer Kritik verbirgt. Dies erfordert eine sorgfältige und differenzierte Analyse, um antisemitische Motive zu erkennen und von legitimer politischer Kritik zu unterscheiden.

Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen wird in Deutschland regelmäßig empirisch erforscht und in ihrer Entwicklung bewertet. Besonders relevant sind auf diesem Gebiet zwei Studienreihen. Erstens, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld zweijährlich durchgeführte „Mitte-Studie“ (Zick, Küpper, & Mokros, 2023). Zweitens die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ (bis 2012 Mitte-Studie der Universität Leipzig genannt (Decker & Brähler, 2020). Aktuell zeigt sich eine deutliche Zunahme von antisemitischen Einstellungen in Deutschland (Zick, Küpper, & Mokros, 2023). Im Jahr 2022/2023 offenbarten sich in der aktuellen Mitte-Studie mit knapp sechs Prozent die höchsten Zustimmungsraten und mit 79 Prozent die geringsten Ablehnungsraten zu antisemitischen Aussagen seit dem Jahr 2014 (Zustimmungsraten schwankten von 1,7 bis 3,5 %). Insbesondere mit der Eskalation des Gaza-Konfliktes seit dem 7. Oktober 2023 konnte keine deutliche Zunahme einer politisch-extremistischen Radikalisierung im Bereich antisemitischer Einstellungen nachgewiesen werden (z.B. Kleinschnittger et al., 2023).

Zu Formen und Verbreitung von Antisemitismus aus der Betroffenenperspektive liegen bislang für Deutschland jedoch nur wenige und lückenhafte Erkenntnisse vor. Die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) gibt zwar Auskunft über die Häufigkeit und Art von antisemitischen Straftaten im Themenfeld Hasskriminalität, enthält jedoch keinerlei Informationen über das Dunkelfeld sowie strafrechtlich nicht relevante antisemitische Diskriminierungserfahrungen. Nicht angezeigte Antisemitismuserfahrungen bleiben so häufig unbeachtet. Ergänzt werden die offiziell registrierten Fälle durch die Zahlen von unabhängigen Meldestellen verschiedener Organisationen wie der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), der Amadeu Antonio Stiftung oder dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Alarmierend ist dabei der einheitlich deutliche Anstieg antisemitischer Handlungen über alle Messungen hinweg. So belegen die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität des Bundeskriminalamts (BKA) aus dem Jahr 2023 (BMI & BKA, 2024) 5.164 antisemitische Straftaten, was einen Anstieg um 95,5 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die Informations-Plattform Mediendienst Integration, die regelmäßig aktu-

elle Zahlen und Fakten zum Thema Einwanderungsgesellschaft zusammenfasst, berichtet basierend auf ebendiesem Factsheet politisch motivierter Kriminalität des BKA (BMI & BKA, 2024) von einem massiven Anstieg der antisemitischen Straftaten im Jahr 2023 nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Im vierten Quartal 2023 wurden 2.782 antisemitische Straftaten verzeichnet (BMI & BKA, 2024), bis zum 15.05.2024 waren es schon über 7.500 vom BKA erfasste Straftaten, die im Zusammenhang mit der Eskalation des Gaza-Konfliktes standen. Auch die RIAS belegt einen massiven Anstieg antisemitisch motivierter Kriminalität in Folge des 07. Oktober 2023. So wurden zwischen dem 07.10.23 und 09.11.2023 bereits 994 antisemitische Vorfälle verzeichnet. Knapp 40 % der Vorfälle ereignete sich im öffentlichen Raum. Jeder fünfte Vorfall fand online statt. Zum Vergleich, im Jahr 2022 meldete die RIAS bundesweit insgesamt 2.480 antisemitische Vorfälle (RIAS, 2023). Die vom VBRG veröffentlichte Bilanz der Opferberatungsstellen (VBRG, 2024) zeichnet ein ähnliches Bild. Hier stieg die Anzahl antisemitisch motivierter Angriffe im Jahr 2023 (318 gemeldete Vorfälle) um ein Drittel gegenüber 2022 (201 gemeldete Vorfälle). Darunter verdreifachten sich die antisemitisch motivierten Körperverletzungsdelikte und verdoppelten sich die Bedrohungs- und Nötigungsdelikte. Einen deutlichen Anstieg in den Fallzahlen berichtete auch der VBRG nach dem 07. Oktober 2023. Auch die in und für Hamburg tätigen Fach- und Beratungsstellen für den Bereich Antisemitismusbekämpfung beobachten eine grundsätzlich zunehmende Anzahl antisemitischer Vorfälle im Zeitraum 16. Juli 2023 bis 15. Januar 2024, wie auch einen sprunghaften Anstieg von israelbezogenem Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023.<sup>5</sup> Das Hamburger Projekt „Empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ dokumentierte im Berichtszeitraum 139 antisemitische Vorfälle. Das entspricht einer Verdoppelung im Vergleich zu den im letzten Berichtszeitraum (alle 6 Monate wird berichtet) erfassten 60 Vorfällen. Insbesondere im Kontext von Demonstrationsgeschehen, aber auch in den sozialen Medien, ist laut Empower die Anzahl der antisemitischen Vorfälle in Form von Hetze, antisemitischen Memes und (Todes-)Bedrohungen sowie Beleidigungen jüdischer Personen eskaliert. Auf der Straße umfassen die Vorfälle sowohl Vandalismus an Plakaten mit Darstellungen israelischer Geiseln wie auch Sachbeschädigungen an jüdischen Einrichtungen. Trotz dieser steigenden Zahlen ist in Anlehnung an die Hamburger Studie zu Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Taten (HateTown) (Groß, Häfele, Peter, 2024) und eine europäische Studie zu

---

<sup>5</sup> Drucksache 22/15366 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 22. Wahlperiode.

Opferperspektiven (FRA, 2018) von einem hohen Dunkelfeld von Fällen auszugehen, die weder polizeilich noch durch unabhängige Monitoringstellen erfasst werden. Zur Erfassung des Antisemitismus in all seinen Formen und Folgen ist die Einbeziehung der Opferperspektive in Form von Dunkelfeldbefragungen daher unumgänglich, nicht nur, um das Dunkelfeld von antisemitischen Taten aufzuhellen und damit sichtbar zu machen, sondern auch um eine empirisch fundierte Grundlage zur Implementierung geeigneter Unterstützungsmaßnahmen und Antisemitismus-Präventionsprogrammen zu ermöglichen. Die Erforschung der Opferperspektive ist darüber hinaus auch insofern besonders wichtig, als antisemitische Diskriminierungen nicht erst auf strafrechtlich relevanter Ebene beginnen. Viel mehr prägen Abwertungen verschiedenster Art, von Mikroaggression wie abschätzigen Blicken und/oder Gesten bis hin zu manifester Gewalt den Alltag von Jüdinnen und Juden. Studien zu vorurteilsgeleiteten Handlungen zeigen, dass die individuellen Folgen der Erfahrung solcher Abwertungen besonders gravierend sind und sich auf der körperlichen (z.B. Krankheit), psychologischen (z.B. Angst, Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen wie Polizei und Justiz) und verhaltensbezogenen (z.B. die Vermeidung des Tragens von jüdischen Symbolen) Ebene niederschlagen können (z.B. Häfele & Groß, 2023; Groß, Häfele, & Peter, 2024), womit eine weitere Forschungslücke angesprochen ist, die dringend geschlossen werden sollte.

Entsprechend war das Ziel der vorliegenden Studie, die quantitative Erhebung der Belastung Hamburger jüdischer Menschen durch antisemitische Straftaten und nicht-straftbare antisemitische Handlungen und (Alltags-)Diskriminierungserfahrungen. Sie sollte außerdem die Belastung durch wahrgenommene Ressentiments und öffentliche Diskurse, die antisemitische Gehalte haben können (z.B. Beschneidungsdebatte, Sprechweisen über Israel oder die deutsche Vergangenheit) quantifizieren. Zu den exemplarischen Fragen gehörten: In welchem Ausmaß leiden Hamburger Jüdinnen und Juden an (alltäglichem) Antisemitismus? Welche Formen antisemitischer Ressentiments, Diskriminierungen und Übergriffe erleben sie? Wie gehen sie mit diesen Erfahrungen um? Wie bewerten sie den Umgang der Sicherheitsbehörden mit antisemitischen Übergriffen? Wie sehen sie die Haltung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Antisemitismus? Zusätzlich wurden in enger Abstimmung mit Jüdischen Gemeinde Hamburg weitere Fragen zum Gemeindeleben integriert. Das LeAH-Projekt wurde durch den Antisemitismusbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg initiiert und im Auftrag der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke durchgeführt.

## 2. Theoretischer und empirischer Rahmen der Studie

Der Antisemitismus stellt eine zentrale Dimension gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) dar (z.B. Heitmeyer, 2002; Küpper & Heitmeyer, 2009). Kern der GMF ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit, d.h. die vorurteilsgeleitete Annahme der Ungleichwertigkeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Vorurteilsgeleitete Straftaten zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel nicht gezielt gegen eine bestimmte Person gerichtet sind (z.B. Häfele & Groß 2023; Groß, Häfele & Peter, 2024), sondern Befragte als Opfer insofern austauschbar sind, als dass sie als Repräsentant:innen ihrer sozialen oder ethnischen Gruppe verstanden werden (vgl. Kliem et al., 2020). Solche Taten erfüllen demnach eine symbolische Funktion (vgl. Lim, 2009; Perry & Alvi, 2012), indem sie angststiftende Botschaften an andere Mitglieder der betroffenen Gruppe senden und damit u.a. das Sicherheitsgefühl der Betroffenen massiv beeinträchtigen können. Opfer vorurteilsgeleiteter Taten haben kaum Möglichkeiten, ihr Viktimisierungsrisiko durch eine Änderung ihres Verhaltens oder ihrer Gewohnheiten zu reduzieren, da die von den Täter:innen angelegten Gruppenlabel als weitestgehend unveränderlich angesehen werden (z.B. Abstammung, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung) oder eine identitätsstiftende Funktion für die Betroffenen aufweisen (z.B. religiöse Werthaltung, Geschlechtsidentität). Es muss davon ausgegangen werden, dass die psychosozialen Folgen für die Betroffenen von vorurteilsgeleiteten Straftaten schwerwiegender sind als bei Opfern vergleichbarer Straftaten ohne vorurteilsgeleitete Komponente (siehe z.B. Herek et al., 1999; Iganski, 2001). Opfer vorurteilsgeleiteter Straftaten zeigen diese nur selten an (z.B. Groß, Häfele & Peter 2024). Dies ist u.a. auf die gesteigerte Traumafolgesymptomatik sowie auf die Sorge vor Vergeltungstaten zurückzuführen. Darüber hinaus kann die Angst vor einer ungleichen Behandlung durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden die Opfer von einer Strafanzeige abhalten (Craig-Henderson, 2003; Herek et al., 2002; Kite & Whitley, 2016).

Wie für vorurteilsgeleitete Taten insgesamt gilt auch für antisemitisch motivierte Taten, dass sie besonders schwerwiegende Folgen entfalten können, nicht nur auf der Ebene des betroffenen Individuums, sondern auch auf der Ebene der Gruppe/Gemeinschaft oder Community, der das Individuum angehört. Damit zielen antisemitische Taten nicht nur auf die tatsächliche oder zugeschriebene Gruppenidentität der Opfer (Mikroebene), sondern entfalten auch eine symbolische Wirkung auf die Gesamtheit der Gruppe, indem die Mitglieder der Gruppe durch diese Tat(en) verängstigt bzw. eingeschüchtert werden sollen (z.B. Häfele & Groß 2023; Groß,

Häfele & Peter, 2024; Beyer & Liebe, 2020). Damit sind antisemitische Taten immer auch an die Grundfeste einer demokratischen Gesellschaft adressiert und stellen Angriffe auf die plurale demokratische Gesellschaft dar (z.B. Coester, 2008). Der Anstieg antisemitischer Taten kann daher als deutliches Warnsignal für die plurale demokratische Gesellschaft betrachtet werden. Insofern es sich um strafrechtlich relevante Handlungen handelt, werden diese Vorurteilsdelikte seit 2001 offiziell unter dem Themenfeld „Hasskriminalität“ im Bereich der sog. politisch motivierten Kriminalität (PMK) erfasst (Lang, 2014). Diese Taten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Befragtegruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters oder der Täterin einer der oben genannten gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters oder der Täterin gegen ein beliebiges Ziel richten (Groß, Häfele & Peter, 2024; BKA, 2023).

Ein Forschungsprojekt, das an die in Kap. 1 beschriebene Forschungslücke anknüpft und sich auf Daten aus Hamburg bezieht, ist das durch die Polizeiakademie Niedersachsen in Kooperation mit der Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg durchgeführte Projekt „HateTown – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen“<sup>6</sup>. Es erfasst die Belastung von Betroffenen verschiedener vulnerabler Gruppen durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit und ohne strafrechtliche Relevanz (Groß, Häfele & Peter, 2024). Zu den untersuchten vulnerablen Gruppen gehört auch die Gruppe der Jüdinnen und Juden, die in der Stichprobe mit 12 Befragte jedoch zu gering vertreten war, um belastbare Schlüsse für diese Subgruppe zu ziehen. Auffällig ist jedoch, dass 11 von den 12 Jüdinnen und Juden angaben, selbst mindestens eine diskriminierende Situation erlebt zu haben und dass auch Befragte aus dem Familien- und Freundeskreis Erfahrungen mit vorurteilsgeleiteten Handlungen gemacht haben. Im Vergleich zu anderen vulnerablen Gruppen berichteten die befragten Jüdinnen und Juden auffallend oft identitätsbezogenes Vermeidungsverhalten als Schutzstrategie vor vorurteilsgeleiteter Kriminalität (ebda.).

---

<sup>6</sup> <https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/forschungsprojekt-hatetown-vorurteilsgeleitete-handlungen-in-urbanen-raeumen-115818.html>

Mit den Fragen, wie oft und in welchen Lebensbereichen antisemitische Erfahrungen gemacht werden und welche Folgen diese Erfahrungen für die jeweiligen Betroffenen haben, beschäftigt sich die Studie von Zick et al., (2017), die im Auftrag des Expertenrats Antisemitismus quantitativ und qualitativ in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden zu ihren Erfahrungen mit latenten und subtilen Formen von Antisemitismus und Diskriminierung befragte. Die Daten von 553 online befragten jüdischen Befragte belegten erneut die große Relevanz von Antisemitismus, der von drei Vierteln der Befragten als großes Problem in Deutschland wahrgenommen wurde. Nicht nur die Bewertung des aktuellen Zustands, auch die Einschätzung der bisherigen Entwicklung und vermuteten zukünftigen Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland war sehr pessimistisch. Am häufigsten wurden dabei subtile Formen des Antisemitismus, wie z.B. versteckte Andeutungen oder verbale Beleidigungen erlebt. Im Interview dazu befragt, gaben Jüdinnen und Juden, die offen jüdische Symbole tragen, an, häufig bis sehr häufig alltägliche antisemitische Erfahrungen zu machen. Die Täter bzw. Täterinnen blieben häufig unbekannt, wurden jedoch gleichermaßen im linksextremen bzw. rechtsextremen Spektrum vermutet oder als muslimisch benannt. Die Sorge vor weiteren eigenen antisemitischen Erfahrungen oder solchen im Verwandten- oder Bekanntenkreis (da antisemitische Belastungen nicht nur als ein individuelles, sondern auch als kollektives Phänomen gesehen werden kann; vgl. Zick et al., 2017) wurde als sehr groß angegeben. So fürchtete etwa die Hälfte der Stichprobe weitere subtile Übergriffe, etwas über ein Drittel der Stichprobe körperliche Angriffe. Im Interview offen dazu befragt, gab die Mehrheit darüber hinaus an, sich zu sorgen, bei antisemitischen Übergriffen nicht geschützt zu werden. Hervorzuheben ist außerdem, dass die große Mehrheit der Befragten (81 – 91 %) eine starke bis sehr starke Belastung durch antisemitische Erfahrungen berichtete. Die in Folge etablierten und berichteten Schutzmaßnahmen beziehen sich in erster Linie auf Vermeidungsverhalten wie die Vermeidung äußerlich erkennbarer jüdischer Symbole oder das Vermeiden bestimmter als gefährlich bewerteter Orte. Der weitverbreitete Wunsch nach Aufklärungsangeboten zum Thema Antisemitismus für die nichtjüdische Bevölkerung (rund 90 % der Befragten) und Angeboten zur Unterstützung und Opferberatung für jüdische Befragte mit Antisemitismuserfahrungen (rund 75 % der Befragten) belegt den staatlichen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf in der Implementierung von öffentlichen Programmen und der Informationsverbreitung sowie der kontinuierlichen Dunkelfeldforschung zur Erfassung der Betroffenenperspektive.

### 3. Anlage der Befragung

#### 3.1 Kooperationen

Das LeAH-Projekt wurde durch den Antisemitismusbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg (Herr Hensel) initiiert und im Auftrag der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke von den folgenden Institutionen konzipiert und durchgeführt:

- Polizeiakademie Niedersachsen, Institut für Kriminalitäts- u. Sicherheitsforschung (IKriS), Prof. Dr. Joachim Häfele (Projektleitung)
- Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg, Prof. Dr. Eva Groß (Projektleitung)

Als assoziierte Partner fungierten:

- Jüdische Gemeinde Hamburg
- Universität Münster, Prof. Dr. Stefanie Kemme

Wissenschaftlicher Beirat:

- Hamburger Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ)
- Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- u. Gewaltforschung (IKG), Prof. Dr. Andreas Zick
- TU Chemnitz, Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS), Prof. Dr. Frank Asbrock

#### 3.2 Methode & Erhebungsinstrument

Für die querschnittliche quantitative Datenerhebung zur Erreichung der Forschungsziele wurde ein umfassender Fragebogen entwickelt. Zunächst wurden Instrumente aus vergleichbaren Studien systematisch gesammelt und begutachtet. Geeignete Items wurden zur Vergleichbarkeit übernommen oder für die aktuellen Forschungsziele angepasst. In Absprache mit

der Jüdischen Gemeinde Hamburg (JGHH) wurden Fragen zur Mitgliedschaft in der JGHH ergänzt, um die Zufriedenheit mit dem Gemeindeangebot sowie Optimierungsvorschläge zu erfassen. Zusätzlich wurde ein weiteres Item formuliert, um einen direkten Bezug zwischen berichteten Erlebnissen und dem Ereignis vom 07. Oktober 2023 herstellen zu können. Der finale Fragebogen umfasst 44 Fragekomplexe bzw. -batterien, die teilweise mehrere Items enthalten. Wie in Dunkelfeldbefragungen üblich, wurden nicht alle Fragen von allen Befragten beantwortet. Basierend auf den Antworten sogenannter Filterfragen wurden die Teilnehmer zu unterschiedlichen Folgefragen weitergeleitet. Beispielsweise wurden nur Befragte, die angaben, Mitglied der JGHH zu sein, nach ihrer Zufriedenheit mit dem Gemeindeangebot befragt. Befragte, die keine Mitgliedschaft in der JGHH angaben, wurden nach den Gründen für ihre Nichtmitgliedschaft gefragt. Dieses Vorgehen reduziert die Gesamtdauer der Teilnahme und soll die Motivation erhöhen, den Fragebogen vollständig auszufüllen.

Der Fragebogen wurde dann von einem unabhängigen Übersetzungsinstitut in die Sprachen *Russisch* und *Hebräisch* übersetzt, da diese die Muttersprachen einer Großzahl von Mitgliedern der JGHH ist. Um den Zugang zu dem Fragebogen so leicht wie möglich zu gestalten, wurde eine Papierversion und eine Onlineversion des Fragebogens erstellt. Die Papierversion des Fragebogens enthielt bei der Befragung jeweils zwei Sprachen, Russisch und Deutsch bzw. Hebräisch und Deutsch. Die Onlineversion des bilingualen Fragebogens wurde von dem Institut für *Umfragen, Analysen und DataScience* (UADS) erstellt. In der Onlineversion bearbeiteten die befragten Befragte den Fragebogen in der von ihnen favorisierte Sprache (Deutsch, Russisch oder Hebräisch), welche sie zu Beginn der Befragung auswählten.

### 3.3 Zielgruppe und Stichprobenziehung

Die Zielgruppe des Projekts waren Jüdinnen und Juden aus Hamburg ab 16 Jahren. Um diese zu erreichen, wurden Mitglieder der JGHH postalisch angeschrieben und erhielten die bilingualen Papier-Fragebögen jeweils einmal in der russisch-deutschen und einmal in der hebräisch-deutschen Version mit einem vorfrankierten Rücksendeumschlag. Die Mitgliedsanzahl ab 16 Jahren der JGHH beläuft sich auf ca. N = 1200 Befragte. Das Anschreiben enthielt neben Informationen zu dem Projekt und den Durchführenden den Link zu der Onlineumfrage, sodass die angeschriebenen Befragten zwischen der Online- und der Papier-Version wählen konnten (Mixed-Mode-Befragung). Sie wurden außerdem gebeten, den Link zur Onlineumfrage an jüdische Personen in ihrem Umfeld weiterzuleiten, um die Teilnehmendenzahl zu maximieren (Schneeballverfahren). Über dieses Schneeballverfahren und die Veröffentlichung des Links auf der Homepage der Polizeiakademie Niedersachsen war die barrierefreie Teilnahme an der Befragung auch für Jüdinnen und Juden außerhalb der JGHH möglich. Pretest

Der Fragebogen wurde im Vorfeld seines Einsatzes einem Pretest unterzogen, um seine Verständlichkeit (sowohl inhaltlich als bei den übersetzten Versionen auch sprachlich), Anwendbarkeit, Motivation und Aufmerksamkeit der befragten Person über die Bearbeitungszeit hinweg, Zeitdauer der Bearbeitung und später Verteilung der Antworten zu prüfen. Dazu wurde eine Reihe kognitiver Techniken angewendet (z.B. Porst, 1998, S. 34-40; Prüfer & Rexroth, 2000). Der Pretest fand für den Papier-Fragebogen in Präsenz in den Räumen der JGHH und für die Onlineversion online via Zoom statt. Es wurden für die Onlineversion n = 4 und für die Papierversion n = 10 freiwillige Mitglieder der JGHH rekrutiert, die im Rahmen eines kognitiven Interviews den Fragebogen ausfüllten und dabei aufgefordert wurden, laut ihre Gedanken während des Ausfüllens zu äußern. Bei der Auswahl der Pretest-Teilnehmenden wurde darauf geachtet, alle Sprachen (Deutsch, Russisch, Hebräisch), sowohl weibliche als auch männliche Befragte und verschiedene Altersgruppen sowie unterschiedliche Bildungsstände einzubeziehen. Im Anschluss wurden die Befragte zu Unklarheiten, sprachlicher Verständlichkeit und Verbesserungsvorschlägen befragt. Hinweisen auf sprachliche oder inhaltliche Uneindeutigkeit wurde mit entsprechenden Anpassungen in der Itemformulierung begegnet.

### 3.4 Feldphase

Die Datenerhebung fand vom 13.11.2023 bis zum 07.02.2024 online und vom 20.11.2023 bis zum 07.02.2024 per Papier-Fragebogen statt. Sie führte zu insgesamt 548 auswertbaren Fragebögen (294 Online, 254 Papier). Bedingt durch Teilnahmeabbruch oder Filterführung variiert die Grundgesamtheit jedoch zwischen den einzelnen Items teilweise erheblich (siehe Abschnitt 5). Von den Befragten gaben 386 Befragte an, Mitglied der JGHH zu sein (91 Personen beantworteten diese Frage nicht). Legt man eine Grundgesamtheit von  $N = 1200$  Gemeindemitgliedern zugrunde, so kann man hier von einer Ausschöpfungsrate von 32,2 % ausgehen. Durch das Schneeballverfahren, das mit der Vollerhebung in der Jüdischen Gemeinde Hamburg (JGHH) kombiniert wurde, lässt sich eine exakte Rücklaufquote jedoch nicht verlässlich berechnen.

### 3.5 Datensatzaufbereitung, Auswertung und Darstellung der Befunde

Die Datenbereinigung erfolgte in einem ersten Schritt durch das Umfrageinstitut UADS. Der Datensatz wurde mit Hilfe der Software IBM SPSS Statistics (Version 28.0.1.1) aufbereitet. Dazu gehörte die korrekte Benennung der Items und Antwortoptionen sowie die Definition fehlender Werte. Zur übersichtlicheren Darstellbarkeit wurden Items mit mehr als drei Antwortoptionen dichotomisiert bzw. trichotomisiert, sodass bei der Ergebnisdarstellung eine schnelle Einordnung in beispielsweise (eher) Zustimmung vs. (eher) Ablehnung erfolgen kann. Wann immer Antwortoptionen inhaltlich umgekehrt zu den anderen Antwortoptionen ausgerichtet waren, wurden sie vor Verwendung entsprechend umkodiert. Für fünf Fragebatterien wurden die Einzelitems einer explorativen Faktorenanalyse mit *Oblimin-Rotation* und *Principal axis factoring* (PFA) Schätzmethode unterzogen. Dies diente der inhaltlichen Gruppierung der einzelnen Fragen zu empirisch und theoretisch sinnvollen Subdimensionen und Subskalen des Gesamtkonstrukts (vgl. Abschnitt 5. Ergebnisse). Die Möglichkeit der Skalenbildung wurde zusätzlich mit Reliabilitätsanalysen getestet. Vor der Datenauswertung wurde der Datensatz auf seine Plausibilität geprüft.

Die Ergebnisse der Datenauswertung sind beschreibend dargestellt als relative Häufigkeiten und Diagramme). Die relativen Häufigkeiten beziehen sich auf die gültigen Prozentwerte. Die

Prozentuierungsbasis ergibt sich also aus allen gültigen/nicht fehlenden Angaben. Wo berichtet beziehen sich die p-Werte auf zweiseitige Testungen.<sup>7</sup>

### 3.6 Öffentlichkeitsarbeit

Als zentrale Maßnahme zur Gewinnung der Aufmerksamkeit für das Projekt und um die Motivation zur Teilnahme an der Befragung zu maximieren, war eine Kulturveranstaltung in den Räumlichkeiten der JGHH zu Beginn der Erhebungsphase im Oktober 2023 geplant. Aufgrund der tragischen Ereignisse am 7. Oktober und der damit zusammenhängenden räumlichen Schwierigkeiten, konnte diese Veranstaltung nicht stattfinden. Alternativ wurde das Projekt mit einem Infostand auf dem Chanukka Markt Ende 2023 vorgestellt und beworben. Das Projektteam stellte sich hier Interessierten vor und bot Informationsmaterialien, wie auch den Fragebogen zum Mitnehmen und Ausfüllen an. Interessierte konnten sich so über die Ziele, die Relevanz und den Hintergrund der geplanten Studie informieren. Darüber hinaus erschien ein Beitrag zum Projekt in der Gemeindezeitschrift der JGHH. Mit wöchentlichen Erinnerungsmails wurde zusätzlich im Verlauf der Datenerhebung kontinuierlich für die Beteiligung an der Umfrage geworben. Des Weiteren wurde die Studie schon vor der Feldphase, im Juni 2023, in einer Pressekonferenz der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke vorgestellt und erhielt so auch bundesweit Aufmerksamkeit.

---

<sup>7</sup> Inferenzstatistische Signifikanztests sind für die vorliegende Stichprobe nur bedingt aussagekräftig, zumal die diese nicht als gesichert repräsentativ für die Menschen in der JGHH angesehen werden kann. Die Signifikanzen (in Form von p-Werten auf Grundlage von Varianzanalysen, Post-Hoc-Tests und T-Tests) werden dennoch der Vollständigkeit halber für die Gruppenvergleiche mit berichtet; die Signifikanztests sollten aber nicht als alleinige Bewertungsgrundlage für die Relevanz der untersuchten Gruppenunterschiede dienen. Von Bedeutung sind hier auch die Größen der berichteten Unterschiede in den prozentualen gruppenspezifischen Zustimmungsraten unabhängig von deren Signifikanz.

#### 4. Beschreibung der Stichprobe

In Tabelle 1 werden die soziodemografischen Informationen zur erfassten Stichprobe dargestellt. Unter den 548 Befragungsteilnehmer:innen ist der Anteil der Frauen mit 54,0% etwas größer als der der Männer mit 44,3%. Insgesamt gaben sechs Befragte (1,8%) ihre Geschlechtsidentität als divers an. Aufgrund dieser geringen Fallzahl können im Folgenden für diese Gruppe keine differenzierten Analysen durchgeführt werden.

Insgesamt machten 207 Befragte keine Angabe zu ihrem Geschlecht. Im Durchschnitt sind die Befragten 65,06 Jahre alt (SD = 18,03 Jahre; Spanne: 21 – 100 Jahre) und somit deutlich älter als der Durchschnitt der Hamburger Bevölkerung, der bei 42,2 Jahren liegt (vgl. Statistikamt Nord 2024). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die kategoriale Altersverteilung.

Ein Großteil der Befragten wurde im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren (n = 178, 53,9%), weitere n = 67 (20, 3%) in Deutschland und n = 31 (9,4%) in Israel. Von den in Deutschland geborenen Befragten berichten n = 35 (54,7%) einen Migrationshintergrund<sup>8</sup>. Die Mehrheit der Befragten (Basis: n = 395) besitzt die deutsche (n = 256; 64,8%), russische (n = 74; 18,7%) und/oder ukrainische (n = 65; 16,5%) Staatsangehörigkeit, wobei bei dieser Abfrage aufgrund der doppelten Staatsbürger:innenschaft auch mehrere Angaben gemacht werden konnten.

Die Bildungsverteilung zeigt deutlich, dass die Stichprobe überwiegend hochgebildet ist. Die meisten Befragten haben einen Bildungsabschluss im Tertiärbereich (60%, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss), gefolgt vom Sekundärbereich II (13%, abgeschlossene Ausbildung, z.B. Berufsfachschule, Lehre). Der geringste Anteil gab einen Schulabschluss (11,8%, z.B. Hauptschule, Realschule, Fachabitur, Abitur) als höchsten Bildungsabschluss an. Der überwiegende Anteil der Befragten (n = 386 Befragte; 84,5%) gab an, Mitglied der JGHH zu sein, während n = 71 (15,5%) keine Mitglieder sind. Diese Frage wurde von n = 91 Befragte unbeantwortet gelassen.

---

<sup>8</sup> Migrationshintergrund wurde in dieser Studie wie folgt definiert: Mind. eine der folgenden Kriterien erfüllt: (1) Die Person besitzt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (2) Die Person ist nicht in Deutschland geboren (3) Mind. ein Elternteil der Person ist nicht in Deutschland geboren.

Tabelle 1: Kennwerte der Stichprobe

	Stichprobe absolut	Stichprobe %
Geschlecht ( <i>n</i> = 341)		
<i>männlich</i>	151	44,3
<i>weiblich</i>	184	54,0
<i>divers</i>	6	1,8
Alter ( <i>n</i> = 342)		
21 – 39 Jahre	37	10,8
40 – 54 Jahre	65	19,0
55 – 74 Jahre	101	29,5
75 – 100 Jahre	139	40,6
Migrationshintergrund <sup>1</sup> ( <i>n</i> = 367)		
<i>ja</i>	338	92,1
<i>nein</i>	29	7,9
Bildungsstand ( <i>n</i> = 340)		
<i>niedrig</i>	48	14,1
<i>mittel</i>	53	15,6
<i>hoch</i>	239	70,3

## 5. Ergebnisse

### 5.1 Religion im Alltag

Um die Analysen der vorliegenden Studie angemessen einordnen zu können, ist es von zentraler Bedeutung, einen umfassenden Überblick über die religiösen Identitäten innerhalb der Stichprobe zu erhalten. Hierbei werden verschiedene Informationen berücksichtigt, darunter die Identifikation der Befragten mit der jüdischen Religion, der Stellenwert der Religion im Alltag sowie die Überzeugung, die jüdische Religion im eigenen Lebensumfeld uneingeschränkt ausleben zu können.

Die Analyse dieser Bereiche ermöglicht es, ein umfassendes Bild der religiösen Identitäten und der damit verbundenen Erfahrungen und Überzeugungen der Befragten zu zeichnen. So können Zusammenhänge zwischen der religiösen Identität und anderen Variablen der Studie besser verstanden und interpretiert werden.

Die Frage, wie stark sich die Befragten damit identifizieren, jüdisch zu sein, konnte mit einer vierstufigen Antwortskala von 1 = sehr stark bis 4 = wenig geantwortet werden. Für eine geeignete Darstellung wurden die Antwortmöglichkeiten an verschiedenen Stellen dichotomisiert. Abbildung 1 zeigt dabei, dass die Mehrheit der Befragten eine (sehr) starke Identifikation mit der eigenen Religion angibt.

Die Bedeutung ihrer Religion im Alltag bewerteten konnten die Befragten auf einer vierstufigen Antwortskala, die von 1 = sehr wichtig bis 4 = überhaupt nicht wichtig reichte angeben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Einschätzungen der Befragten gleichmäßig verteilt waren, wobei etwa die Hälfte der Teilnehmer die Religion als sehr wichtig oder wichtig und die andere Hälfte sie als weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig einstufen (siehe Abbildung 2).

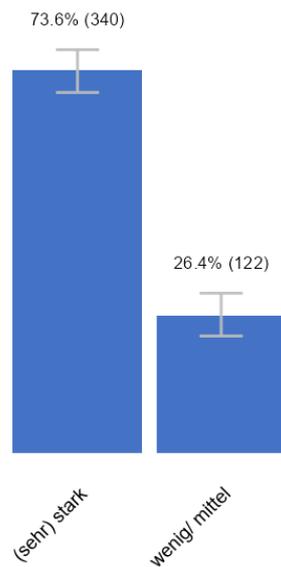


Abbildung 1: Stärke der Identifikation mit der jüdischen Religion. Basis: n = 462

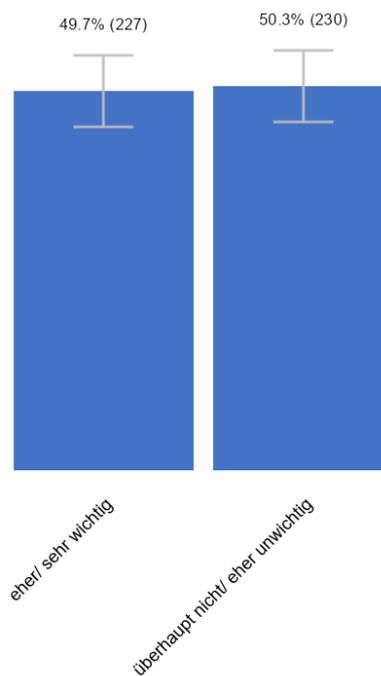


Abbildung 2: Bedeutung der eigenen Religion im Alltag. Basis: n = 457

Es wurde zudem gefragt, ob die Befragten das Gefühl haben, ihre Religion an ihrem Wohnort uneingeschränkt ausleben zu können. Dies ist ein wichtiger Indikator für das Maß an religiöser Freiheit und Sicherheit, welches die Befragten in ihrer Umgebung empfinden. Wie in Abbildung 3 ersichtlich, stimmen lediglich 59,2 % der Befragten dieser Aussage (eher) zu. Das heißt, dass sie sich in der Lage sehen, ihre religiösen Praktiken und Überzeugungen ohne wesentliche

Einschränkungen oder Hindernisse auszuleben. Ein erheblicher Teil der Befragten gibt jedoch an, dies nicht oder nur in eingeschränktem Ausmaß bestätigen zu können (40,8 %). Es bleibt daher festzuhalten, dass entsprechend Hindernisse bestehen, die das uneingeschränkte religiöse Leben der Befragungsteilnehmer:innen beeinträchtigen.

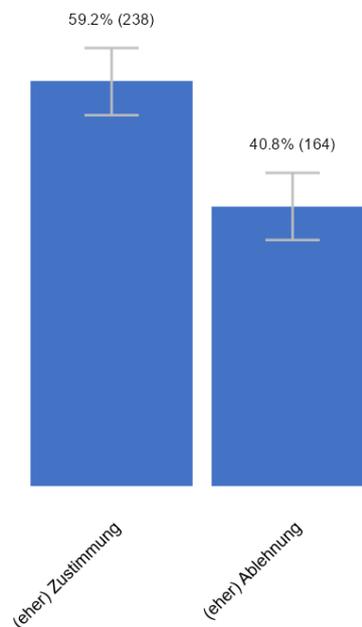


Abbildung 3: Überzeugung, die eigene Religion uneingeschränkt ausleben zu können. Basis: alle Befragten, die das Item beantwortet haben und denen ihre Religion im Alltag nicht „überhaupt nicht“ wichtig ist (n = 402)

Vergleicht man die Überzeugung, die eigene Religion uneingeschränkt ausleben zu können zwischen Befragten Gruppen verschiedener Herkunftsländer (vgl. Abbildung 4), so wird ersichtlich, dass Befragte aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion am häufigsten angeben, ihre Religion uneingeschränkt ausleben zu können. Befragte, die in Deutschland geboren sind, stimmen dieser Aussage hingegen am seltensten zu. Zwischen diesen beiden Befragten Gruppen besteht ein signifikanter Unterschied ( $F_{(3, 276)} = 2,66; p = .048$ ). Zwischen allen anderen Gruppen jedoch nicht.

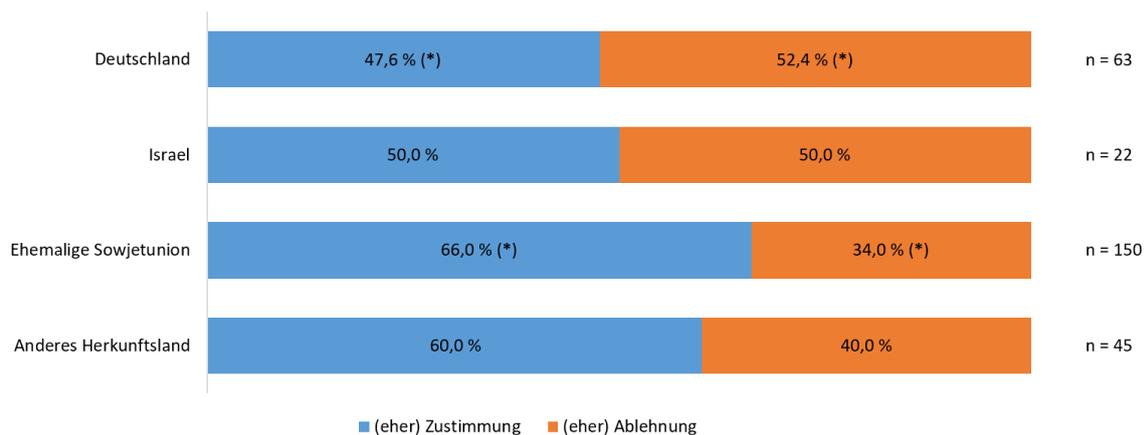


Abbildung 4: Überzeugung, die eigene Religion uneingeschränkt ausleben zu können nach Herkunftsland. Basis: Alle Befragten, die ihr Herkunftsland angeben und das Item zur Bewertung der uneingeschränkten Religionsausübung beantwortet haben (n = 280)

Ein Gruppenvergleich von Befragte mit vs. ohne Diskriminierungserfahrung<sup>9</sup> zeigt, dass Befragte mit Diskriminierungserfahrungen seltener der Überzeugung sind, ihre Religion uneingeschränkt ausleben zu können als Befragte, die noch nie diskriminierend behandelt wurden (vgl. Abschnitt 5.3.2). Dieser Unterschied ist statistisch signifikant ( $t_{(178)} = 7,49; p < .001$ ). Die prozentuale Zustimmungsrates zwischen den Befragtengruppen ist in Abbildung 5 dargestellt.

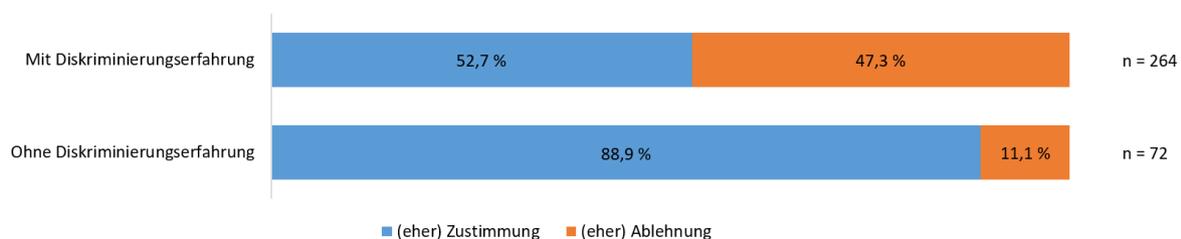


Abbildung 5: Überzeugung, die eigene Religion uneingeschränkt ausleben zu können nach Diskriminierungserfahrung. Basis: n = 336<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Als „Diskriminierungserfahrungen“ haben wir jene antisemitischen Viktimisierungserfahrungen innerhalb der letzten 12 Monate seit Befragung zusammengefasst, die unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz bleiben; sie umfassen Formen von Antisemitismus wie z.B. wenn Jüdinnen oder Juden das Gefühl gegeben wird, sie seien als Einzelpersonen für die Politik Israels verantwortlich, sie seien aufgrund ihres Jüdischseins nicht Teil der deutschen Gesellschaft oder es werden ihnen besondere Eigenschaften zugeschrieben weil sie als jüdisch gelesen werden (genaue Items siehe folgend im Bericht). Diese Formen des Antisemitismus trennen wir in unseren Analysen von strafrechtlich relevanten Erfahrungen, den „Viktimisierungserfahrungen“, und fassen sie als „Diskriminierungserfahrungen“ zusammen (siehe auch FN 3).

<sup>10</sup> Alle Befragten, die die Fragebatterie zu Diskriminierungserfahrungen und das Item zur Bewertung der uneingeschränkten Religionsausübung beantwortet haben

Betrachtet man Befragte mit versus ohne Viktimisierungserfahrung (vgl. Abschnitt 5.3.2), so ist ebenfalls deutlich ersichtlich, dass Viktimisierungserfahrungen die Überzeugung, seine Religion uneingeschränkt ausleben zu können, senken (vgl. Abbildung 6). Der Unterschied in der Zustimmungsrate zwischen Befragte mit und ohne Viktimisierungserfahrung ist signifikant ( $t_{(320)} = 5,36; p < .001$ ).

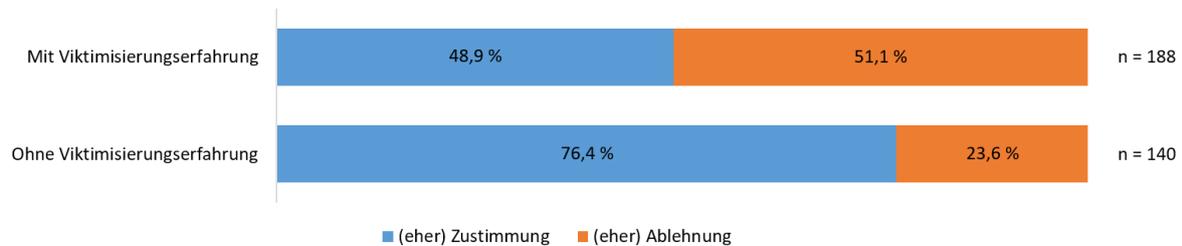


Abbildung 6: Überzeugung, die eigene Religion uneingeschränkt ausleben zu können nach Viktimisierungserfahrung. Basis: n = 328<sup>11</sup>

## 5.2 Antisemitismus

### 5.2.1 Bewertung des antisemitischen Gehalts verschiedener Verhaltensweisen

Antisemitismus beschreibt „[...] eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Menschen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ (International Holocaust Remembrance Alliance, 2016). In diese international weitverbreitete Definition von Antisemitismus fällt eine ganze Reihe unterschiedlicher Phänomene. Um Erfahrungen mit Antisemitismus valide erfassen zu können, ist es wichtig, zunächst von den Betroffenen zu erfahren, welche Verhaltensweisen sie als antisemitisch einstufen. Dazu wurden die Befragten gebeten, den antisemitischen Gehalt von fünf Verhaltensbeschreibungen auf einer vierstufigen Antwortskala (1 = *nein, auf keinen Fall* bis 4 = *ja, auf jeden Fall*) zu bewerten. Alle Items sind

<sup>11</sup> Alle Befragten, die die Fragebatterie zu Viktimisierungserfahrungen und das Item zur Bewertung der uneingeschränkten Religionsausübung beantwortet haben

in Abbildung 7 aufgelistet. Die größte Zustimmung erhielt die Aussage, dass in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden nicht als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden, sowie der Unmut darüber, wenn nicht-jüdische Menschen sich darüber ärgern, dass der Holocaust auch heute noch thematisiert wird. Beide Aussagen wurden jeweils von n = 365 Befragten (89,7 %) befürwortet. Am wenigsten antisemitisch bewertet wurde die spezielle Erwähnung, wer aus dem Bekanntenkreis nicht-jüdischer Menschen jüdisch ist, welche eine Zustimmung von n = 197 Befragten (48,9 %) erhielt.

Wäre es in Ihren Augen antisemitisch, wenn eine nicht-jüdische Person...

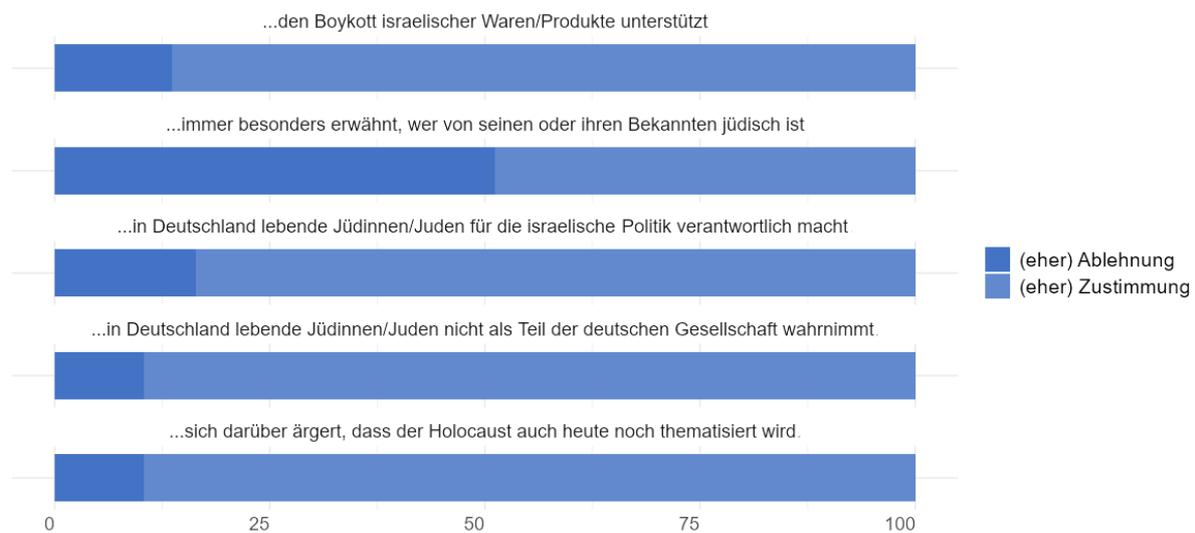


Abbildung 7: Bewertung des antisemitischen Gehalts nach Verhaltensweisen. Basis: alle Befragten (n = 402 - 407)

Diese Einschätzungen variieren kaum, wenn das Herkunftsland der Befragten berücksichtigt wird (siehe Abbildung 8). Jedoch bewerten Jüdinnen und Juden, die in Deutschland geboren sind, die Verantwortlichmachung der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden für die israelische Politik signifikant stärker als antisemitisch ( $F(3,292) = 4,30$ ;  $p = .005$ ) im Vergleich zu Jüdinnen und Juden aus anderen Ländern (ausgenommen Israel und das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion). Bezüglich der Bewertung des Boykotts israelischer Waren und Produkte zeigen sich deutliche Unterschiede: Signifikant weniger Jüdinnen und Juden aus Israel betrachten dieses Verhalten als antisemitisch im Vergleich zu Jüdinnen und Juden aus Deutschland oder dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ( $F(3,291) = 5,88$ ;  $p < .001$ ).

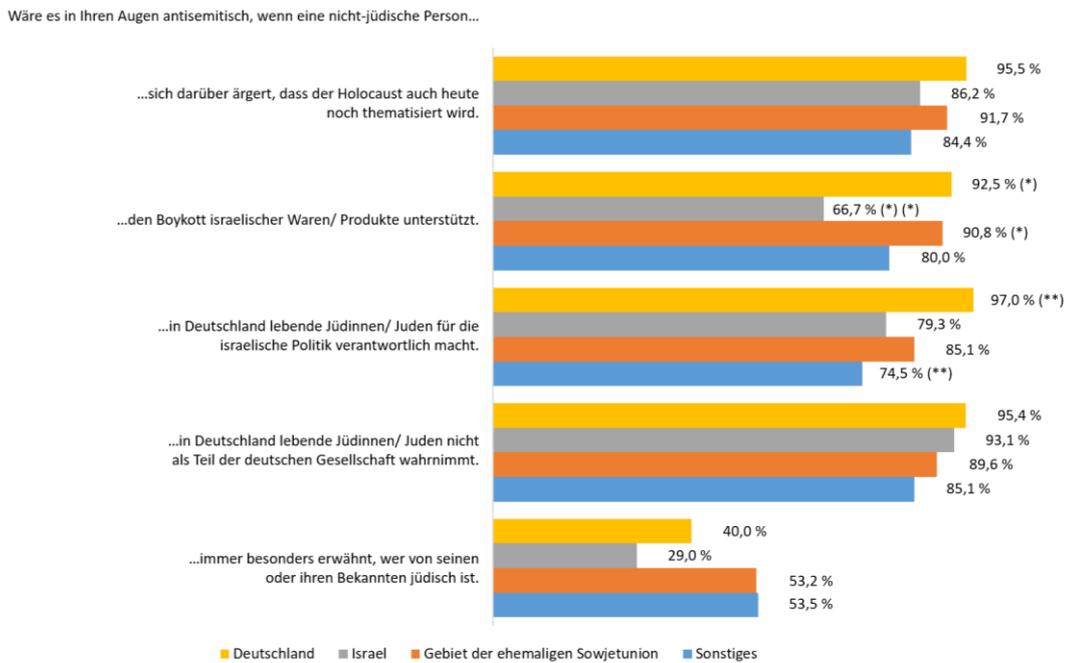


Abbildung 8: Zustimmende Bewertung (eher ja/ ja auf jeden Fall) antisemitischen Gehalts nach Verhaltensweisen und Herkunftsland. Basis: alle Befragten, die die Verhaltensweisen hinsichtlich ihres antisemitischen Gehalts bewertet und ein Herkunftsland angegeben habe

## 5.2.2 Wohlbefinden

Auf die Frage, wie wohl sich die Befragten im Vergleich zu vor 12 Monaten als Jüdin / Jude in Hamburg fühlen, gaben 8 Befragte (1,8 %) an, sich wohler zu fühlen. 149 Befragte (34,3 %) berichteten, dass sie sich ungefähr gleich wohlfühlen, während die Mehrheit von 277 Befragten (63,8 %) angab, sich unwohler zu fühlen. Betrachtet man diese Ergebnisse getrennt für Befragte, die einen Zusammenhang zwischen der von ihnen als schlimmste empfundenen Tat und den Geschehnissen vom 7. Oktober 2023 sehen, und solche, die keinen Zusammenhang sehen (Abbildung 9), zeigt sich ein signifikanter Unterschied. Befragte, die einen Zusammenhang ihrer Erlebnisse zu den Ereignissen am 7. Oktober sehen, fühlen sich signifikant unwohler in Hamburg im Vergleich zu vor 12 Monaten als diejenigen, die keinen Zusammenhang zu diesem Ereignis sehen ( $t(95) = 3,85; p < .001$ ). Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die Wahrnehmung eines Zusammenhangs mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 einen erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden der Befragten hat.

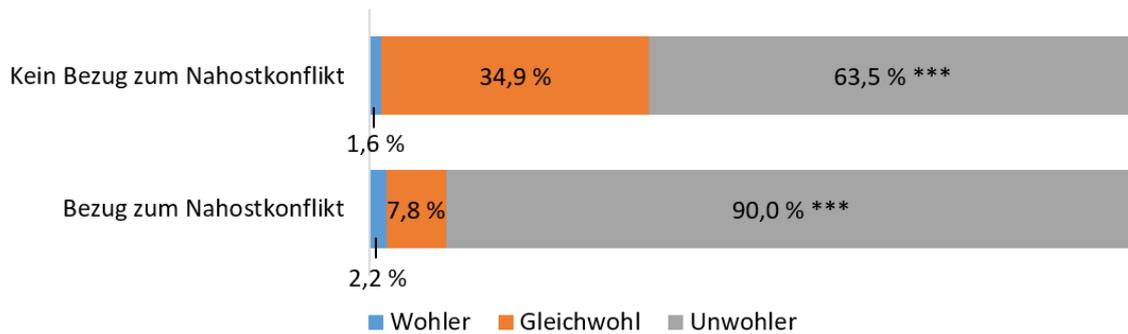


Abbildung 9: Befinden im Vergleich zu vor 12 Monaten nach Bezug der eigenen am schlimmsten erlebten Tat zum 07.10.2023. Basis: n = 63 – 90; \*\*\*p < .001; Gruppenunterschied bezieht sich auf die Kategorie „unwohler“.

Abbildung 10 zeigt das Befinden der Jüdinnen und Juden mit bzw. ohne Diskriminierungserfahrung. Diejenigen, die mind. eine Diskriminierungserfahrung gemacht haben, äußern ein signifikant unwohleres Befinden in Hamburg im Vergleich zu vor 12 Monaten als Befragte ohne Diskriminierungserfahrungen ( $t_{(145)} = 9,45; p < .001$ ).

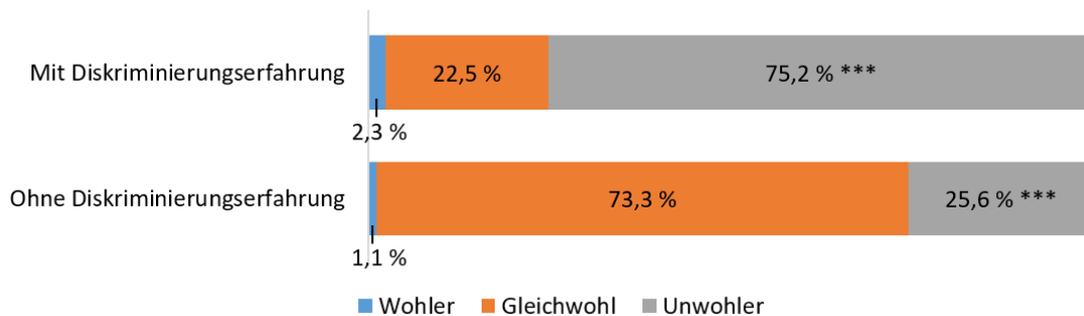


Abbildung 10: Befinden im Vergleich zu vor 12 Monaten nach Diskriminierungserfahrung. Basis: n = 90 - 302; \*\*\*p < .001; Gruppenunterschied bezieht sich auf die Kategorie „unwohler“.

Unterschieden nach Viktimisierungserfahrungen (Abbildung 11) zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier berichten Befragte mit Viktimisierungserfahrung, sich signifikant unwohler zu fühlen als Befragte ohne Viktimisierungserfahrung ( $t_{(337)} = 7,00; p < .001$ ).

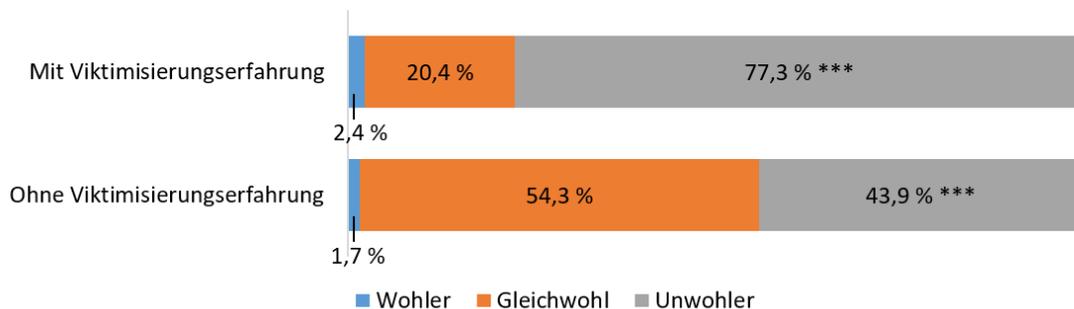


Abbildung 11: Befinden im Vergleich zu vor 12 Monaten nach Viktimisierungserfahrung. Basis: n = 173 - 211; \*\*\*p < .001; Gruppenunterschied bezieht sich auf die Kategorie „unwohler“.

Wird das Befinden im Vergleich zu vor 12 Monaten zwischen den Geschlechtern betrachtet, so ergeben sich keine signifikanten Unterschiede (Abbildung 12).

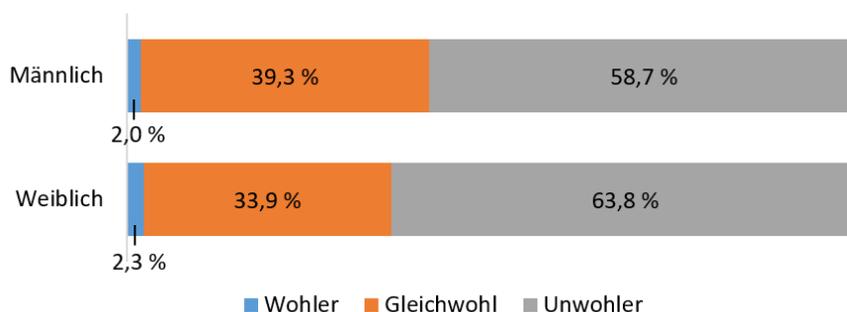


Abbildung 12: Befinden im Vergleich zu vor 12 Monaten nach Geschlecht. Da die Anzahl der Befragte, die ein diverses Geschlecht angaben, kleiner als 10 ist, wurde diese Gruppe nicht in der Abbildung dargestellt. Basis: n = 150 – 177

Abbildung 13 zeigt das Wohlbefinden der Befragten über verschiedene Alterskategorien hinweg. Befragte im Alter von 75 bis 100 Jahren berichten dabei signifikant seltener von einem unwohleren Befinden in Hamburg im Vergleich zu vor 12 Monaten als Befragte aus allen jüngeren Altersgruppen. Zudem geben Befragte im Alter von 55 bis 74 Jahren ein weniger unwohles Befinden an als Befragte im Alter von 40 bis 54 Jahren ( $F(3,329) = 20,92; p < .001$ ). Insgesamt scheint eine Verschlechterung des Wohlbefindens von Jüdinnen und Juden innerhalb der letzten 12 Monate in Hamburg unter jüngeren Menschen deutlich stärker verbreitet als unter älteren Menschen.

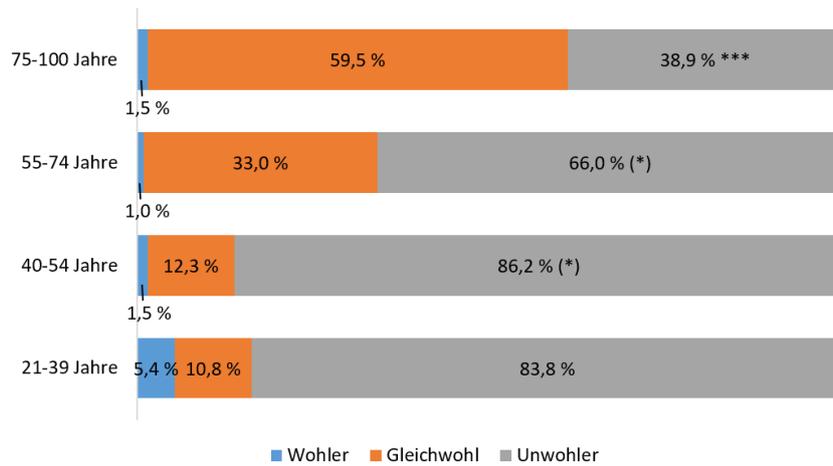


Abbildung 13: Befinden im Vergleich zu vor 12 Monaten nach Alterskategorien. Basis: n = 37 - 131; \*\*\*p < .001; (\*) p < .05 nur zwischen den beiden in Klammern gekennzeichneten Gruppen; Gruppenunterschied bezieht sich auf die Kategorie „unwohler“.

Für das allgemeine Integritäts- und Sicherheitsempfinden von Jüdinnen und Juden spielen auch die Reaktionen von Mitmenschen auf antisemitische Vorfälle eine wichtige Rolle. Die Angemessenheit der Reaktionen der Hamburger Mitmenschen auf antisemitische Vorfälle bewerteten die Befragten auf einer fünfstufigen Antwortskala als überwiegend unangemessen (n = 210; 49,9 %). Angemessene Reaktionen wurden von 120 Befragten (28,5 %) berichtet, weitere 91 Befragte (21,6 %) gaben die Angemessenheit mit teils/teils an.

## 5.3 Opfererfahrungen von Jüdinnen und Juden

### 5.3.1 Allgemeine Betroffenheit

In der vorliegenden Studie wurden 14 spezifische Opfererfahrungen untersucht. Mit der einleitenden Frage „*Wie häufig haben Sie in den letzten 12 Monaten im Zusammenhang mit Ihrem Jüdischsein folgende Situationen erlebt?*“ wurde die Häufigkeit der verschiedenen Opfererfahrungen erfasst. Dabei handelte es sich bei fünf Fragen um Erlebnisse ohne strafrechtliche Relevanz (Cronbach’s Alpha = 0,92) und bei neun Fragen um strafrechtlich relevante Erlebnisse (Cronbach’s Alpha = 0,67). Von 452 bzw. 448 Befragten gaben 317 an schon einmal Opfer von mind. einer der genannten Taten geworden zu sein.

Die Erlebnisse ohne strafrechtliche Relevanz sind in Abbildung 14 dargestellt, sie wurden als „Diskriminierungserfahrungen“ zusammengefasst. Die entsprechenden Häufigkeiten wurden auf einer fünfstufigen Antwortskala angegeben (1 = *nie* bis 5 = *sehr häufig*). Die Häufigkeiten variierten geringfügig über die verschiedenen Erfahrungen. Fasst man die Kategorien ab mindestens einem Erlebnis zusammen (selten – sehr häufig), wurde am häufigsten (63,3 %) angegeben, dass sich jemand gegenüber der befragten Person aufgrund ihres Jüdischseins anders verhalten hätte. Betrachtet man nur die Ausprägung (sehr) häufig, berichteten die Befragten am häufigsten, für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht worden zu sein.

Wie häufig haben Sie in den letzten 12 Monaten im Zusammenhang mit Ihrem Jüdischsein folgende Situationen erlebt?

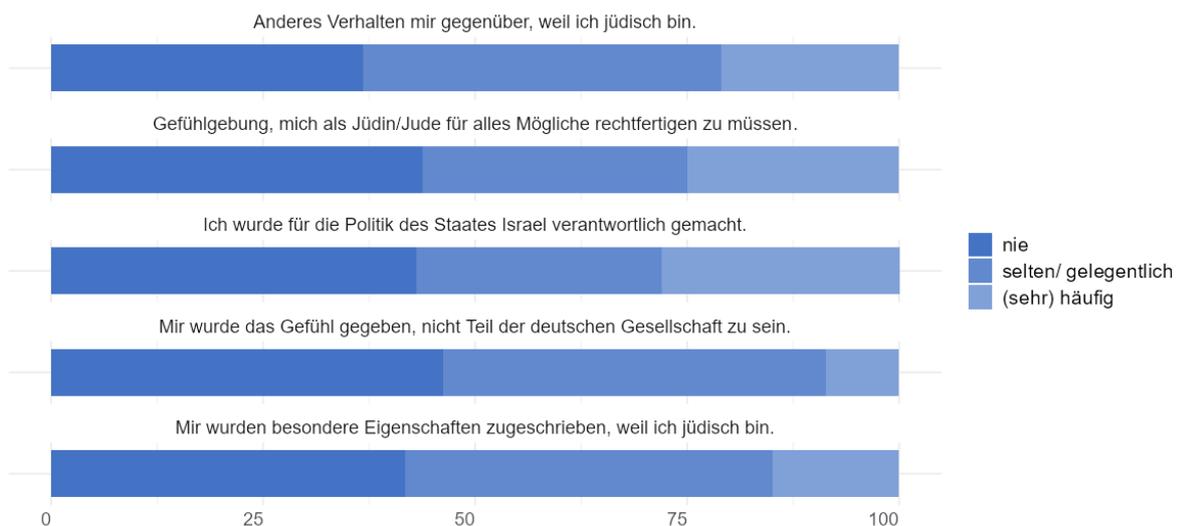


Abbildung 14: Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten; Basis: n = 357 - 367; Mehrfachnennungen möglich

Eine Itemanalyse ergab, dass alle fünf Aussagen eine gemeinsame Dimension erfassen (Cronbachs Alpha = 0,92), die im Folgenden als *offener Antisemitismus* bezeichnet wird. Von 396 Befragten gaben 232 (58,6 %) an, im vergangenen Jahr selten oder gelegentlich offenen Antisemitismus erlebt zu haben. Weitere 73 Befragte (18,4 %) gaben an, von diesem Phänomen sogar häufig bis sehr häufig betroffen gewesen zu sein. Lediglich 91 Befragte (23,0 %) gaben an, im vergangenen Jahr keinen offenen Antisemitismus erfahren zu haben. Abbildung 15 zeigt die prozentualen Häufigkeitsangaben, mit denen die Befragten das Erleben von offenem Antisemitismus berichteten.



Abbildung 15: Häufigkeit von erlebtem offenem Antisemitismus in den letzten 12 Monaten; Basis: n = 396; Mehrfachnennungen möglich

Die strafrechtlich relevanten Erlebnisse werden unter dem Begriff *Viktimisierungserfahrungen* zusammengefasst. Ihre Häufigkeit wurde auf einer sechsstufigen (1 = *nie* bis 6 = *häufiger als 50-mal*) Antwortskala angegeben. Die Häufigkeiten der berichteten Erfahrungen variiert deutlich über die verschiedenen Taten. Am häufigsten wurden abwertende Äußerungen über die eigene Person oder die jüdische Gemeinschaft berichtet (n = 173; 49,6 %). Dagegen deutlich seltener berichtet wurden körperliche Angriffe (n = 154; 2 %) oder sexueller Missbrauch (n = 4; 1,2 %). Eine Übersicht über die Häufigkeit verschiedener Viktimisierungserfahrungen findet sich in Abbildung 16.

Wie häufig haben Sie in den letzten 12 Monaten im Zusammenhang mit Ihrem Jüdischsein folgende Situationen erlebt?

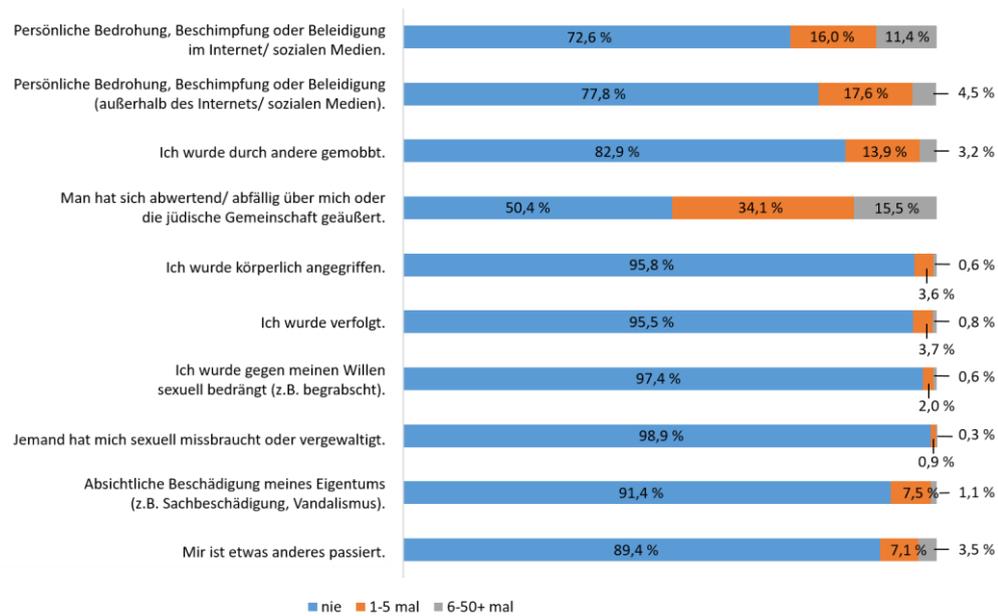


Abbildung 16: Häufigkeit von Viktimisierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten; Basis: n = 198 - 360; Mehrfachnennungen möglich

Eine exploratorische Faktorenanalyse ergab, dass die neun Items zwei Dimensionen zugeordnet werden können. Folgende fünf Items bilden den Faktoren *Schwere Viktimisierungserfahrungen (körperlichen oder sexuellen Angriff bzw. Verfolgung; Cronbachs Alpha = 0,89)*:

- Ich wurde körperlich angegriffen
- Ich wurde verfolgt
- Ich wurde gegen meinen Willen sexuell bedrängt (z.B. begrabscht)
- Jemand hat mich sexuell missbraucht oder vergewaltigt
- Mein Eigentum wurde absichtlich beschädigt oder zerstört (z.B. Sachbeschädigung, Vandalismus).

Die zweite Dimension beschreibt den *leichtere Viktimisierungserfahrungen (verbalen bzw. psychischen Angriff; Cronbachs Alpha = 0,79)* und wird durch folgende vier Items abgebildet:

- Ich wurde im Internet und/ oder in den sozialen Medien durch Kommentare, Postings, Nachrichten, Emails usw. persönlich bedroht, beschimpft oder beleidigt
- Ich wurde persönlich bedroht, beschimpft oder beleidigt (außerhalb des Internets/ der sozialen Medien)
- Ich wurde durch andere gemobbt

- Man hat sich abwertend/ abfällig über mich oder die jüdische Gemeinschaft geäußert.

Betrachtet man die Häufigkeitsverteilung (vgl. Abbildung 17), so wird ersichtlich, dass im vergangenen Jahr deutlich mehr verbale/psychische Angriffe (leichtere Viktimisierungserfahrungen) erlebt wurden als körperlich/ sexuelle Angriffe bzw. Verfolgung (schwere Viktimisierungserfahrungen). So geben 206 Befragte (54,6 %) an, mindestens einmal einen verbalen/psychischen Angriff erlebt zu haben, wohingegen 50 Befragte (13,3 %) das von einem körperlichen/sexuellen Angriff /Verfolgung berichten. Abbildung 19 stellt die prozentuale Häufigkeitsangabe der beiden Dimensionen dar.

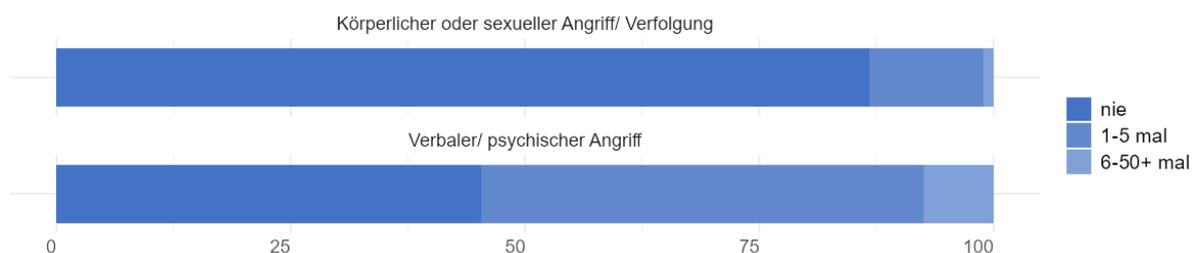


Abbildung 17: Häufigkeit der Dimensionen körperlicher/ sexueller Angriff und verbaler/ psychischer Angriff in den letzten 12 Monaten; Basis: n = 377; Mehrfachnennungen möglich

### 5.3.2 Diskriminierungserfahrung und Religionsausübung

Antisemitismuserfahrungen stehen in einem signifikanten Zusammenhang mit der Identifikation als jüdisch und insbesondere auch dem Gefühl, die eigene Religion nicht frei ausüben zu können, wie aus Abbildung 18 ersichtlich wird. Die Gruppenunterschiede zwischen jenen, die Antisemitismuserfahrungen gemacht haben (unterhalb der Strafbarkeitsschwelle hier: „Diskriminierungserfahrungen“) und jenen, die keine Solchen Erfahrungen gemacht haben sind für die Intensität der Identifikation mit dem Jüdischsein und dem Gefühl, die Religion nicht frei ausüben zu können wo man lebt signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,1 % ( $p < .001$ ); die Wichtigkeit der Religion im Alltagsleben unterscheidet sich kaum ( $p = .07$ ), bzw nur bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 % ( $p < .1$ ).

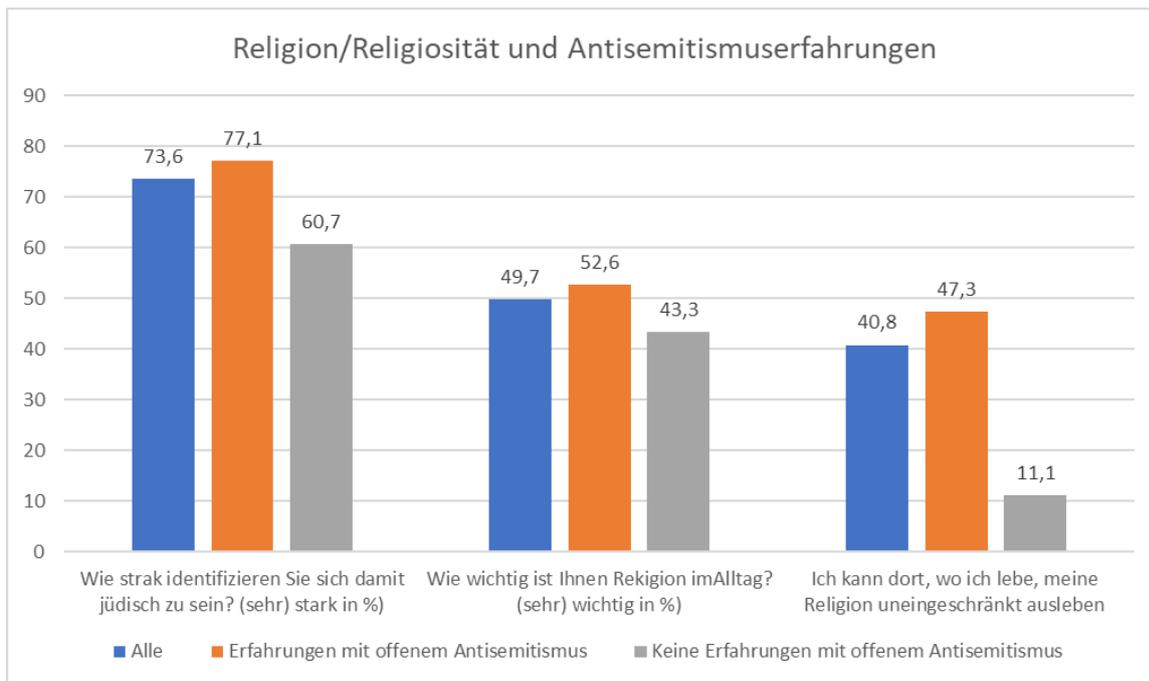


Abbildung 18: Identifikation, Religiosität und Antisemitismuserfahrungen

Diese Kombination an Perspektiven unter solchen Jüdinnen und Juden, die schon einmal Antisemitismus erfahren haben, also eine verstärkte Identifizierung mit ihrem Jüdischsein in Kombination mit dem Gefühl, ihre Religion nicht frei ausüben zu können, deutet auf soziale Mechanismen der Desintegration und des subkulturellen Rückzugs als Folge der Antisemitismuserfahrungen hin.

### 5.3.3 Diskriminierungserfahrungen nach Lebensbereichen

Diskriminierung kann sich in verbalen, nonverbalen oder physischen Handlungen äußern und in unterschiedlichen Kontexten auftreten. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie häufig sie sich in den letzten 12 Monaten im Zusammenhang mit ihrem Jüdischsein in elf Lebensbereichen (Cronbach's Alpha = 0,92) benachteiligt gefühlt haben. Zur Antwort diente eine fünfstufige Antwortskala (1 = *nie* bis 5 = *sehr häufig*). Wie Abbildung 19 zeigt, fanden die häufigsten Benachteiligungen bei der Arbeit oder in Bildungseinrichtungen statt (n = 126; 42,7 %), gefolgt von in öffentlichen Verkehrsmitteln (n = 110; 32,4 %) und bei Freizeitaktivitäten wie Sport, Kultur, Politik (n = 107; 28,0 %). Dagegen seltener berichteten die Befragten von Be-

nachteiligung in Pflegeeinrichtungen oder durch Pflegedienste (n = 30; 12,1 %). Diskriminierung im Kontakt mit der Polizei wurde ebenfalls vergleichsweise selten angegeben (n = 35; 12,6 %).

Wie häufig haben Sie sich in den letzten 12 Monaten im Zusammenhang mit Ihrem Jüdischsein in den folgenden Lebensbereichen benachteiligt gefühlt?

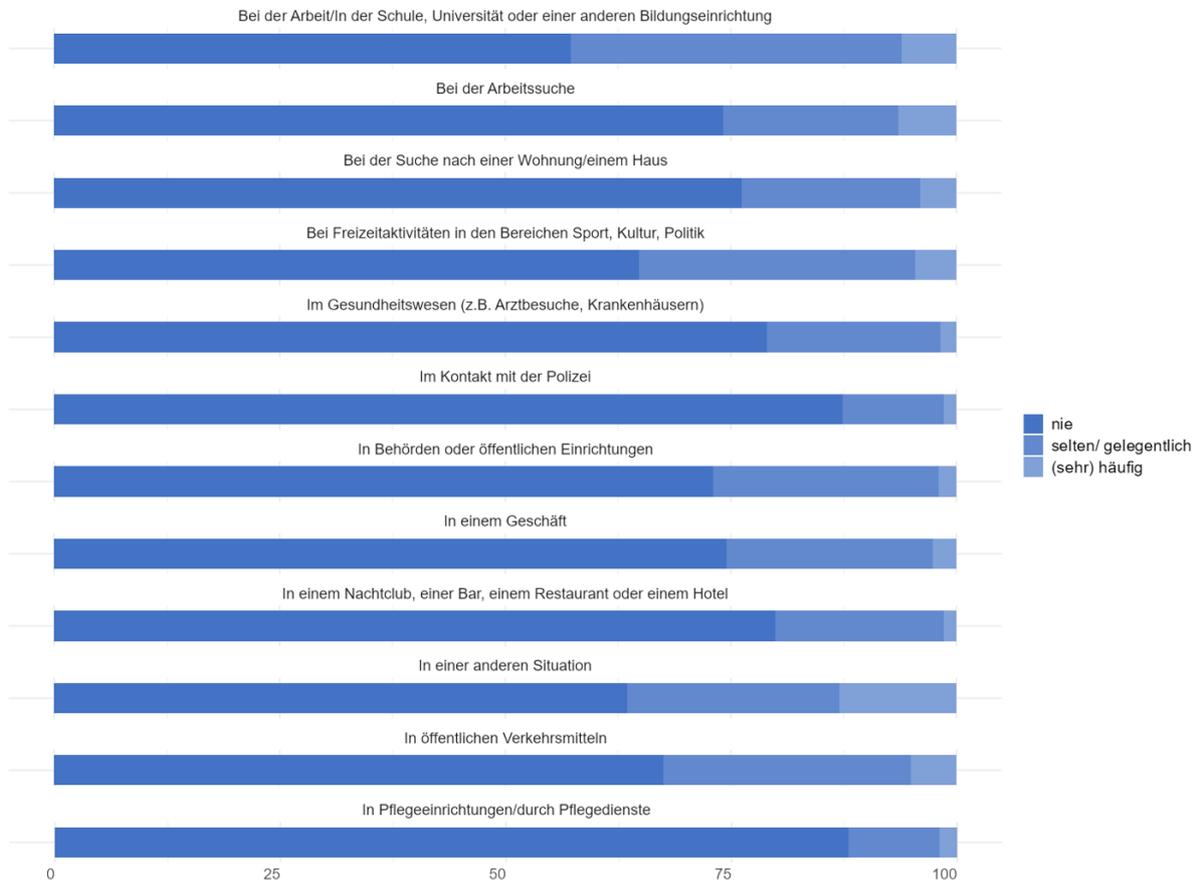


Abbildung 19: Häufigkeit von Benachteiligung in verschiedenen Lebensbereichen in den letzten 12 Monaten; Basis: n = 170 – 349; Mehrfachnennungen möglich

Eine exploratorische Faktorenanalyse ergab, dass acht der elf Items zwei Dimensionen erfassen. Die erste Dimension bildet die *Diskriminierungserfahrungen im öffentlichen Bereich oder Freizeit* ab (Cronbachs Alpha = 0,86). Sie umfasst folgende fünf Lebensbereiche:

- Bei der Arbeit/ In der Schule, Universität oder einer anderen Bildungseinrichtung
- In einem Nachtclub, einer Bar, einem Restaurant oder einem Hotel
- In öffentlichen Verkehrsmitteln
- In einem Geschäft
- Bei Freizeitaktivitäten in den Bereichen Sport, Kultur, Politik

Die zweite Dimension umfasst *Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen/ bei Behörden* (Cronbachs Alpha = 0,81). Hierzu zählen die folgenden drei Lebensbereiche:

- Im Kontakt mit der Polizei
- Im Gesundheitswesen (z.B. Arztbesuche, Krankenhäusern)
- In Pflegeeinrichtungen/ durch Pflegedienste

Folgende drei Lebensbereiche konnten keiner der beiden Dimensionen statistisch zugeordnet werden:

- In Behörden oder öffentlichen Einrichtungen
- Bei der Arbeitssuche
- Bei der Suche nach einer Wohnung/ einem Haus.

Betrachtet man die Häufigkeitsverteilung, mit der in den letzten 12 Monaten Benachteiligung erlebt wurde in den zwei Dimensionen, so wird deutlich, dass Benachteiligungen deutlich häufiger im öffentlichen und freizeitlichen Bereich stattfinden als im Kontakt mit dem Gesundheitswesen oder Behörden wie der Polizei (Abbildung 20). Während im öffentlich-freizeitlichen Bereich 201 Befragte (52,5 %) seltene bis sehr häufige Benachteiligung angeben, sind es im Kontakt mit dem Gesundheitswesen und der Polizei 90 Befragte (25,2 %).

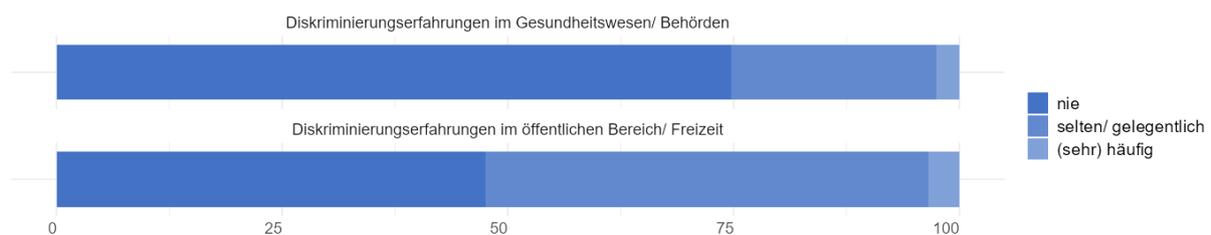


Abbildung 20: Häufigkeit von Benachteiligung nach Lebensbereichen in zwei Dimensionen in den letzten 12 Monaten; Basis: n = 357 - 383; Mehrfachnennungen möglich

Betrachtet man die Lebensbereiche, in denen Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden, getrennt nach Geschlecht, so zeigt sich, dass Frauen in beiden Bereichen, dem Gesundheitswesen und Behörden, aber auch im öffentlichen Bereich und Freizeit mehr Diskriminierung

berichten (Abbildung 21). Diese Unterschiede sind statistisch signifikant, sowohl für den öffentlichen Bereich und Freizeit ( $t_{(283)} = 2,46; p = .014$ ) als auch für den Bereich Gesundheitswesen und Behörden ( $t_{(265)} = 2,48; p = .014$ ).

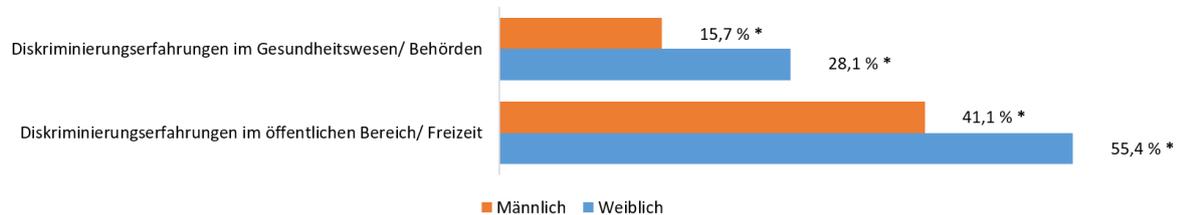


Abbildung 21: Häufigkeit von Benachteiligung in zwei Dimensionen von Lebensbereichen in den letzten 12 Monaten nach Geschlecht; Da die Anzahl der Befragte, die ein diverses Geschlecht angaben, kleiner als 10 ist, wurde diese Gruppe nicht in der Abbildung dargestellt

Eine nach Alterskategorien differenzierte Betrachtung zeigt, dass die berichteten Diskriminierungserfahrungen im öffentlichen Bereich und in der Freizeit mit zunehmendem Alter abnehmen. Befragte im Alter von 75 bis 100 Jahren berichten signifikant seltener von Diskriminierung in diesem Bereich als alle anderen Altersgruppen ( $F(3,293) = 8,56; p < .001$ ). Im Gegensatz dazu bleiben die Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen und bei Behörden über alle Altersgruppen hinweg relativ konstant und gering. Hier ergeben sich keine signifikanten Unterschiede (siehe Abbildung 22).

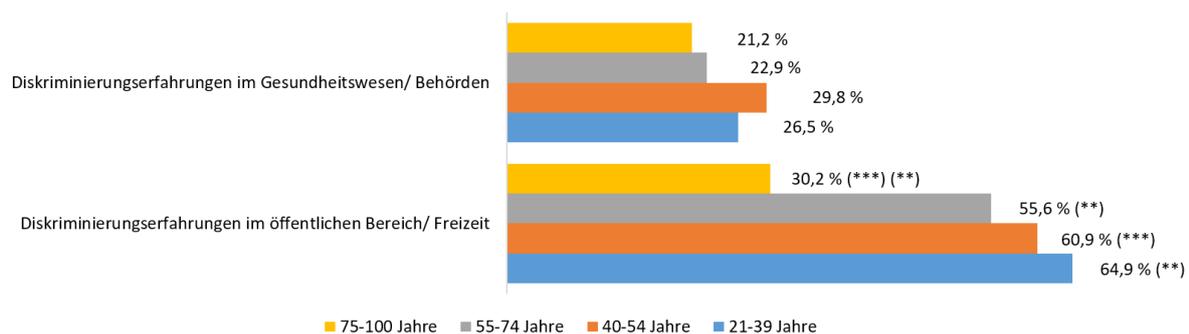


Abbildung 22: Häufigkeit von Benachteiligung in zwei Dimensionen von Lebensbereichen in den letzten 12 Monaten nach Alterskategorien; (\*\*\*)  $p < .001$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; (\*\*)  $p < .01$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen Basis:  $n = 278 - 297$ ; Mehrfachnennungen möglich

Die Häufigkeit berichteter Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen und bei Behörden unterscheidet sich nicht zwischen Befragte mit und ohne Migrationshintergrund. Jedoch

zeigt sich ein signifikanter Unterschied im öffentlichen Bereich und Freizeit (Abbildung 23). Hier berichten Befragte ohne Migrationshintergrund häufiger Diskriminierung als Befragte mit Migrationshintergrund ( $t_{(33)} = 2,66$ ;  $p = .012$ ). Dieser Zusammenhang ist möglicherweise über einen Gewöhnungseffekt erklärbar. So haben die explorativen Vorgespräche in der JHGG u.a. ergeben, dass aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderte Jüdinnen und Juden (was den größten Teil der Menschen mit Migrationshintergrund im Sample ausmacht) in ihrer ursprünglichen Heimat alltäglich Antisemitismus erlebt haben, was zu einer gewissen Gewöhnung an antisemitische Diskriminierungen geführt haben könnte. Ähnlich sprechen auch Zick et al. (2011) von einer so tief verwurzelten Normalisierung bestimmter Diskriminierungsformen, dass diese teilweise auch von den Betroffenen selbst nicht als solche wahrgenommen werden. Eine derartige Gewöhnung könnte wiederum zur Folge haben, dass antisemitische Diskriminierungserfahrungen seltener wahrgenommen und (in der Folge) auch weniger berichtet werden. Dies dürfte zum Teil auch erklären, warum jüngere Befragte deutlich mehr antisemitische Diskriminierungserfahrungen berichten als ältere (55–100 Jahre). Bei dem Gruppenvergleich ist zu beachten, dass die Gruppe der Befragte mit Migrationshintergrund, die die Fragen zur Diskriminierung beantwortet haben ( $n = 289$ ) wesentlich größer ist als die Gruppe ohne Migrationshintergrund, die die Fragen zur Diskriminierung beantwortet haben ( $n = 28$ ).

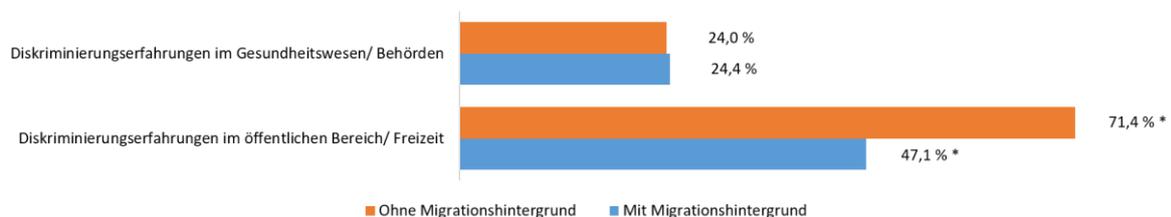


Abbildung 23: Häufigkeit von Benachteiligung in zwei Dimensionen von Lebensbereichen in den letzten 12 Monaten nach Migrationshintergrund; \*  $p < .05$  Basis:  $n = 295 - 317$ ; Mehrfachnennungen möglich

## 5.4 Tatkontext und Tatfolgen

### 5.4.1 Schwerwiegendste Tat

Die Befragten wurden gebeten, eine erlebte Tat auszuwählen, die sie persönlich als am schlimmsten empfunden haben. Die nachfolgenden Abschnitte (5.4.2 bis 5.4.9) beziehen sich auf diese als am schlimmsten empfundene Tat. Abbildung 24 zeigt die Verteilung der Antworten: 10,9 % (n = 37) der Befragten bewerteten persönliche Bedrohungen oder Beleidigungen im Internet oder in sozialen Medien als am schlimmsten, gefolgt von abfälligen Äußerungen über die eigene Person oder die jüdische Gemeinde mit 7,7 % (n = 26). Es ist jedoch zu beachten, dass die Mehrheit der Befragten (n = 184; 54,4 %) diese Frage nicht beantwortete und weitere 8,9 % (n = 30) angaben, keine der erlebten Taten als besonders schlimm empfunden zu haben.

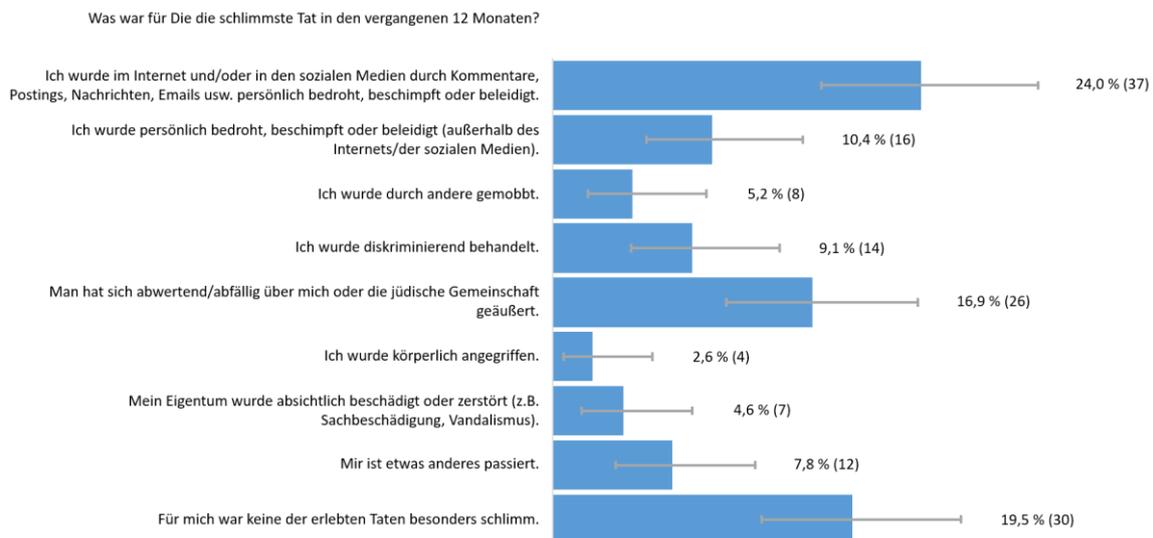


Abbildung 24: Die schlimmste erlebte Tat; Basis: n = 154; keine Mehrfachantworten möglich

### 5.4.2 Bezug zum Israelkonflikt

Angesichts der Aktualität des Nahostkonflikts zwischen Israel und Palästina wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie die als schlimmste erlebte Tat mit diesem Konflikt in Verbindung bringen. Von den 154 Personen, die eine schlimmste Tat berichteten, beantworteten 125 Personen diese Frage. Dabei stimmten 81 der Befragten (64,8 %) dieser Aussage zu, während 44 Befragte (35,2 %) keinen Zusammenhang zwischen dem Nahostkonflikt und der erlebten Tat sahen.

Es wurden nun die beiden Befragtengruppen, die einen bzw. keinen Zusammenhang zu dem Nahostkonflikt und der erlebten Tat sehen, näher betrachtet und die als am schlimmsten empfundenen Taten miteinander verglichen (Abbildung 25). Da die Häufigkeit der Tatangaben in allen Vergleichen in mindestens einer Gruppe kleiner als 10 ist, bleibt dieser Vergleich beschreibend und inferenzstatistisch ungeprüft. Auffällig ist jedoch, dass Befragte, die einen Zusammenhang zwischen der als am schlimmsten erlebten Tat und den Geschehnissen vom 07. Oktober 2023 sehen, vergleichsweise häufig angeben, im Internet oder den sozialen Medien bedroht, beschimpft oder beleidigt worden zu sein.

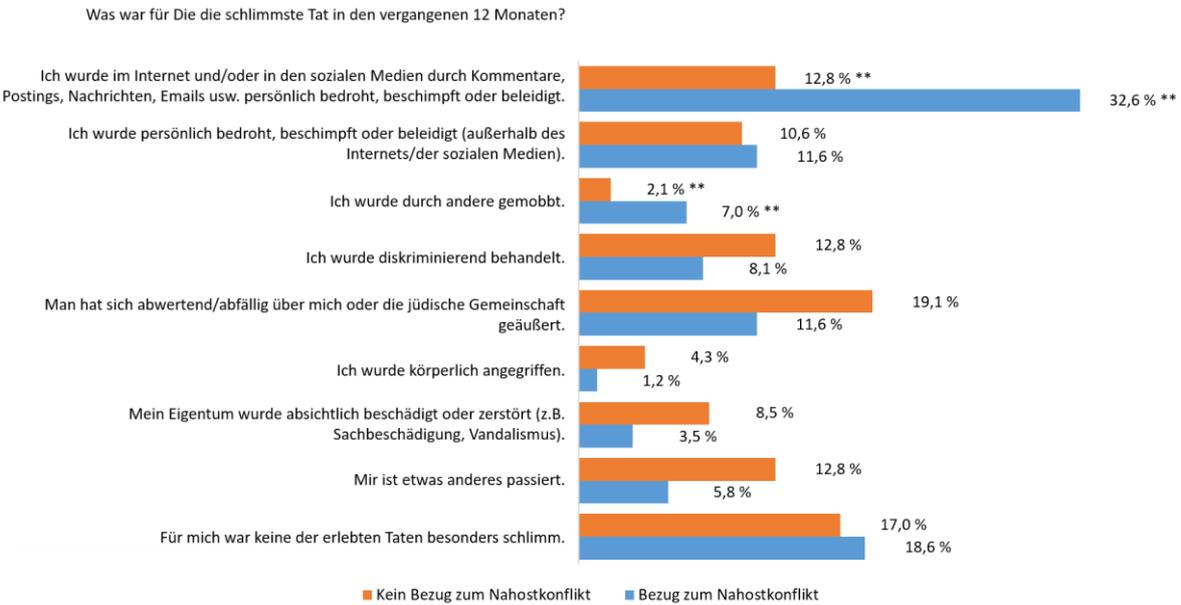


Abbildung 25: Die schlimmste erlebte Tat nach Attribution auf den Nahostkonflikt; \*\* p < .01; Basis: n = 47 - 86; keine Mehrfachantworten möglich

### 5.4.3 Tatort und Tatkontext

Befragt nach den Umgebungen und Kontexten der als schlimmsten empfundenen Tat, gaben 78,2 % der Befragten (n = 86) an, in Hamburg viktimisiert worden zu sein. Weitere 16,4 % (n = 18) berichteten von Vorfällen außerhalb Hamburgs, aber innerhalb Deutschlands, und 5,5 % (n = 6) im Ausland. Von den in Hamburg Betroffenen gaben 39,0 % (n = 30) an, dass sich die Taten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ereigneten, 19,5 % (n = 15) im eigenen Stadtteil und 41,6 % (n = 32) in einem anderen Stadtteil Hamburgs.

Nach dem konkreten Ort der Tat gefragt, schilderten die meisten Befragten eine Viktimisierung im Internet oder in sozialen Medien (n = 45 bzw. 29,2 %), gefolgt von Vorfällen in Bildungseinrichtungen (n = 21 bzw. 13,6 %) und bei öffentlichen Veranstaltungen (n = 17 bzw. 11,0 %). Eine vollständige Auflistung aller Tatorte findet sich in Abbildung 26.

An welchem Ort ist diese Tat genau passiert?

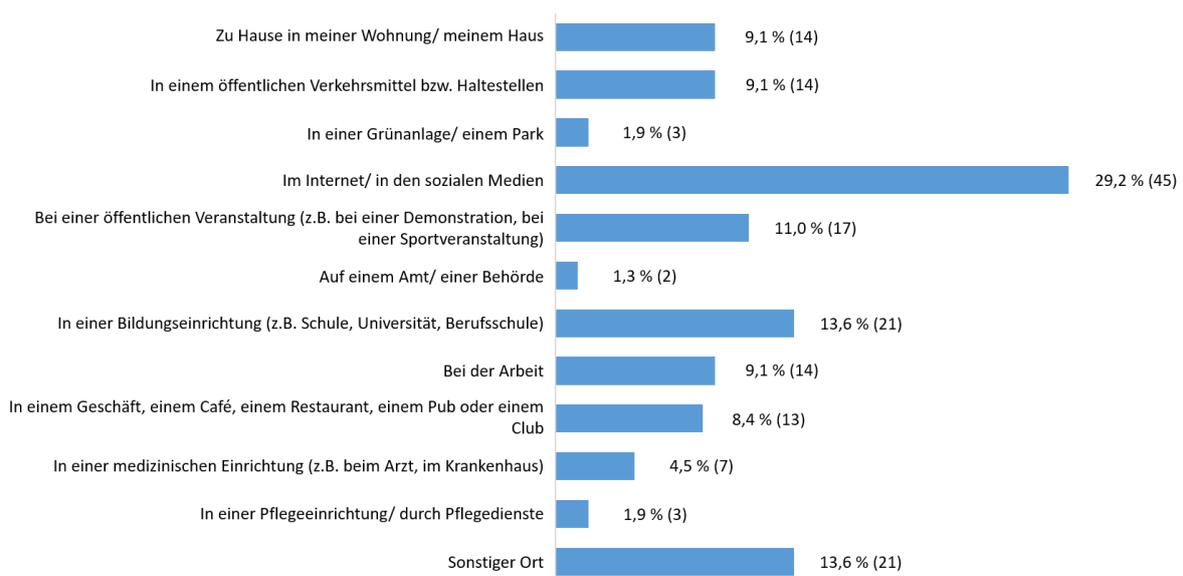


Abbildung 26: Tatort bzw. Tatkontext der als am schlimmsten erlebten Tat; Basis: alle Viktimisierten, die eine schlimmste Tat benannt haben (n = 154); Mehrfachnennungen möglich

### 5.4.4 Merkmale der Täter:innen

Befragt nach dem Bereich, aus dem der Täter oder die Täterin der schlimmsten Tat stammte, gaben 24 Befragte (15,8 %) an, dass der Haupttäter/ die Haupttäterin aus dem Bekanntenkreis

stammte. Als zweithäufigstes wurde berichtet, dass mit dem Haupttäter/ der Haupttäterin zusammengearbeitet wurde (n = 21; 13,8 %). Die meisten Befragten (n = 36; 23,7 %) konnten jedoch keine Angaben zu dem Bereich machen, aus dem der Haupttäter/die Haupttäterin kam. In Abbildung 27 sind alle Bereiche mit der Zustimmung in Prozent abgebildet.

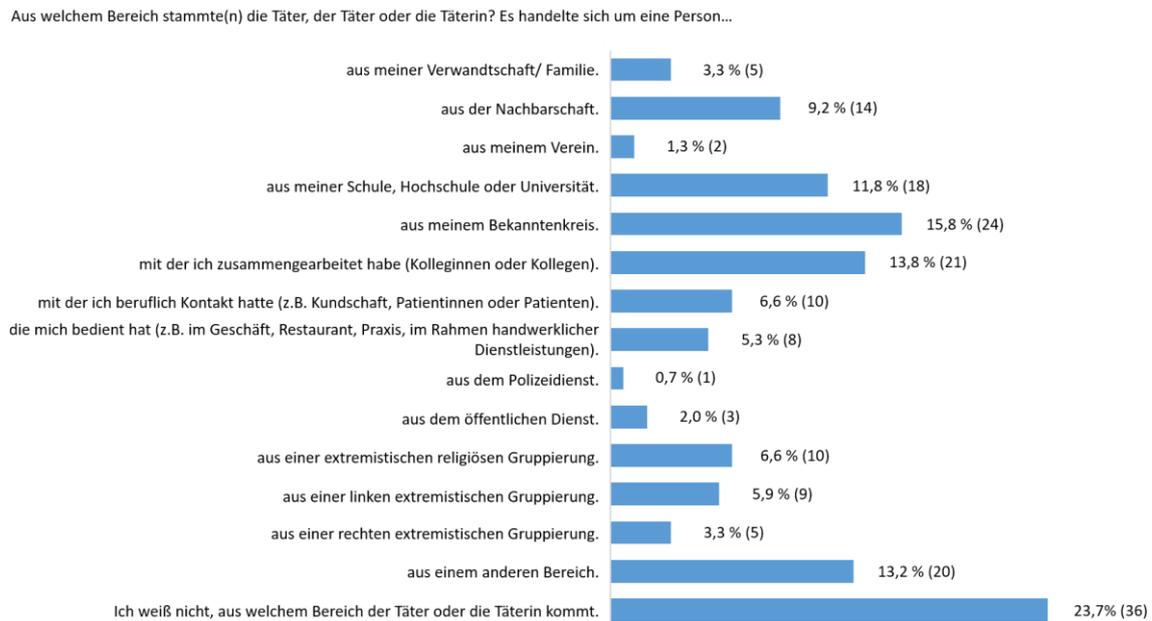


Abbildung 27: Bereiche, aus denen der Haupttäter/die Haupttäterin der schlimmsten Tat stammen; Basis: alle Viktimisierten, die eine schlimmste Tat benannt haben und dieses Item beantwortet haben (n = 152); Mehrfachnennungen möglich

#### 5.4.5 Anzeigeverhalten

Die Gesamtheit der Kriminalität setzt sich zusammen aus sich im Hellfeld und Dunkelfeld befindlichen Taten. Das Dunkelfeld bezeichnet dabei Delikte, die den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt werden und daher auch in keiner Hellfeldstatistik wie der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) auftauchen. Das Hellfeld hingegen umfasst Delikte, die der Polizei durch Anzeigeverhalten oder eigene Ermittlungen bekannt werden. Das Anzeigeverhalten aus der Bevölkerung ist in ca. 90 - 95 % der Fälle ausschlaggebend für das Bekanntwerden offiziell registrierter Straftaten, sodass ihm eine wichtige Rolle zu kommt. Aus diesem Grund wurde im Fragebogen danach gefragt, welchen Institutionen oder Organisationen die als am schlimmsten erlebte Tat geschildert wurde, ob die Tat konkret bei der Polizei angezeigt wurde und welche Anzeige- bzw. Nichtanzeige Gründe vorlagen. Um die Bearbeitungsdauer des Fragebogens

minimal zu halten, wurden diese Fragen nur diejenigen Befragten vorgelegt, die zuvor angegeben hatten, eine entsprechende Tat erlebt zu haben.

#### 5.4.6 Organisation, denen die Tat geschildert wurde

Abbildung 28 zeigt verschiedene Institutionen, an die die als schlimmste empfundene Tat gemeldet werden kann. 27,0 % der Befragten (n = 40) berichteten von ihrer Viktimisierung niemandem, und 20,3 % (n = 30) wandten sich an keine Organisation oder Institution. Diese kriminellen Handlungen bleiben somit nicht registriert und im Dunkelfeld. Von den gemeldeten Kriminalitätserfahrungen wurden die meisten an die Familie (n = 49; 33,1 %) oder Freunde (n = 47; 31,8 %) weitergegeben, gefolgt von Meldungen an die Polizei (n = 15; 10,1 %).

Wem haben Sie die Tat geschildert?

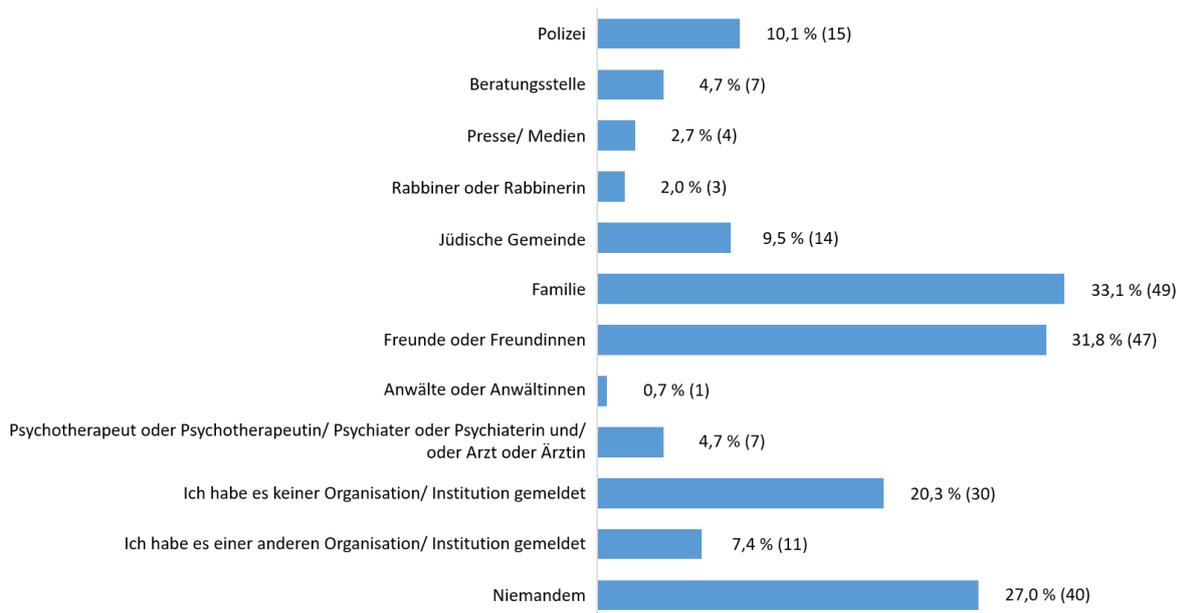


Abbildung 28: Wem wurde die Tat geschildert? Basis: Alle Viktimisierten, die eine schlimmste Tat benannt haben und dieses Item beantwortet haben (n = 148); Mehrfachnennungen möglich

#### 5.4.7 Anzeigeraten

Diejenigen Befragte, die angaben, eine schlimmste Tat erlebt und diese auch der Polizei mitgeteilt zu haben, wurden gefragt, ob sie die Tat zur Anzeige gebracht hätten. Von den 58 Befragten, die diese Frage beantworteten, liegt die Anzeigerate bei 19,0 % (n = 11).<sup>12</sup> Demnach erstattete die Mehrheit, nämlich 68,6 % (n = 47), keine Anzeige.

#### 5.4.8 Nichtanzeigeegründe

Um das Anzeigeverhalten, das für die Verfolgung von Straftaten von entscheidender Bedeutung ist, besser zu verstehen, müssen die Gründe für eine Nichtanzeige betrachtet werden. Daher wurden alle Befragten, die eine schlimmste Tat erlebt, diese jedoch nicht bei der Polizei angezeigt hatten, nach ihren Beweggründen gefragt. Wie in Abbildung 29 dargestellt, war der am häufigsten genannte Grund, eine Tat nicht bei der Polizei anzuzeigen, der Glaube, dass eine Anzeige zu nichts führen würde (44,7 %; n = 21). Der zweithäufigste Grund war die Einschätzung, dass die Tat nicht schwerwiegend genug sei (31,9 %; n = 15), gefolgt von der Überzeugung, dass die Polizei den Fall ohnehin nicht aufklären könne (21,3 %; n = 10). Diese Angaben deuten auf eine pessimistische Einstellung gegenüber den Erfolgchancen der Strafverfolgung hin. Die Befragten scheinen wenig Vertrauen in die Wirksamkeit und Effizienz der polizeilichen Ermittlungen zu haben, was eine wesentliche Hürde für die Anzeige von Straftaten darstellen dürfte.

---

<sup>12</sup> Diese Fallzahlen sind zu gering für eine deliktspezifische Auswertung. Daher werden hier nur die Ergebnisse zur Gesamtanzeigerate berichtet.

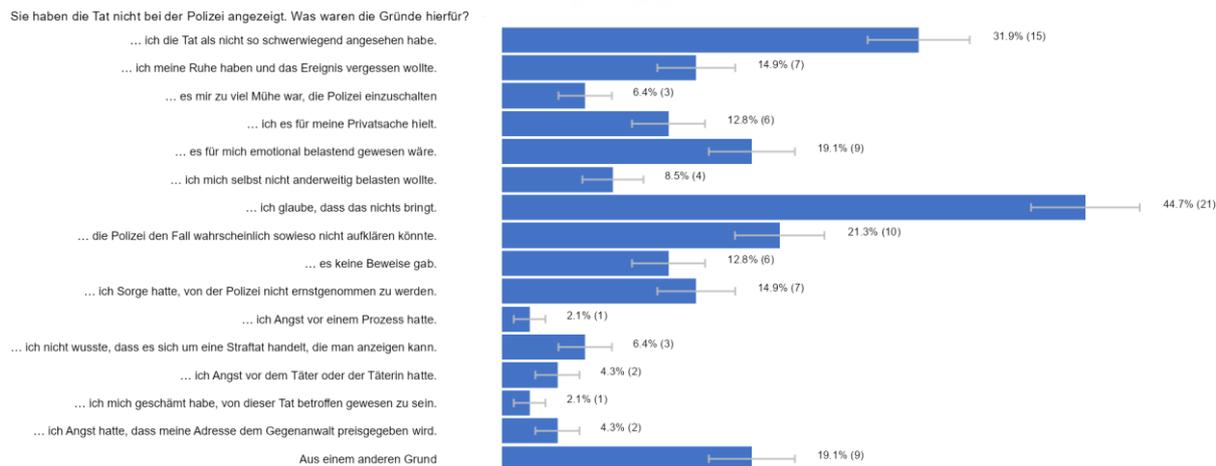


Abbildung 29: Nichtanzeigegründe; Basis: alle Viktimisierten, die eine schlimmste Tat benannt, sie aber nicht bei der Polizei angezeigt haben (n = 47); Mehrfachnennungen möglich

#### 5.4.9 Bewertung der Polizei

Befragte, die ihre Viktimisierungserfahrung(en) gegenüber der Polizei geäußert haben (vgl. Abschnitt 5.4.7), wurden gebeten, das Verhalten der Polizei zu bewerten. Dafür konnten 17 verschiedene Aussagen (Cronbach's Alpha = 0,90) auf einer Skala von 1 = *stimme gar nicht* zu bis 5 = *stimme voll und ganz* zu bewertet werden. Abbildung 30 stellt das Ausmaß der Zustimmung zu jeder Aussage in Prozent dar. Die meiste Zustimmung fanden die Aussagen, respektvoll behandelt worden zu sein (n = 11; 100 %), dass das Vorgehen gut erklärt wurde (n = 10 bzw. 83,3 %), dass die Polizei hilfsbereit war und den antisemitischen Hintergrund ernst genommen hat (jeweils n = 9; 75,0 %/81,8 %). Abgelehnt wurden dagegen Aussagen wie „die Polizei hat über mich gelacht“ (n = 12; 100 %) oder „die Polizei hat mich ungerecht behandelt“ (n = 11; 91,7 %). Diese Daten sprechen für eine positive Wahrnehmung der Polizei, wenn die erlebten Taten angezeigt werden. Zu beachten ist jedoch die geringe Anzahl der Befragte, auf denen diese Angaben basieren. Da nur sehr wenige Befragte eine schlimmste Tat angegeben und diese auch bei der Polizei angezeigt haben (es beantworteten lediglich n = 10; 12 Befragte diese Frage).

Wie bewerten Sie das Verhalten der Polizei, als Sie von der erlebten Tat berichteten? Die Polizei ...

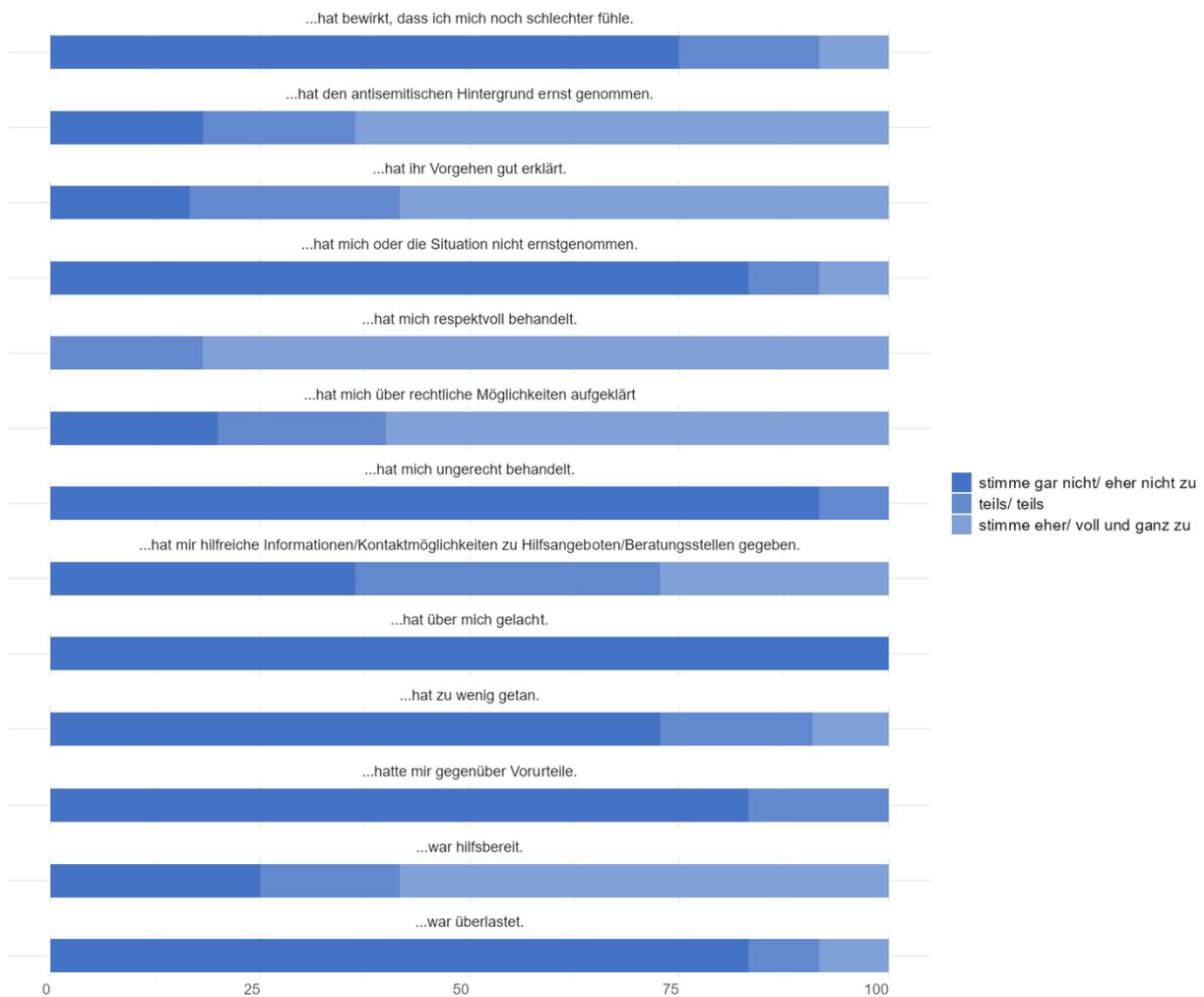


Abbildung 30: Bewertung der Polizei durch Befragte, die sich nach der schlimmsten Tat an die Polizei gewandt haben; Basis: n = 10 - 13

## 5.5 Betroffenheit im Familien- und Freundeskreis

Wenn eine Tat aus vorurteilsgeleiteten Überzeugungen gegenüber einer sozialen Gruppe begangen wird, trifft sie häufig nicht nur das unmittelbare Opfer, sondern sendet auch eine Botschaft an andere Mitglieder der betroffenen Gruppe oder Befragte, die sich mit dieser Gruppe identifizieren (kollektive Viktimisierung). Ein Angriff auf Befragte aus dem sozialen Nahbereich, wie beispielsweise Familienangehörige oder Freunde, betrifft indirekt auch deren Angehörige. Dieser Effekt wird als indirekte Viktimisierung bezeichnet, die im Gegensatz zur direkten Viktimisierung vor allem das kriminalitätsbezogene Unsicherheitsgefühl beeinflusst (vgl. Häfele, 2013).

Von allen Befragten gaben 40,4 % (n = 134) an, dass Familienangehörige oder Freunde im Zusammenhang mit ihrem Jüdischsein Opfer von Gewalt, Beleidigung oder Diskriminierung wurden. Wie Abbildung 31 zeigt, betrifft der größte Anteil dieser Vorfälle Beleidigungen (n = 118; 91,5 %) und Diskriminierungen (n = 97; 82,2 %). Weniger häufig werden Sachbeschädigungen (n = 31; 30,4 %) oder Gewalttaten (n = 46; 41,4 %) berichtet.

War jemand aus Ihrem Familien- oder Freundeskreis schon einmal im Zusammenhang mit ihrem/seinem Jüdischsein von einer der folgenden Taten betroffen?

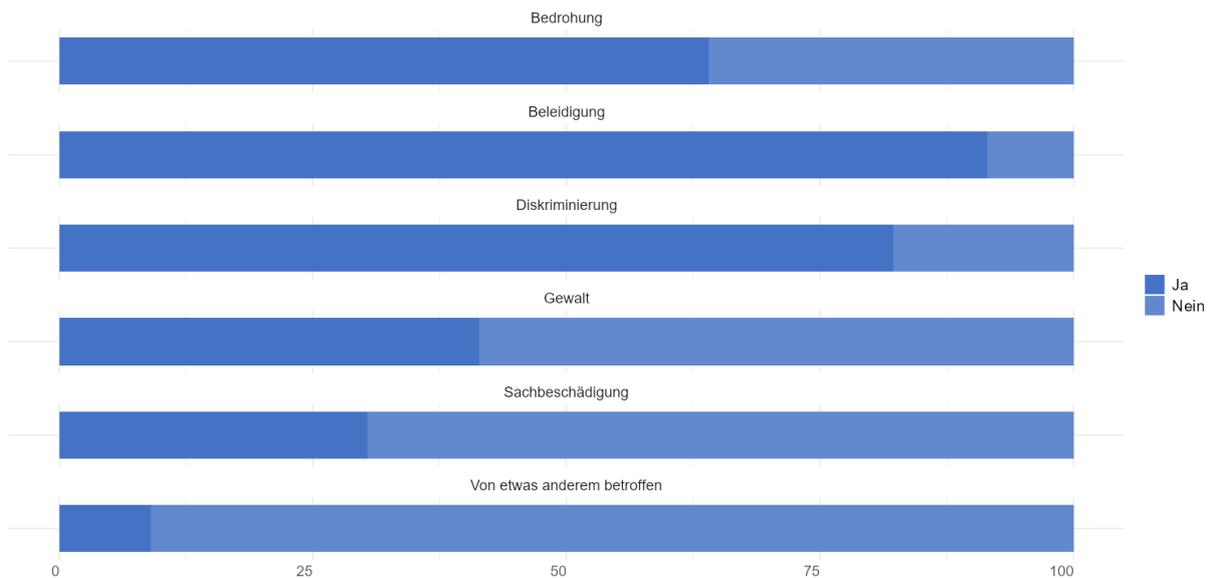


Abbildung 31: Vorurteilsmotivierte Betroffenheit des Familien- und Freundeskreises; Basis: alle Befragten, deren Familien/Freunde Opfer von Gewalt, Beleidigung, Diskriminierung wurden (n = 134); Mehrfachnennungen möglich

Vergleicht man die vorurteilsmotivierte Betroffenheit des Familien- und Freundeskreises von Befragten mit und ohne Migrationshintergrund, so zeigen sich zwischen den Gruppen für keine der Taten signifikante Unterschiede in der Häufigkeit, auch wenn die prozentualen Verteilungen teils drastische Unterschiede aufweisen. So etwa bei erlebten Gewalttaten durch Familien- /Freundeskreisangehörige, wovon Befragte mit Migrationsgeschichte zu 43 % berichten im Vergleich zu Befragten ohne Migrationsgeschichte, die hiervon zu 27 % berichten. Abbildung 31 zeigt die Häufigkeit der Familien- oder Freundesbetroffenheit nach Migrationshintergrund.

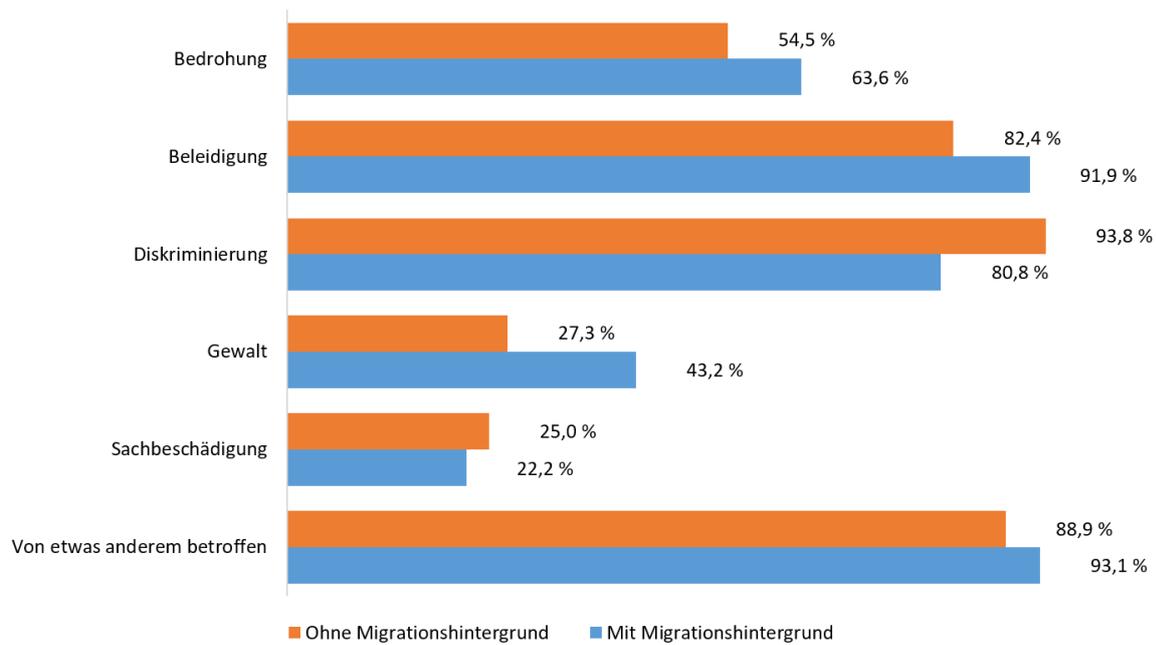


Abbildung 32: Vorurteilsmotivierte Betroffenheit des Familien- und Freundeskreises nach Migrationshintergrund; Basis: n = 8 – 87<sup>13</sup>

Auch wenn man die Häufigkeit der berichteten vorurteilsmotivierten Betroffenheit des Familien- und Freundeskreises zwischen Befragten unterscheidet, die einen bzw. keinen Zusammenhang zwischen der von ihnen selbst erlebten, schlimmsten Tat und den Geschehnissen vom 07. Oktober 2023 sehen, findet man keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Tatbereichen (Abbildung 37). Die einzige Ausnahme bilden die sonstigen Erlebnisse. Hier berichten Befragte, die selbst eine schlimmste Tat erlebt haben und diese im Zusammenhang mit dem 07. Oktober 2023 sehen, signifikant häufiger, dass Freunde und Familienangehörige von anderen, nicht spezifisch abgefragten Taten betroffen waren ( $t_{(55)} = 3,03$ ;  $p = .004$ ).

<sup>13</sup> alle Befragten, deren Familien/Freunde Opfer von Gewalt, Beleidigung, Diskriminierung wurden und eine Angabe zum (Nicht-) Vorliegen eines Migrationshintergrunds gemacht haben; Mehrfachnennungen möglich

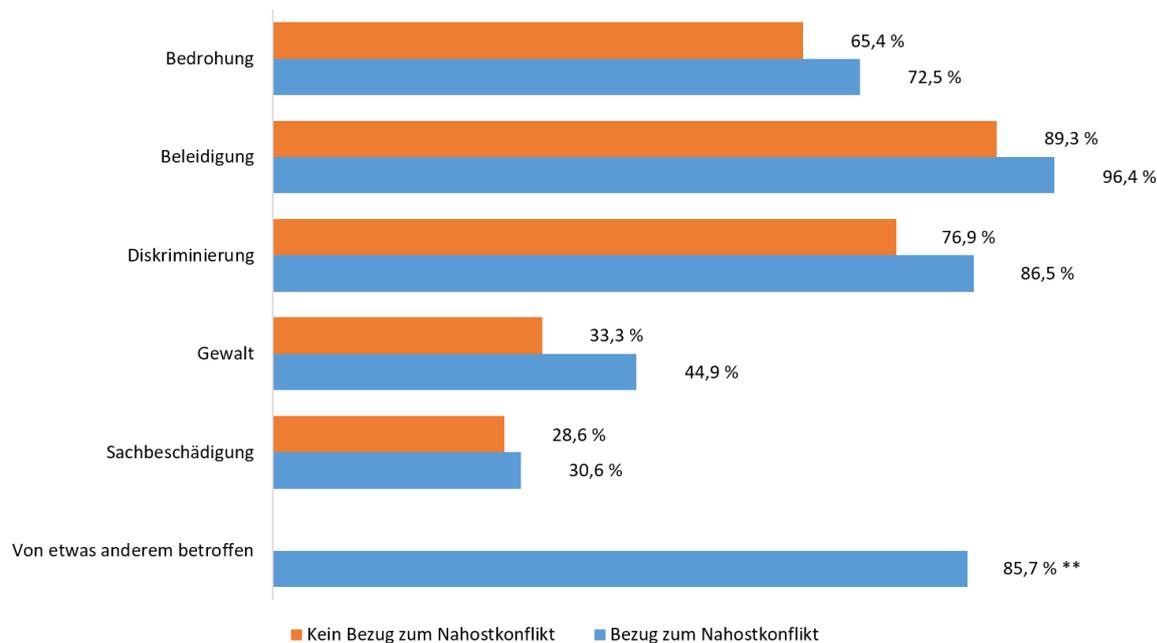


Abbildung 33: Vorurteilsmotivierte Betroffenheit des Familien- und Freundeskreises nach Bezug der eigenen am schlimmsten erlebten Tat zum 07.10.2023; \*\*  $p < .01$ ; Basis:  $n = 21 - 56^{14}$

## 5.6 Folgen der Tat

Das Erleben antisemitisch motivierter Taten geht häufig mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen einher. Zur empirischen Prüfung dieser Erkenntnisse in der aktuellen Stichprobe wurden die Befragten gebeten, 24 verschiedene Aussagen (Cronbach's Alpha = 0,85) zu Tatfolgen der erlebten antisemitisch motivierten Tat auf einer 4-stufigen Antwortskala von 1 = *trifft überhaupt nicht zu* bis 4 = *trifft voll und ganz zu* zu bewerten. Das Ausmaß der Zustimmung der Befragten zu den einzelnen Tatfolgen ist in Abbildung 34 dargestellt. 63,7 % der Befragten ( $n = 219$ ) gaben an, selbst Antisemitismus erfahren zu haben oder Befragte zu kennen, die Antisemitismus erfahren haben. 81,4 % der Befragten ( $n = 149$ ) gaben an, in Folge der Tat misstrauischer geworden zu sein. Am zweithäufigsten wurde angegeben, mit einer vertrauten Person über das Erlebnis gesprochen zu haben ( $n = 148$ ; 84,1 %). Weitere 127 Befragte (70,6 %) berichteten, Situationen, in der die Tat passierte, zu meiden.

<sup>14</sup> alle Befragten, deren Familien/Freunde Opfer von Gewalt, Beleidigung, Diskriminierung wurden und eine Angabe zur als am schlimmsten empfundene Tat sowie zum Bezug zum 07.10.2023 gemacht haben, Mehrfachnennungen möglich

Welche Auswirkungen hatte dieses Erlebnis auf Sie?



Abbildung 34: Tatfolgen einer antisemitisch motivierten (stellvertretend) erlebten Tat; Basis: n = 158 - 193; Mehrfachnennungen möglich

Auch hier lässt sich erkennen, dass die Tatfolgen mehrere Dimensionen einschließen, in denen sie auftreten können. Eine exploratorische Faktorenanalyse ergab sechs Faktoren. Die erste beschreibt *Psychische Folgen* der Tat (Cronbachs Alpha = 0,86). Sie wird gemessen mit folgenden vier Items:

- Ich habe seit der Tat häufig Angst
- Es fällt mir schwer, die Folgen der Tat zu verarbeiten
- Ich hatte nach der Tat Angst rauszugehen oder bestimmte Orte zu besuchen
- Ich leide immer noch psychisch (seelisch, emotional) unter den Folgen der Tat.

Die zweite Dimension umfasst vier Items zum *Sozialen Rückzug/ Vertrauensverlust* (Cronbachs Alpha = 0,75):

- Ich habe soziale Kontakte eingeschränkt oder abgebrochen
- Ich versuche seitdem, solche Situationen zu vermeiden
- Ich bin misstrauischer geworden
- Ich verberge seitdem in der Öffentlichkeit, dass ich jüdisch bin.

Folgende zwei Items erfassen die dritte Dimension *Verbales Wehren* (Cronbachs Alpha = 0,63):

- Ich habe mich gewehrt (z.B. mich beschwert, jemanden zur Rede gestellt)
- Ich habe den Vorfall gemeldet (z.B. bei der Polizei, einer Beschwerdestelle, der Gemeinde).

Die Dimension *Räumlicher Umzug* (Cronbachs Alpha = 0,85) wird mit zwei Items erfasst:

- Ich wollte nach der Tat aus Hamburg wegziehen
- Ich wollte Deutschland verlassen.

Zwei weitere Items messen die Dimension *Ökonomische Folgen* (Cronbachs Alpha = 0,76):

- Ich habe durch die Tat hohen finanziellen Schaden erlitten
- Ich wurde nach der Tat für längere Zeit arbeitsunfähig oder habe aufgehört, zu arbeiten.

*Krankheit* beschreibt die letzte Dimension (Cronbachs Alpha = 0,79) und wird mit folgenden beiden Items erfasst:

- Ich bin seelisch/ körperlich krank geworden
- Ich musste mich aufgrund der Tat ärztlich oder psychologisch behandeln lassen

Die übrigen acht Items lassen sich statistisch keiner Dimension zuordnen und werden separat betrachtet (siehe oben, Abbildung 34):

- Ich bin darüber hinweggegangen
- Ich habe mit einer mir vertrauten Person darüber gesprochen
- Ich habe mich professionell beraten lassen (z.B. einer Opferberatung, Antidiskriminierungsstelle, juristische Beratung)
- Ich beschäftige mich seitdem mehr mit meiner jüdischen Identität
- Ich leide immer noch körperlich unter den Folgen der Tat
- Seit der Tat haben sich Menschen von mir distanziert
- Ich habe seit der Tat Probleme zu vertrauen
- Manche Menschen wollen sich seit dem Vorfall nicht mehr mit mir sehen lassen.

Betrachtet man die prozentualen Häufigkeiten der Faktoren (Abbildung 35), so zeigt sich, dass eigens oder stellvertretend erlebte antisemitische Taten in großem Ausmaß mit sozialem Rückzug und Vertrauensverlust einhergehen. Dieser Aussage stimmen 141 Befragte (71,2 %) *eher bis voll und ganz zu*. Auch Psychische Folgen (n = 55; 30,6 %), Überlegungen, den Wohnort zu wechseln (n = 40; 24,1 %) und verbale zur Wehr Setzung (n = 52; 29,7 %) werden in Folge von antisemitischen Erlebnissen geschildert. Dahingegen seltener werden Krankheit (n = 26; 14,8 % Angaben „trifft eher/ voll und ganz zu“) und Ökonomische Tatfolgen (n = 8; 4,9 % Angaben „trifft eher/voll und ganz zu“) berichtet.

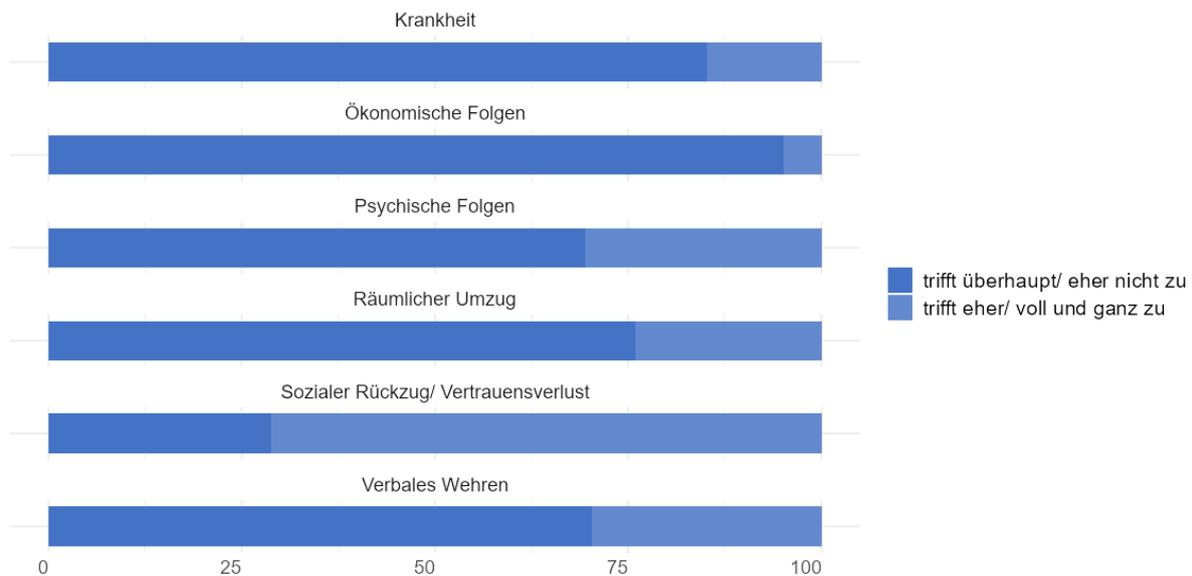


Abbildung 35: Tatfolgen einer antisemitisch motivierten (stellvertretend) erlebten Tat gruppiert in 6 Dimensionen; Basis: n = 164 - 198; Mehrfachnennungen möglich

Vergleicht man die Tatfolgen zwischen Befragten, die einen bzw. keinen Zusammenhang zwischen ihrer am schlimmsten erlebten Tat und den Geschehnissen vom 07. Oktober 2023 sehen, so zeigt sich ein signifikanter Unterschied bei den ökonomischen Folgen ( $t_{(81)} = 2,35; p = .021$ ). Befragte, die einen Zusammenhang zwischen ihrer am schlimmsten erlebten Tat und dem 07. Oktober 2023 sehen, berichten dabei deutlich häufiger von ökonomischen Tatfolgen betroffen zu sein (Abbildung 36). Aber auch bei den psychischen Folgen sowie der Erwägung, Hamburg, bzw. Deutschland in Folge des Erlebten zu verlassen (räumlicher Umzug) ergeben sich, unabhängig vom Signifikanztest, erhebliche Unterschiede. Betroffene, die das Erlebte mit der aktuellen Nahost-Eskalation in Verbindung bringen, berichten zu 90 % von psychischen Folgebelastungen und zu 62 % von räumlichen Umzugsgedanken. Das sind jeweils etwa 15 - 20 % höhere Werte als unter Betroffenen, die die Tat nicht mit den aktuellen Nahost-Eskalationen in Verbindung bringen.

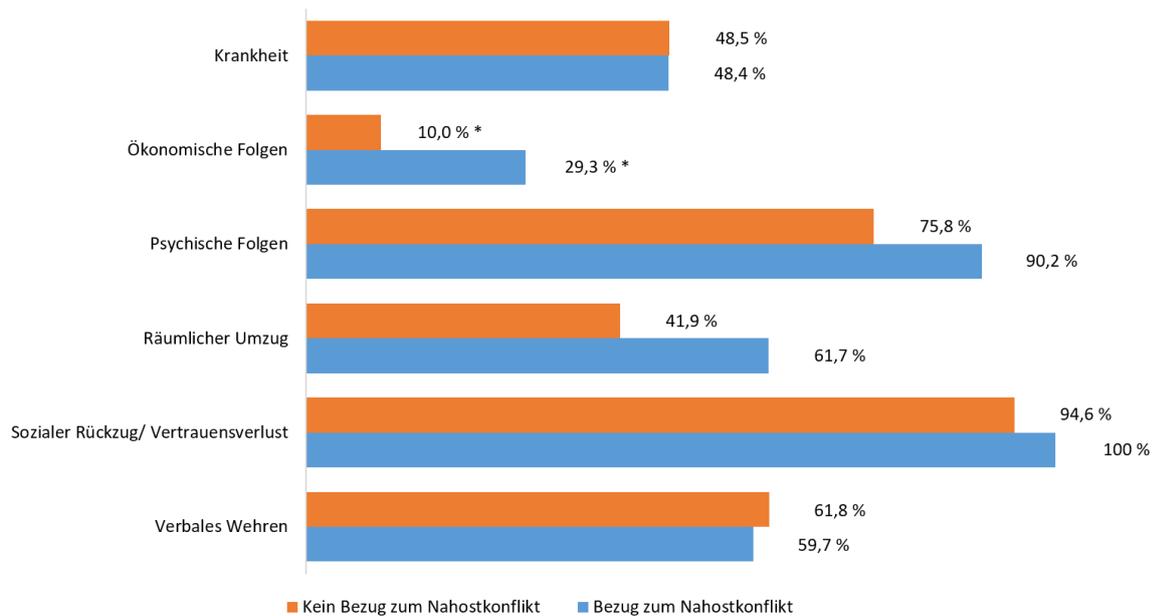


Abbildung 36: Tatfolgen einer antisemitisch motivierten (stellvertretend) erlebten Tat nach Bezug der eigenen am schlimmsten erlebten Tat zum 07.10.2023; \*  $p < .05$ ; Basis:  $n = 30 - 64$ ; Mehrfachnennungen möglich

In Abbildung 37 sind Vergleiche der Auswirkungen von antisemitischen Taten zwischen verschiedenen Alterskategorien dargestellt, wobei einige signifikante Unterschiede aufgezeigt werden können. Jüngere Befragte im Alter von 21 bis 54 Jahren berichten häufiger von psychischen Folgen als Befragte im Alter von 75 bis 100 Jahren ( $F(3, 148) = 4,76$ ;  $p = .003$ ). Darüber hinaus erwogen Befragte im Alter von 40 bis 54 Jahren signifikant häufiger einen Umzug aufgrund der Tat im Vergleich zu Befragte im Alter von 75 bis 100 Jahren ( $F(3, 134) = 3,31$ ;  $p = .022$ ). Ein sozialer Rückzug ( $F(3, 162) = 4,37$ ;  $p = .005$ ) sowie der Versuch, sich nach einer Tat verbal zu wehren ( $F(3, 143) = 3,28$ ;  $p = .023$ ) werden ebenfalls signifikant seltener von Befragte im Alter von 75 bis 100 Jahren angegeben als von Befragte im Alter von 21 bis 54 Jahren. Insgesamt lässt sich erkennen, dass die Häufigkeit der berichteten Tatfolgen mit dem Alter abnimmt.

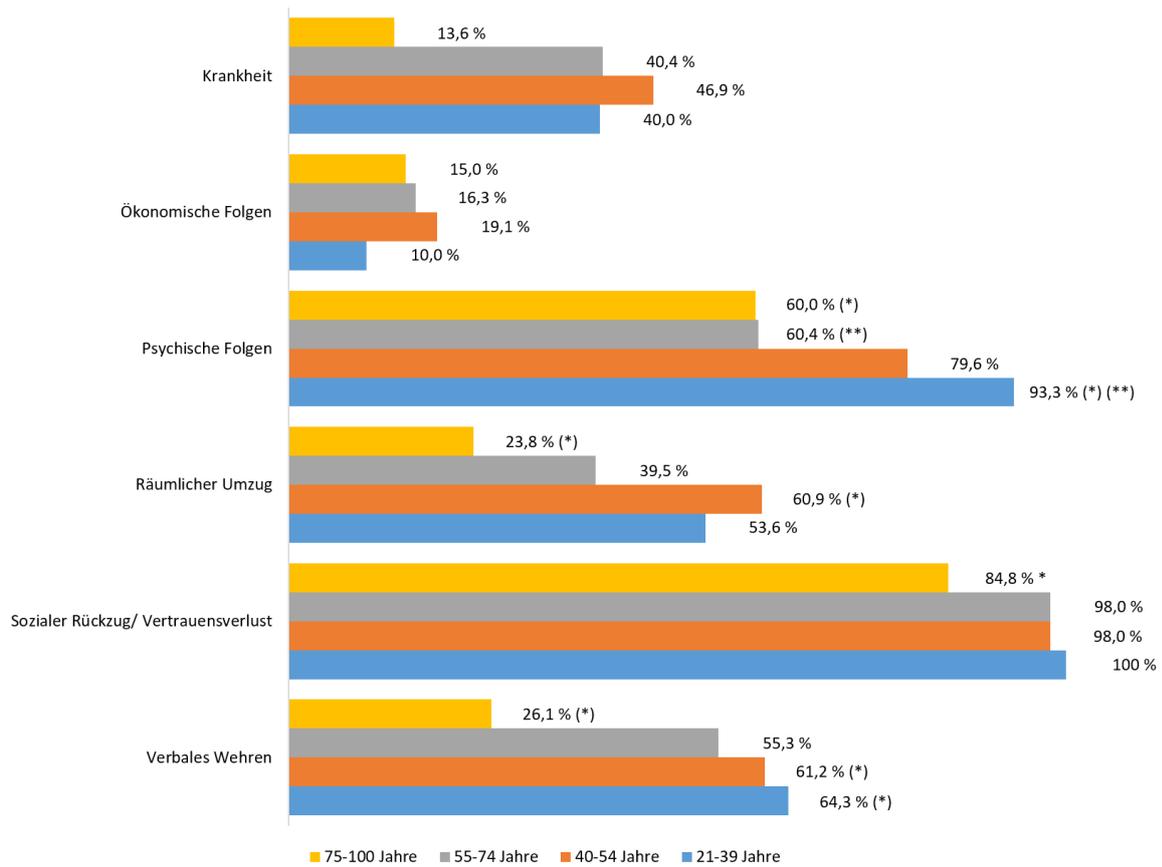


Abbildung 37: Tatfolgen einer antisemitisch motivierten (stellvertretend) erlebten Tat nach Alterskategorien, Basis: n = 20 – 51; Mehrfachnennungen möglich<sup>15</sup>

Unterschieden nach Geschlecht (Abbildung 38), zeigt sich lediglich ein signifikanter Unterschied in der Häufigkeit berichteter Krankheit in Folge einer Tat ( $t_{(130)} = 3,38; p < .001$ ). Frauen geben dabei deutlich häufiger an, nach einer Tat krank geworden zu sein, als Männer. Alle anderen Tatfolgen werden von beiden Geschlechtern etwa gleich häufig angegeben.

<sup>15</sup> \*  $p < .05$  im Vergleich zu allen anderen Gruppen; (\*)  $p < .05$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; (\*\*)  $p < .01$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen

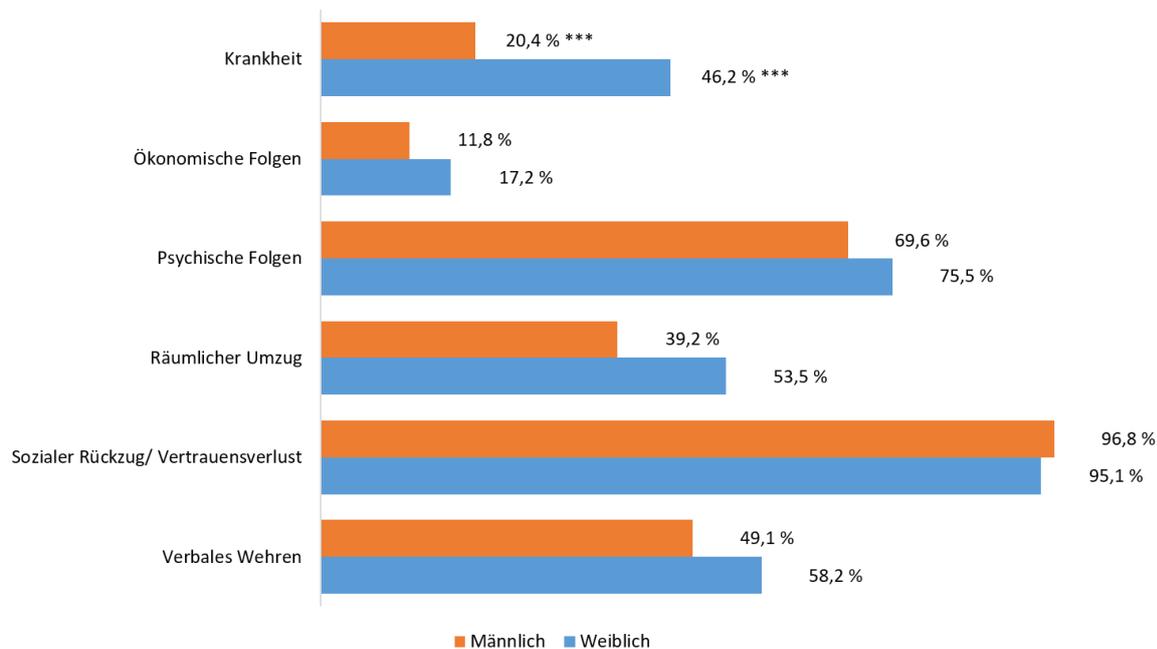


Abbildung 38: Tatfolgen einer antisemitisch motivierten (stellvertretend) erlebten Tat nach Geschlecht<sup>16</sup>;\*\*\* p < .05; Basis: n = 51 - 102; Mehrfachnennungen möglich

## 5.7 Kriminalitätsfurcht und kriminalitätsbezogene Risikowahrnehmung

Das kriminalitätsbezogene subjektive Unsicherheitsgefühl bzw. die Kriminalitätsfurcht wird maßgeblich beeinflusst durch die Opferwerdung durch eine Straftat (z.B. Groß, Dreißigacker, & Riesner, 2019; Häfele 2017). Die Risikowahrnehmung beschreibt die subjektive Einschätzung des Risikos, in den nächsten 12 Monaten Opfer einer (Straf-)tat zu werden. Für sechs Delikte wurde die geschätzte Wahrscheinlichkeit abgefragt, mit der die Befragten in den nächsten 12 Monaten im Zusammenhang mit ihrem Jüdischsein Opfer werden. Auf einer fünfstufigen Antwortskala von 1 = sehr unwahrscheinlich bis 5 = sehr wahrscheinlich gaben die meisten Befragte an, Beleidigung, Bedrohung oder Abwertung zu fürchten (n = 168; 48,8 %). Am zweithäufigsten wurde die Furcht geäußert, in den nächsten 12 Monaten auf Grund des Jüdischseins diskriminiert zu werden (n = 131; 40,3 %). Abbildung 39 bildet die Häufigkeit der Zustimmung zu allen bewerteten deliktspezifischen Befürchtungen ab.

<sup>16</sup> Tatfolgen einer antisemitisch motivierten (stellvertretend) erlebten Tat nach Geschlecht; Da die Anzahl der Personen, die ein diverses Geschlecht angaben, kleiner als 10 ist, wurde diese Gruppe nicht in der Abbildung dargestellt.

Wahrscheinlichkeit für Erleben im Zusammenhang des Jüdischsein in den kommenden 12 Monaten von:

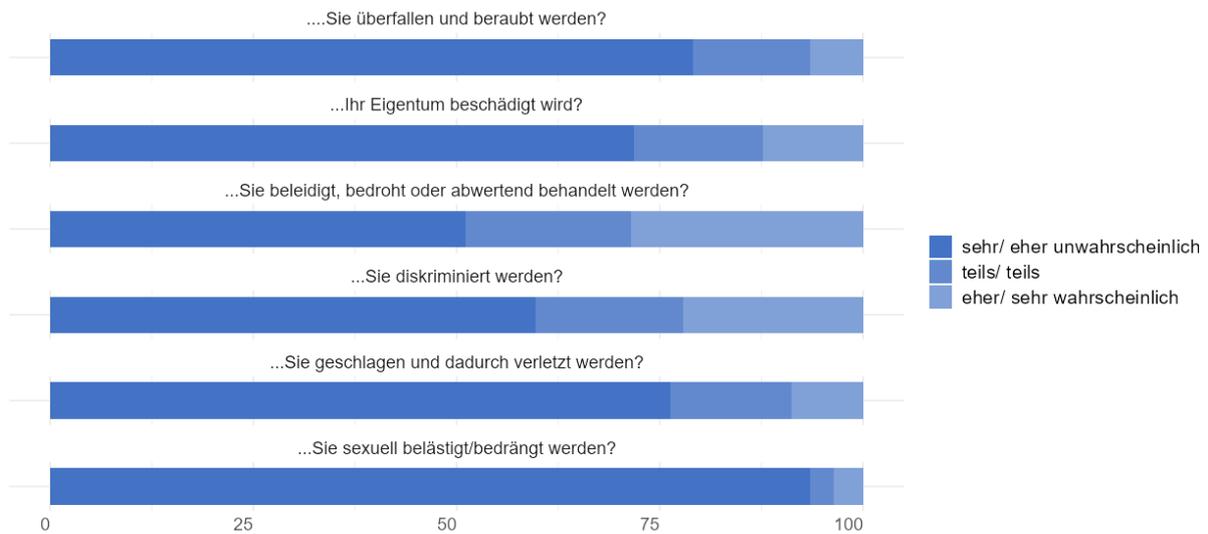


Abbildung 39: Deliktspezifische Risikowahrnehmung; Basis: n = 305 – 344

Betrachtet man die Risikowahrnehmung getrennt für Befragte, die schon einmal diskriminiert wurden bzw. noch nie diskriminiert wurden (Abbildung 40), so zeigt sich, dass Befragte, die mind. einmal eine Diskriminierungserfahrung gemacht haben, eine durchweg höhere Risikowahrnehmung berichten. Dabei ergeben sich signifikante Unterschiede für die Wahrscheinlichkeit, in den kommenden 12 Monaten überfallen und beraubt zu werden ( $t_{(249)} = 2,81; p = .005$ ), dass Eigentum beschädigt wird ( $t_{(262)} = 4,25; p < .001$ ), beleidigt, bedroht oder abwertend behandelt zu werden ( $t_{(208)} = 5,97; p < .001$ ) und diskriminiert zu werden ( $t_{(247)} = 6,07; p < .001$ ).

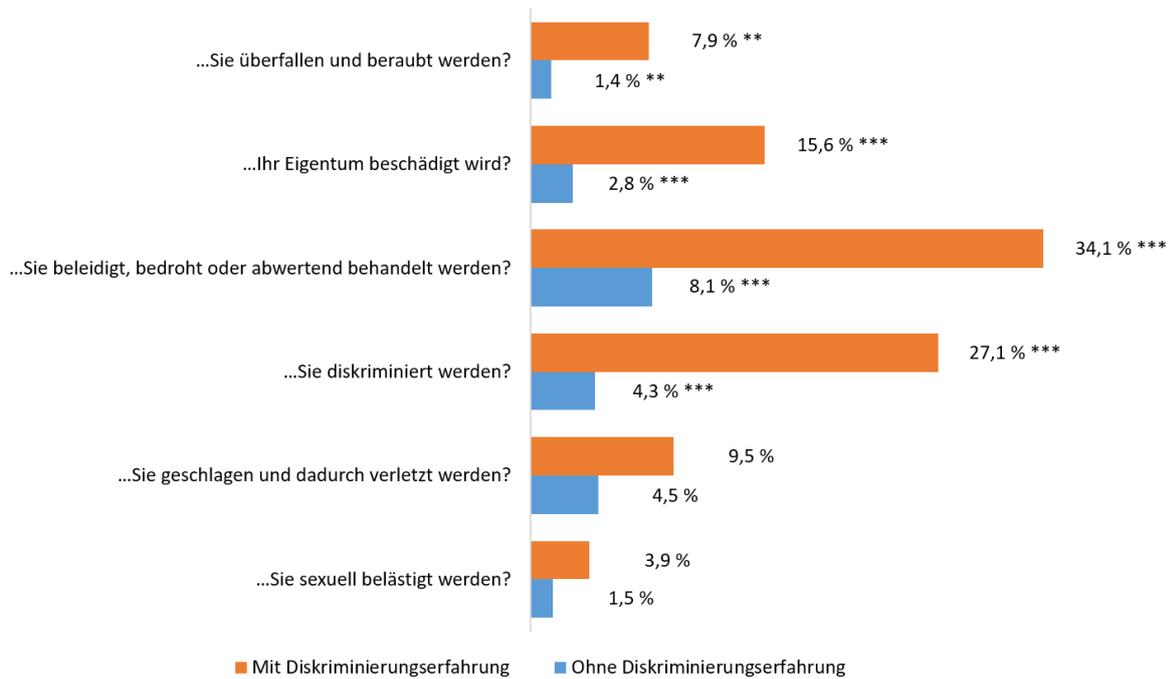


Abbildung 40: Deliktsspezifische Risikowahrnehmung nach Diskriminierungserfahrung; \*\*  $p < .01$ ; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 65 - 258$

Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man die Risikowahrnehmung von Befragten mit bzw. ohne Viktimisierungserfahrung betrachtet (Abbildung 41). Auch hier geben Befragte mit mind. einer Viktimisierungserfahrung durchweg höhere Risikobewertungen ab. Signifikante Unterschiede ergeben sich dabei für die Wahrscheinlichkeiten aller abgefragten Szenarien: Überfallen und beraubt zu werden ( $t_{(296)} = 2,59$ ;  $p = .010$ ), dass das Eigentum beschädigt wird ( $t_{(295)} = 3,35$ ;  $p < .001$ ), beleidigt, bedroht oder abwertend behandelt zu werden ( $t_{(313)} = 7,21$ ;  $p < .001$ ), diskriminiert zu werden ( $t_{(297)} = 5,31$ ;  $p < .001$ ), geschlagen und dadurch verletzt zu werden ( $t_{(288)} = 2,65$ ;  $p = .009$ ) und sexuell belästigt zu werden ( $t_{(231)} = 2,19$ ;  $p = .029$ ).

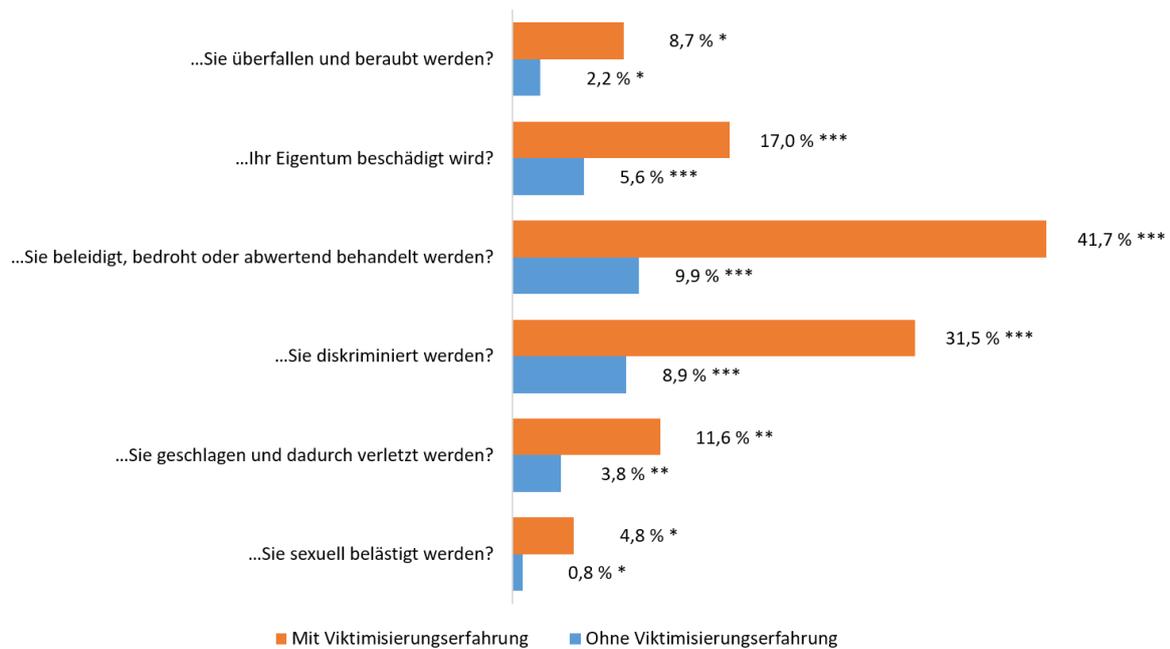


Abbildung 41: Deliktspezifische Risikowahrnehmung nach Viktimisierungserfahrung; \*  $p < .05$ ; \*\*  $p < .01$ ; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 128 - 187$

Vergleicht man die Risikowahrnehmung zwischen Befragten, die einen bzw. keinen Zusammenhang zwischen der von ihnen am schlimmsten erlebten Tat und den Geschehnissen vom 07. Oktober 2023 sehen (Abbildung 42), so ergibt sich lediglich ein signifikanter Unterschied bei dem Risiko dafür, beleidigt, bedroht oder abwertend behandelt zu werden ( $t_{(113)} = 3,50$ ;  $p < .001$ ). Hier berichten Befragte, die einen Zusammenhang zwischen der am schlimmsten erlebten Tat und dem 07. Oktober 2023 sehen, eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit. Die Mehrheit der jüdischen Menschen (60,2 %), die eine Viktimisierung erfahren haben und diese mit den aktuellen Nahost-Eskalationen in Verbindung bringen halten es für eher/sehr wahrscheinlich, in den nächsten 12 Monaten im Zusammenhang mit ihrem Jüdischsein erneut Opfer zu werden.

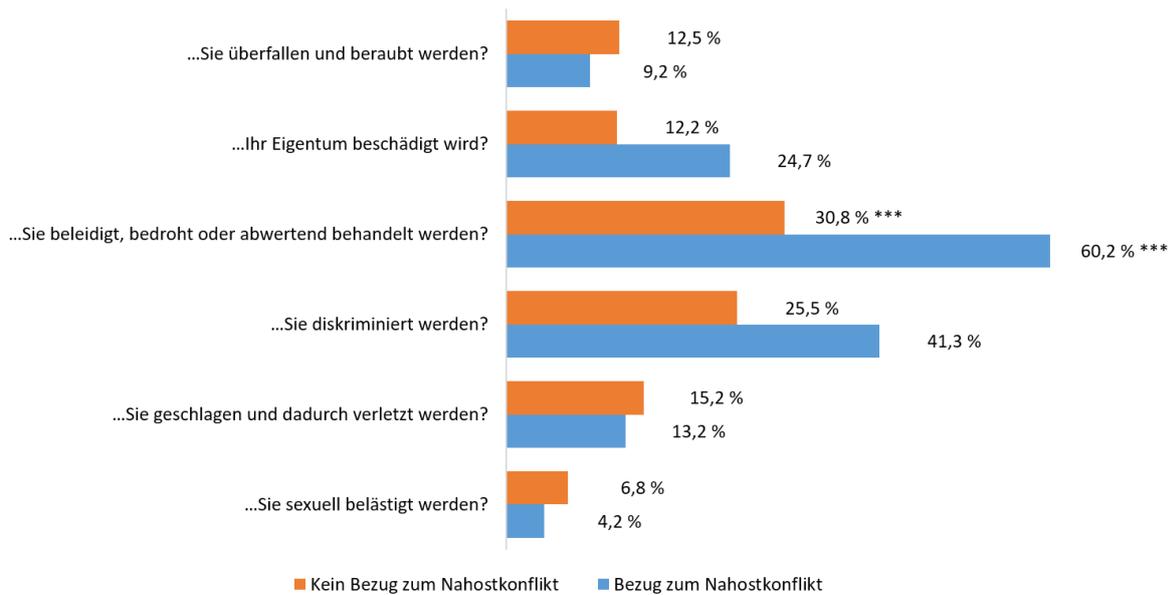


Abbildung 42: Deliktspezifische Risikowahrnehmung nach Bezug der eigenen am schlimmsten erlebten Tat zum 07.10.2023; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 44 - 83$

Ein Vergleich der deliktspezifischen Risikowahrnehmung zwischen Männern und Frauen ergibt einen signifikanten Unterschied bei der Wahrscheinlichkeitseinschätzung, sexuell belästigt zu werden (Abbildung 43). Hier berichten ausschließlich Frauen ein empfundenes Risiko ( $t_{(136)} = 2,90$ ;  $p = .004$ ).

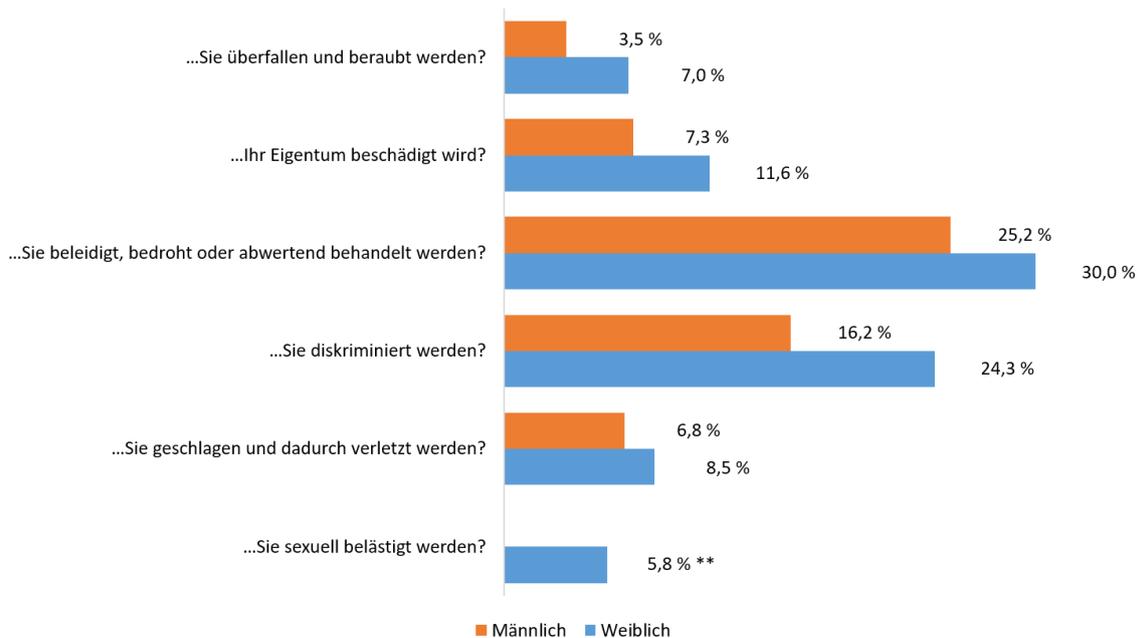


Abbildung 43: Deliktspezifische Risikowahrnehmung nach Geschlecht; Da die Anzahl der Befragte, die ein diverses Geschlecht angaben, kleiner als 10 ist, wurde diese Gruppe nicht in der Abbildung dargestellt. \*\*  $p < .01$ ; Basis:  $n = 108 - 150$

Betrachtet man die deliktsspezifische Risikowahrnehmung zwischen den verschiedenen Alterskategorien (Abbildung 44), so wird deutlich, dass ältere Befragte tendenziell eine geringere Risikoeinschätzung angeben als jüngere. So berichten Befragte zwischen 75 und 100 Jahren eine signifikant niedrigere Wahrscheinlichkeit, dass ihr Eigentum beschädigt wird, als Befragte zwischen 40 und 54 Jahren ( $F_{(3, 273)} = 3,95; p = .009$ ). Weiterhin geben sie eine geringere Wahrscheinlichkeit an, beleidigt, bedroht oder abwertend behandelt zu werden als Befragte zwischen 21 und 54 Jahren ( $F_{(3, 281)} = 7,65; p < .001$ ) und diskriminiert zu werden als Befragte zwischen 21 und 39 Jahren ( $F_{(3, 263)} = 4,84; p = .003$ ).

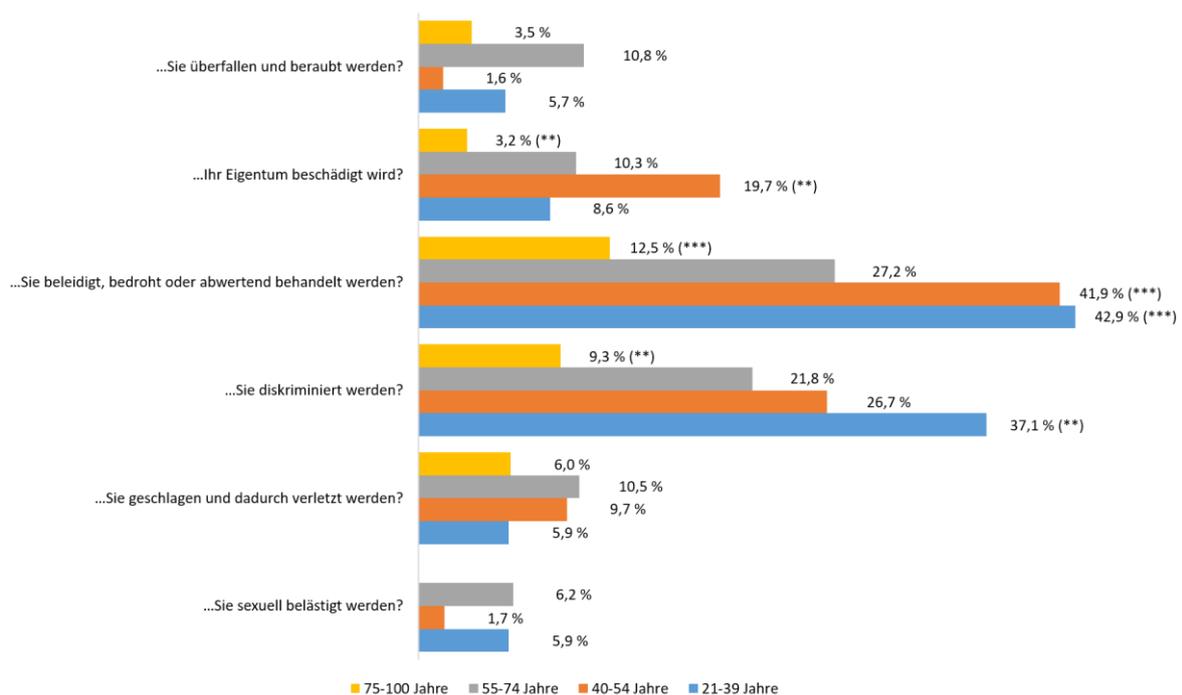


Abbildung 44: Deliktsspezifische Risikowahrnehmung nach Alterskategorien; (\*\*)  $p < .01$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; (\*\*\*)  $p < .001$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; Basis:  $n = 34 - 96$

### 5.7.1 Schutz- und Vermeidungsverhalten

Um Viktimisierungserfahrungen zu reduzieren, können Befragte Schutz- und Vermeidungsverhalten ausüben. Vermeidungsverhalten ist eher passiv und umfasst das Meiden bestimmter Orte oder Situationen, die als potenziell gefährlich eingeschätzt werden, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu steigern. Schutzverhalten hingegen beinhaltet überwiegend aktive Maßnahmen zur Sicherung der eigenen Person oder ihres Umfelds, wie zum Beispiel die Wohnung.

In Abbildung 45 sind alle 16 abgefragten Schutz- und Vermeidungsverhaltensweisen sowie die Häufigkeit ihres Einsatzes durch die Befragten dargestellt (Cronbach's Alpha = 0,87). Am häufigsten meiden die Befragten das Tragen und Zeigen religiöser Symbole in der Öffentlichkeit (n = 254; 77,9 %), gefolgt von der Zurückhaltung, persönliche Informationen in sozialen Netzwerken preiszugeben (n = 245; 80,1 %). Ebenfalls häufig genannt werden die Vermeidung von Begegnungen mit Personen im Dunkeln (n = 236; 74,5 %) und das Meiden bestimmter Straßen, Plätze, Stadtviertel oder Parks (n = 231; 74,5 %). Aufrüstungsstrategien zur Verteidigung werden hingegen seltener genannt. So tragen nur 10,0 % der Befragten (n = 28) selten bis immer einen Taschenalarm bei sich, und 20,3 % (n = 59) haben Reizgas, ein Messer oder andere Waffen zur Selbstverteidigung dabei.

Welche der folgenden Maßnahmen ergreifen Sie, um sich und Ihre Familie vor Antisemitismus zu schützen? Ich ...

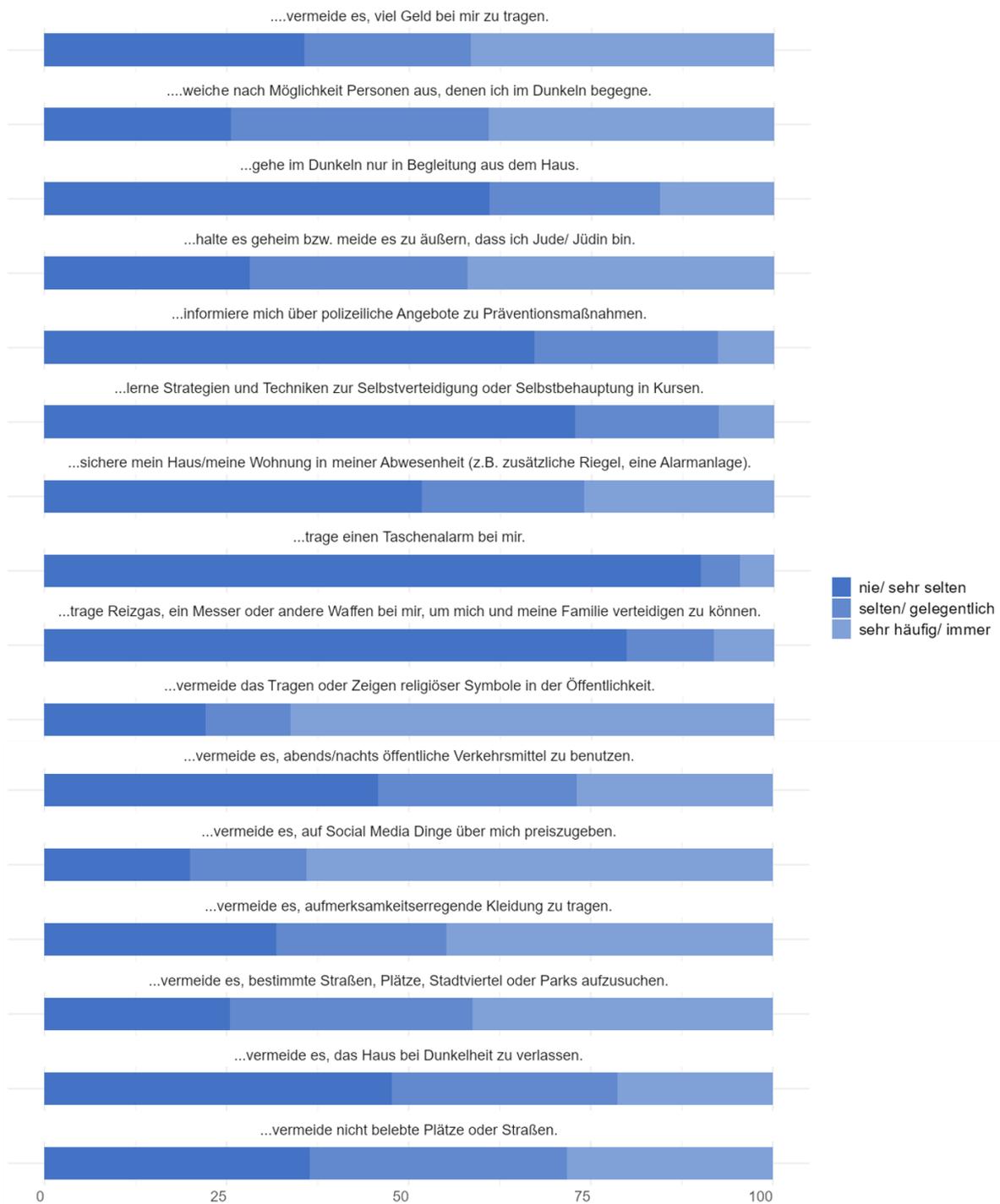


Abbildung 45: Häufigkeit von Schutz- und Vermeidungsverhalten; Basis: n = 271 - 326; Mehrfachnennungen möglich

Eine exploratorische Faktorenanalyse der Schutzmaßnahmen ergab drei erfasste Dimensionen. Die erste beschreibt das *Vermeiderverhalten im öffentlichen Raum* (Cronbachs Alpha = 0,91) und wird mit folgenden 7 Items erfasst:

- Ich vermeide es, das Haus bei Dunkelheit zu verlassen
- Ich vermeide es, bestimmte Straßen, Plätze, Stadtviertel oder Parks aufzusuchen
- Ich vermeide es, abends/ nachts öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen
- Ich vermeide es, viel Geld bei mir zu tragen
- Ich weiche nach Möglichkeit Befragte aus, denen ich im Dunkeln begegne
- Ich gehe im Dunkeln nur in Begleitung aus dem Haus
- Ich vermeide nicht belebte Plätze oder Straßen.

Die zweite Dimension vereint *identitätsbezogenes Vermeideverhalten* (Cronbachs Alpha = 0,80) und wird mit folgenden vier Items erfasst:

- Ich vermeide es, auf Social Media Dinge über mich preiszugeben
- Ich vermeide das Tragen oder Zeigen religiöser Symbole in der Öffentlichkeit
- Ich vermeide es, aufmerksamkeitsregende Kleidung zu tragen
- Ich halte es geheim bzw. meide es zu äußern, dass ich Jude/ Jüdin bin.

Die dritte Dimension beschreibt die *Selbstbewaffnung* (Cronbachs Alpha = 0,66) und besteht aus den folgenden beiden Items:

- Ich trage Reizgas, ein Messer oder eine andere Waffe bei mir, um mich und meine Familie verteidigen zu können
- Ich trage einen Taschensalarm bei mir.

Die übrigen drei Items konnten statistisch keiner der Dimensionen zugeordnet werden und werden alleinstehend berichtet (siehe Abbildung 45):

- Ich sichere mein Haus/ meine Wohnung in meiner Abwesenheit (z.B. durch zusätzliche Riegel, eine Alarmanlage)
- Ich lerne Strategien und Techniken zur Selbstverteidigung oder Selbstbehauptung in Kursen
- Ich informiere mich über polizeiliche Angebote zu Präventionsmaßnahmen.

Betrachtet man die prozentualen Häufigkeiten der Schutzmaßnahmen in ihren Dimensionen (Abbildung 46), so zeigt sich übereinstimmend mit den oben berichteten Ergebnissen auf

Itembasis, dass die am häufigsten verwendeten Schutzmaßnahmen im Bereich der identitätsbezogenen Vermeidung liegen. Hier berichten n = 248 Befragte (71,9 %), selten bis immer Strategien zu verwenden. Vergleichsweise selten berichten Befragte von Selbstbewaffnung zum Schutz der eigenen Person und Nahestehenden (n = 44; 14,6 %).

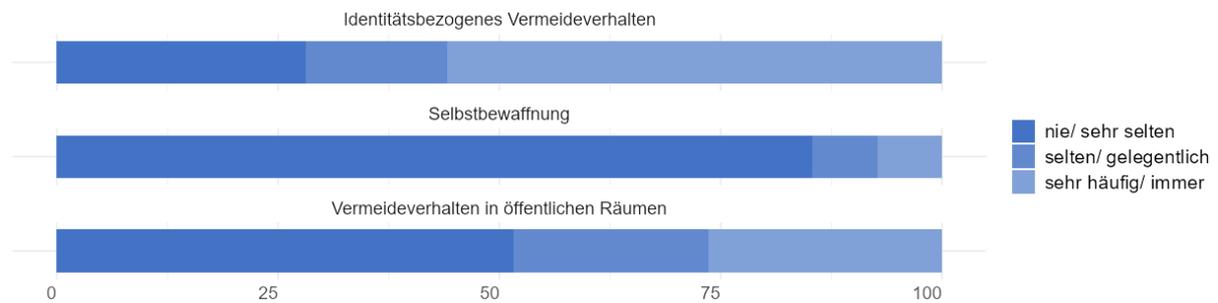


Abbildung 46: Häufigkeit von Vermeiderverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz; Basis: n = 301 - 345; Mehrfachnennungen möglich

Differenziert nach Diskriminierungserfahrungen (Abbildung 47) zeigt sich, dass Befragte mit Diskriminierungserfahrung signifikant häufiger berichten, ihre Identität nicht offen zu zeigen ( $t(94) = 4,68; p < .001$ ). Ebenso geben Befragte mit Diskriminierungserfahrung signifikant häufiger an, Vermeidungsverhalten in öffentlichen Räumen auszuüben ( $t(115) = 3,01; p = .003$ ) im Vergleich zu Befragte ohne Diskriminierungshintergrund.

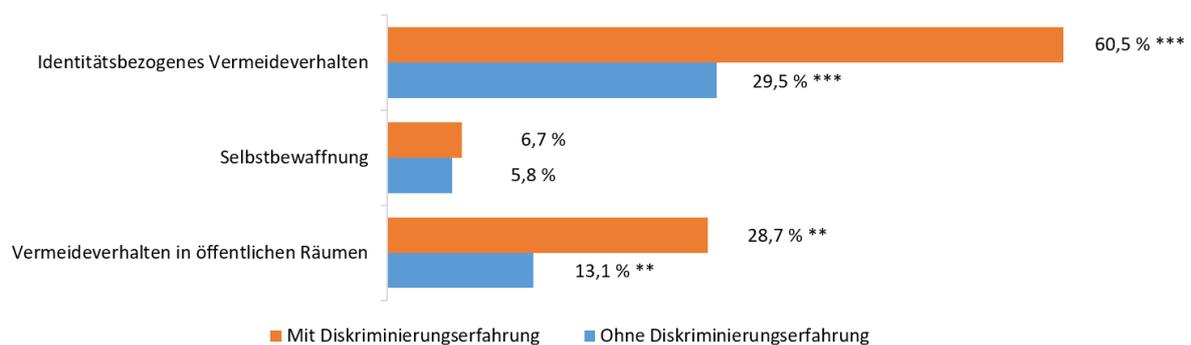


Abbildung 47: Häufigkeit von Vermeiderverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz nach Diskriminierungserfahrung; \*\*  $p < .01$ ; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis: n = 52 - 265; Mehrfachnennungen möglich

Ein ähnliches Bild zeichnet sich, wenn man die Schutzmaßnahmen betrachtet und dabei zwischen Befragte mit und ohne Viktimisierungserfahrung unterscheidet (Abbildung 48). Wieder

zeigt sich, dass Befragte mit Viktimisierungshintergrund signifikant häufiger berichten, die eigene Identität zu schützen ( $t_{(275)} = 3,84; p < .001$ ) und öffentliche Räume zu meiden ( $t_{(318)} = 3,68; p < .001$ ).

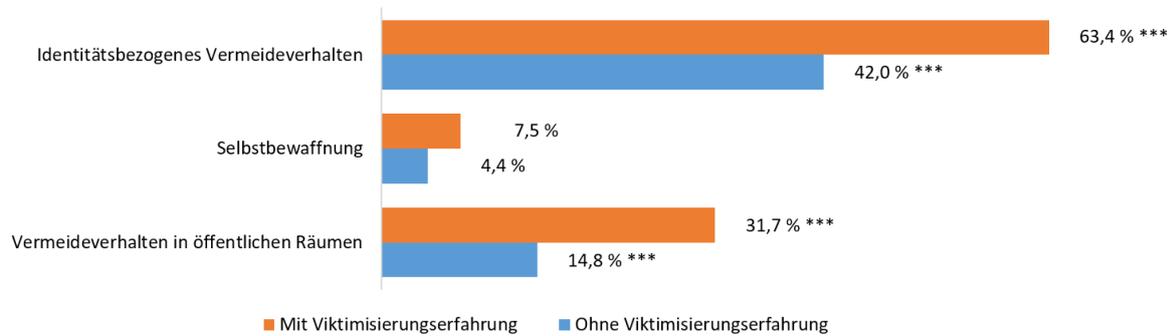


Abbildung 48: Häufigkeit von Vermeideverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz nach Viktimisierungserfahrung; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 114 - 186$ ; Mehrfachnennungen möglich

Abbildung 49 zeigt den Unterschied in der Häufigkeit von Vermeideverhalten getrennt für Befragte, die einen bzw. keinen Zusammenhang zwischen der von ihnen am schlimmsten erlebten Tat und den Geschehnissen des 07. Oktober 2023 sehen. Hier ergibt sich für keine der drei Dimensionen ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen. Ein deutlicher Unterschied zeigt sich allerdings unabhängig von Signifikanztests mit Blick auf das identitätsbezogene Vermeideverhalten, das durch den aktuellen Nahost-Bezug um etwa 10 % höher ausfällt.

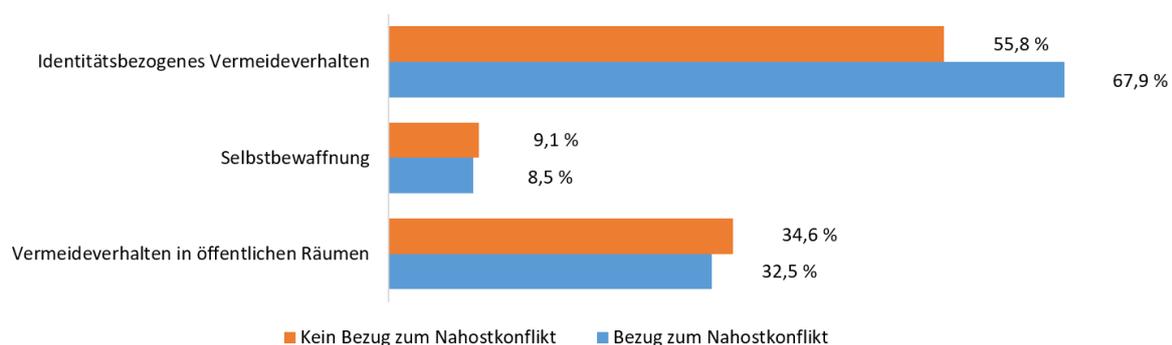


Abbildung 49: Häufigkeit von Vermeideverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz nach Bezug der eigenen am schlimmsten erlebten Tat zum 07.10.2023; Basis:  $n = 44 - 80$ ; Mehrfachnennungen möglich

Betrachtet man die Schutzmaßnahmen und vergleicht sie zwischen den Geschlechtern (Abbildung 50), so zeigt sich, dass Frauen häufiger Vermeideverhalten berichten. Ein signifikanter Unterschied zwischen Männern und Frauen ergibt sich jedoch lediglich für das Vermeideverhalten in öffentlichen Räumen ( $t_{(286)} = 3,76; p < .001$ ).

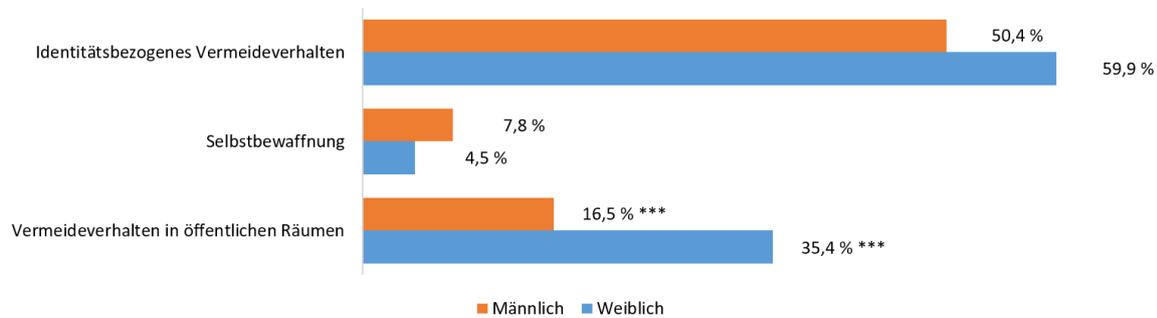


Abbildung 50: Häufigkeit von Vermeideverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz nach Geschlecht<sup>17</sup>; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 115 - 161$ ; Mehrfachnennungen möglich

Abbildung 51 stellt die Schutzmaßnahmen getrennt für Befragte mit bzw. ohne Migrationshintergrund dar. Hier geben Befragte ohne Migrationshintergrund tendenziell häufiger an, Schutzmaßnahmen zu treffen. Ein signifikanter Unterschied ergibt sich jedoch nur für das identitätsbezogene Vermeideverhalten ( $t_{(37)} = 3,20; p = .003$ ).

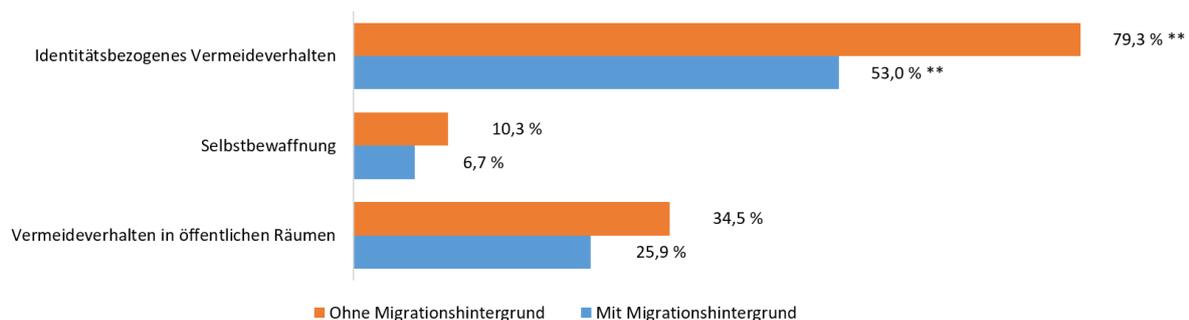


Abbildung 51: Häufigkeit von Vermeideverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz nach Migrationshintergrund; \*\*  $p < .01$ ; Basis:  $n = 29 - 283$ ; Mehrfachnennungen möglich

<sup>17</sup> Da die Anzahl der Personen, die ein diverses Geschlecht angaben, kleiner als 10 ist, wurde diese Gruppe nicht in der Abbildung dargestellt.

Vergleicht man die drei Dimensionen der Schutzmaßnahmen zwischen den Alterskategorien (Abbildung 52), so ergibt sich für das identitätsbezogene Vermeideverhalten ein Maximum im Alter von 40 bis 54 Jahren und ein Minimum im Alter von 75 bis 100 Jahren. Es gibt signifikante Unterschiede zwischen Befragte zwischen 40 und 54 Jahren, die deutlich häufiger angeben, ihre Identität zu verbergen, und Befragte zwischen 55 und 100 Jahren ( $F_{(3, 289)} = 6,12; p < .001$ ). Bezogen auf die Selbstbewaffnung und das Vermeideverhalten in öffentlichen Räumen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede über die Lebensspanne.

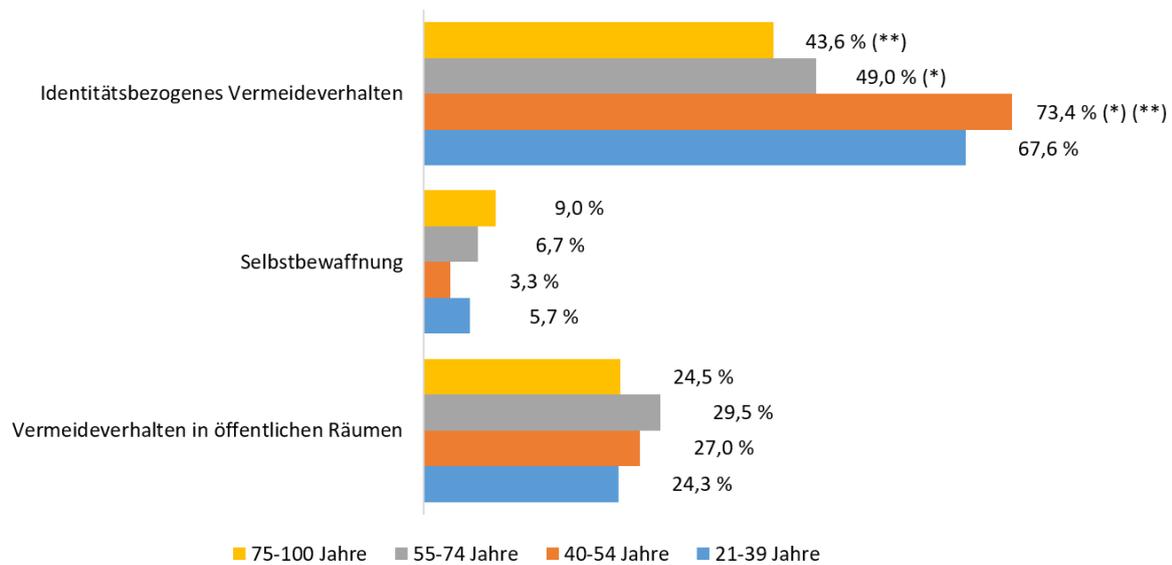


Abbildung 52: Häufigkeit von Vermeideverhalten im öffentlichen Raum, bezogen auf die eigene Identität und Selbstbewaffnung zum Eigenschutz nach Alterskategorien<sup>18</sup>; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 115 - 161$ ; Mehrfachnennungen möglich

## 5.8 Vertrauen in Institutionen

Neben den zuvor genannten direkten Folgen einer Tat kann Viktimisierung weitere indirekte Folgen haben. Dazu gehört die Veränderung des Vertrauens in verschiedene Institutionen, denen spezielle Rollen bei der Herstellung von Sicherheit für eine Gesellschaft zukommen. Auf einer elf-stufigen Skala von 0 % bis 100 % konnten die Befragten ihr Vertrauen in fünf Institutionen angeben. Die Ergebnisse sind in Abbildung 53 dargestellt. Das höchste Vertrauen genießt die Jüdische Gemeinde. 309 Befragte (90,1 %) schenken ihr mittleres bis hohes Vertrauen. Auf dem zweiten Platz folgt das Vertrauen in die Polizei und die Stadtverwaltung (jeweils  $n = 268$ ;

<sup>18</sup> (\*)  $p < .05$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; (\*\*)  $p < .01$  nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen

82,2 % bzw. 80,7 %). Das geringste Vertrauen wird den Gerichten entgegengebracht. Hier geben 225 Befragte (76,3 %) ein mittleres bis hohes Vertrauen an.

Wie groß ist das Vertrauen, das Sie folgenden Institutionen entgegenbringen?

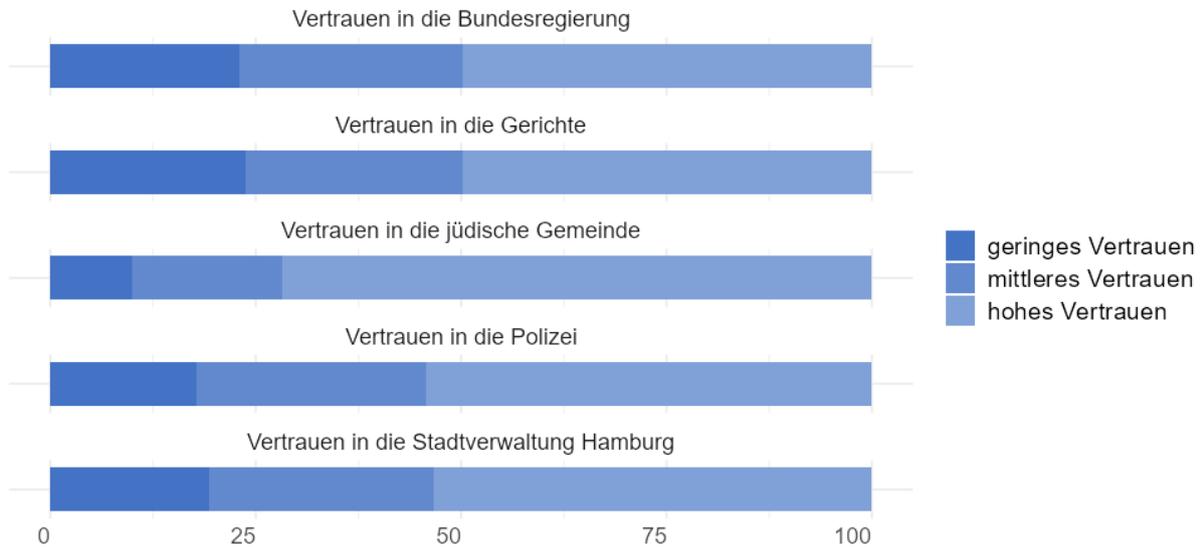


Abbildung 53: Vertrauen in Institutionen; Basis: n = 295 – 343

Betrachtet man das Vertrauen in die Institutionen getrennt für Befragte mit und ohne Diskriminierungserfahrungen, so berichten Befragte ohne Diskriminierungserfahrungen generell ein höheres Vertrauen über alle Institutionen hinweg (Abbildung 54). Signifikante Unterschiede ergeben sich dabei für das Vertrauen in Gerichte ( $t_{(101)} = 4,08$ ;  $p < .001$ ), in die jüdische Gemeinde ( $t_{(147)} = 2,12$ ;  $p = .036$ ), die Polizei ( $t_{(135)} = 4,86$ ;  $p < .001$ ) und die Stadtverwaltung Hamburg ( $t_{(133)} = 3,90$ ;  $p < .001$ ).

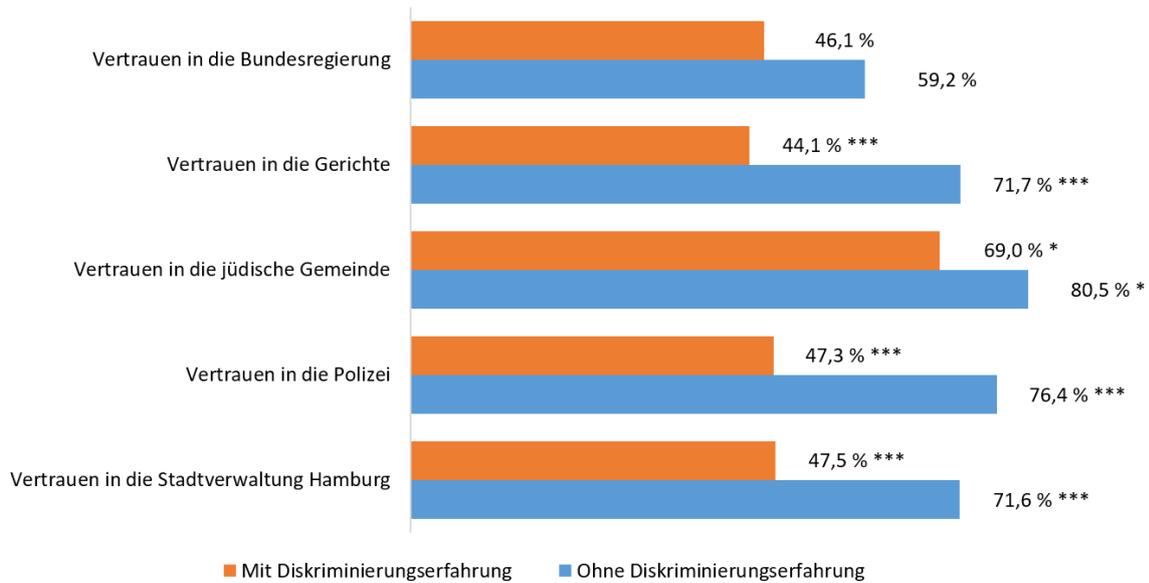


Abbildung 54: Vertrauen in Institutionen, Häufigkeit der Angaben „hohes Vertrauen“ nach Diskriminierungserfahrung; \*  $p < .05$ ; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 60 - 242$

Ein noch deutlicheres Bild zeigt sich bei dem Vergleich von Befragten mit bzw. ohne Viktimisierungserfahrung (Abbildung 55). Auch hier berichten die Befragte mit Viktimisierungserfahrung durchweg ein geringeres Vertrauen in Institutionen. Dabei sind die Unterschiede für alle Institutionen die Bundesregierung ( $t_{(281)} = 3,43$ ;  $p < .001$ ), die Gerichte ( $t_{(241)} = 5,03$ ;  $p < .001$ ), die jüdische Gemeinde ( $t_{(312)} = 3,20$ ;  $p = .002$ ), die Polizei ( $t_{(286)} = 5,24$ ;  $p < .001$ ) und die Stadtverwaltung ( $t_{(292)} = 5,10$ ;  $p < .001$ ) signifikant.

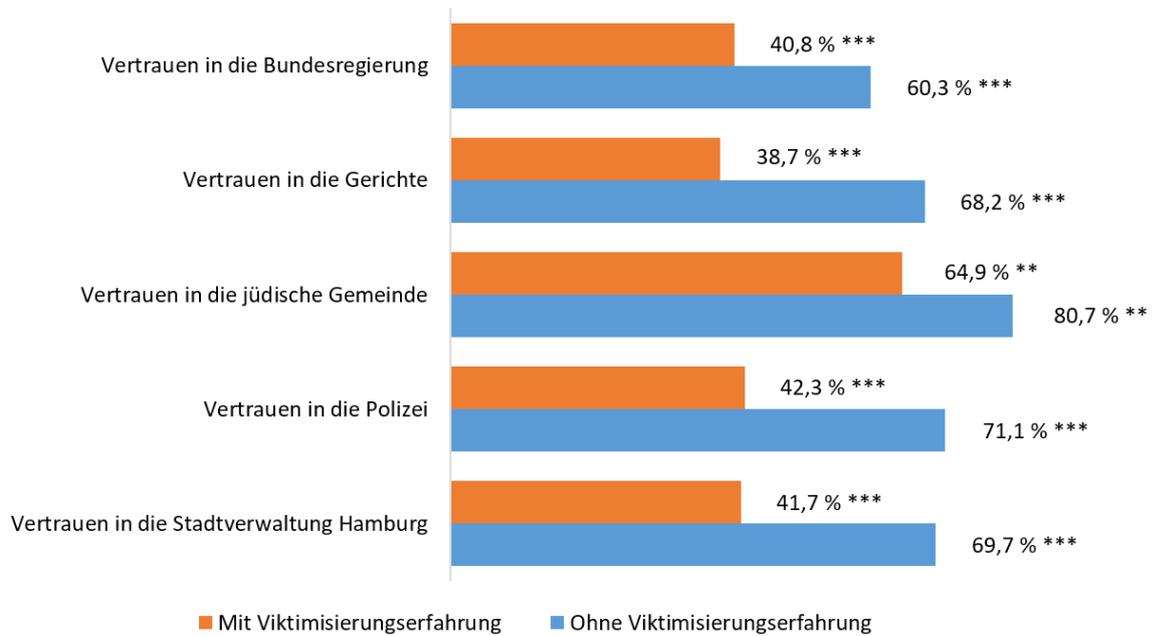


Abbildung 55: Vertrauen in Institutionen, Häufigkeit der Angaben „hohes Vertrauen“ nach Viktimisierungserfahrung; \*\*  $p < .01$ ; \*\*\*  $p < .001$ ; Basis:  $n = 110 - 175$

Abbildung 56 zeigt das Vertrauen in Institutionen unterschieden zwischen Befragte, die einen bzw. keinen Zusammenhang zwischen der von ihnen am schlimmsten erlebten Tat und den Geschehnissen vom 07. Oktober 2023 sehen. Befragte, die keinen solchen Zusammenhang sehen, berichten über alle Institutionen hinweg häufiges sehr hohes Vertrauen. Ein signifikanter Unterschied ergibt sich dabei jedoch nur für das Vertrauen in die Stadtverwaltung Hamburg ( $t_{(95)} = 2,13$ ;  $p = .036$ ).

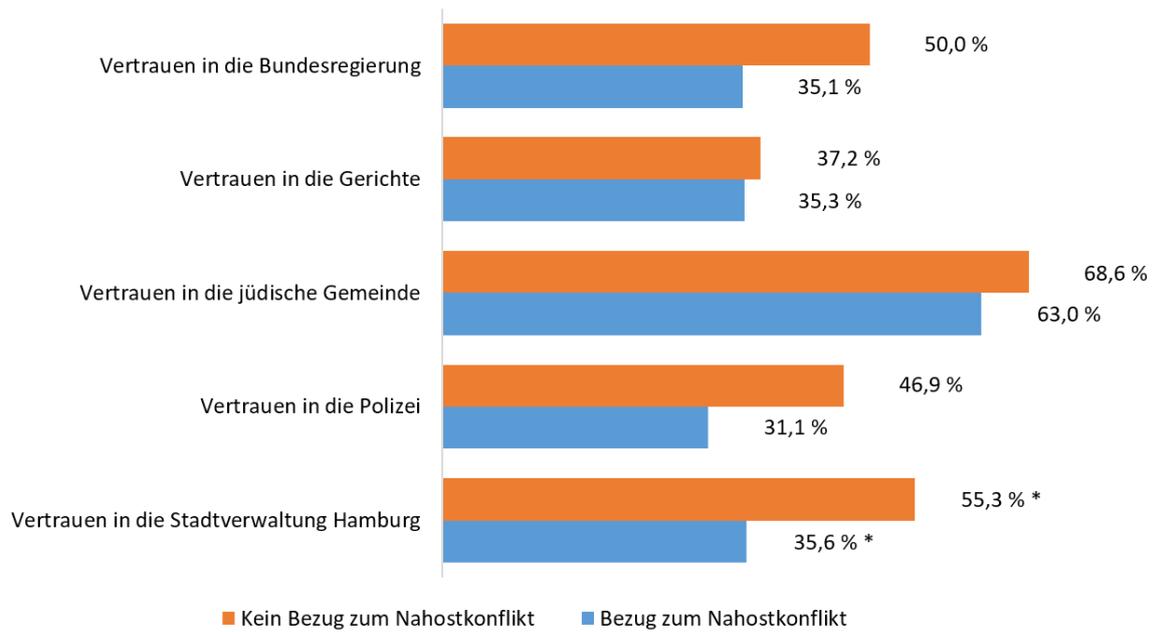


Abbildung 56: Vertrauen in Institutionen, Häufigkeit der Angaben „hohes Vertrauen“ nach Bezug der eigenen am schlimmsten erlebten Tat zum 07.10.2023; \*  $p < .05$ ; Basis:  $n = 43 - 74$

Betrachtet man das Vertrauen in Institutionen getrennt nach Geschlecht (Abbildung 57), geben Männer über alle Institutionen hinweg tendenziell häufiger ein hohes Vertrauen an als Frauen. Signifikante Unterschiede ergeben sich dabei jedoch nur für das Vertrauen in die Gerichte ( $t_{(256)} = 3,44$ ;  $p < .001$ ) und die Stadtverwaltung Hamburg ( $t_{(287)} = 2,42$ ;  $p = .016$ ).

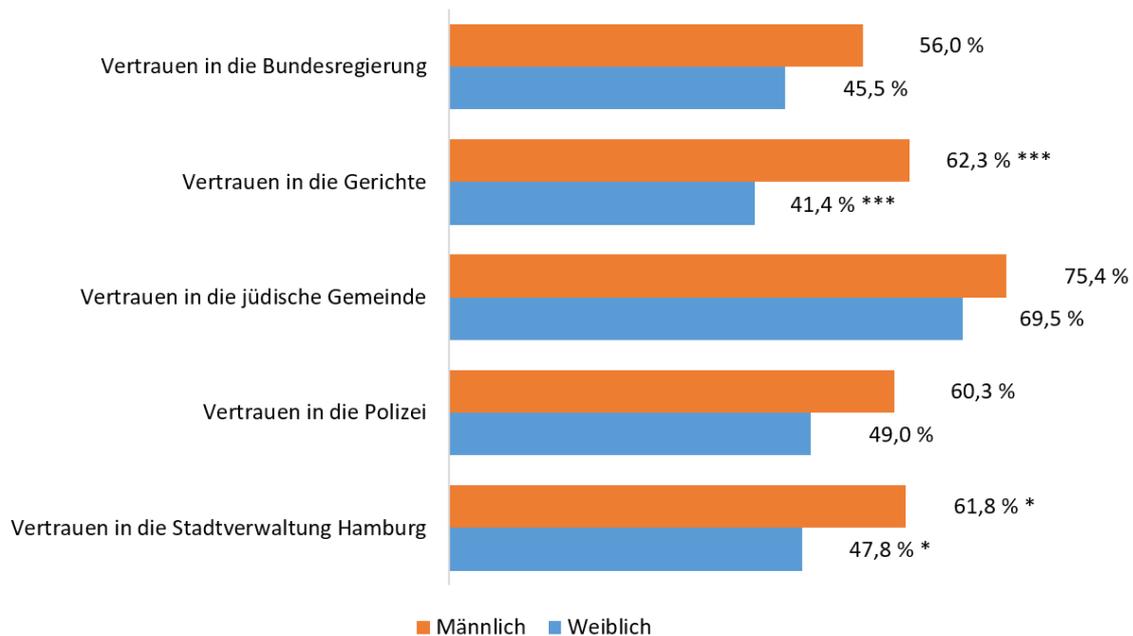


Abbildung 57: Vertrauen in Institutionen, Häufigkeit der Angaben „hohes Vertrauen“ nach Geschlecht; Da die Anzahl der Befragte, die ein diverses Geschlecht angaben, kleiner als 10 ist, wurde diese Gruppe nicht in der Abbildung dargestellt. \*  $p < .05$ ; \*\*\*  $p < .001$

Eine Unterscheidung zwischen Befragten mit bzw. ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihres Vertrauens in Institutionen zeigt, dass Befragte ohne Migrationshintergrund tendenziell öfter ein hohes Vertrauen in Institutionen berichten (Abbildung 58). Die einzige Ausnahme bildet das Vertrauen in die jüdische Gemeinde, die von Befragten mit Migrationshintergrund öfter als hoch angegeben wird. Hier ist gleichzeitig der einzig signifikante Unterschied ( $t_{(38)} = 2,86$ ;  $p = .007$ ).

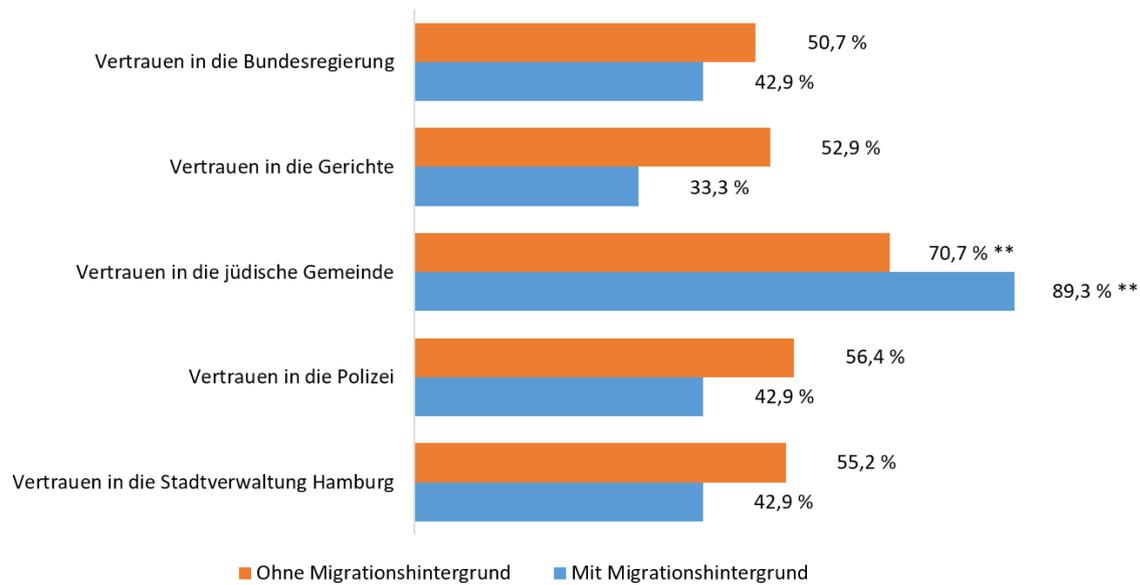


Abbildung 58: Vertrauen in Institutionen, Häufigkeit der Angaben „hohes Vertrauen“ nach Migrationshintergrund; \*\*  $p < .01$ ; Basis:  $n = 27 - 300$

Abbildung 63 zeigt die Unterscheidung des Vertrauens in Institutionen nach Alterskategorien. Hier ist ein Vertrauensanstieg mit dem Alter zu erkennen. Befragte zwischen 75 und 100 Jahren geben signifikant häufiger ein hohes Vertrauen in die Bundesregierung an als Befragte zwischen 21 und 39 Jahren ( $F_{(3, 295)} = 5,07$ ;  $p = .002$ ). Das Vertrauen in die Gerichte wird ebenfalls von Befragte zwischen 75 und 100 Jahren signifikant häufiger als hoch angegeben als von Befragte zwischen 21 und 54 Jahren ( $F_{(3, 261)} = 4,54$ ;  $p = .004$ ). Weiterhin geben Befragte zwischen 21 und 39 Jahren signifikant seltener ein hohes Vertrauen in die Polizei an als Befragte zwischen 55 und 100 Jahren ( $F_{(3, 288)} = 5,47$ ;  $p = .001$ ). Schließlich geben Befragte zwischen 21 und 39 Jahren signifikant seltener ein hohes Vertrauen in die Hamburger Stadtverwaltung an als Befragte zwischen 55 und 100 und auch Befragte zwischen 40 und 54 Jahren berichten signifikant seltener ein hohes Vertrauen in die Stadtverwaltung Hamburg als Befragte zwischen 75 und 100 Jahren ( $F_{(3, 292)} = 7,56$ ;  $p < .001$ ).

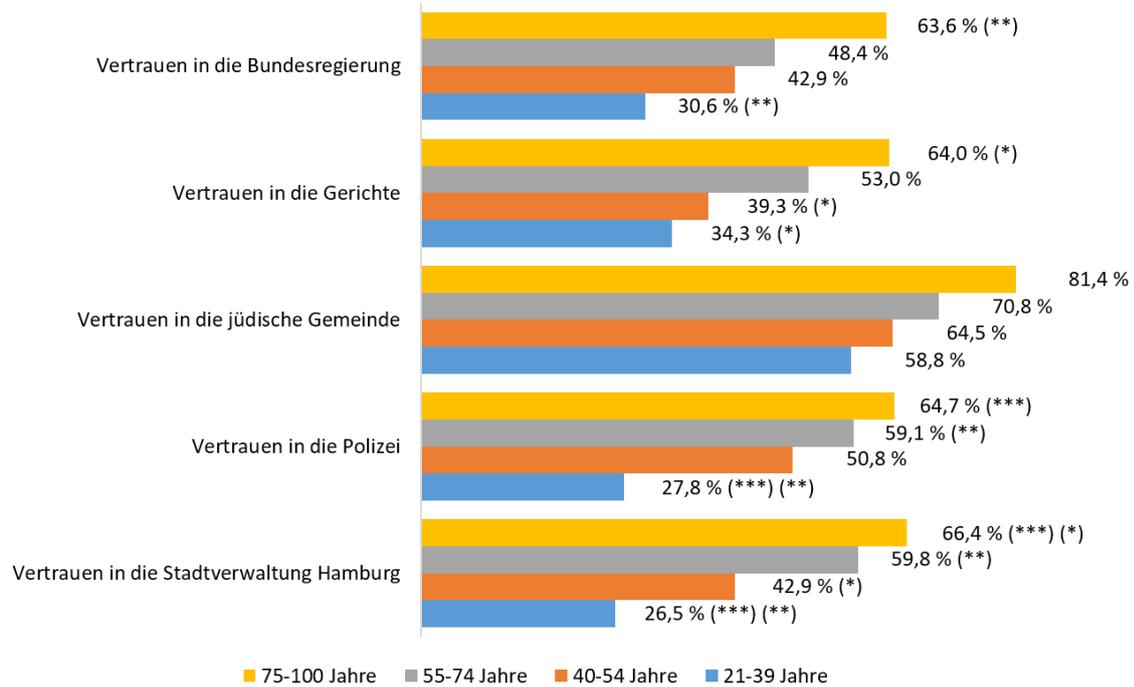


Abbildung 59: Vertrauen in Institutionen, Häufigkeit der Angaben „hohes Vertrauen“ nach Alterskategorien<sup>19</sup>; Basis: n = 34 - 118

<sup>19</sup> (\*) p < .05 nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; (\*\*) p < .01 nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen; (\*\*\*) p < .001 nur zwischen den in Klammern gekennzeichneten Gruppen

## 6. Zusammenfassung und Diskussion

Die vorliegende Studie liefert wichtige Erkenntnisse zu einem bislang in Deutschland kaum erforschten Bereich, nämlich dem Antisemitismus aus der Betroffenenperspektive. Im Rahmen einer schriftlichen Befragung von Jüdinnen und Juden in Hamburg konnten wichtige Erkenntnisse zum Leben und Alltag Hamburger Jüdinnen und Juden sowie zu ihren Erfahrungen mit Antisemitismus und den Folgen antisemitischer Diskriminierung gewonnen werden. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie stellen damit einen wichtigen Beitrag zur Schließung der Forschungslücke im Bereich der Antisemitismusforschung dar.

Insgesamt deuten die Ergebnisse der Studie auf eine hohe Betroffenheit jüdischer Menschen in Hamburg durch Antisemitismus hin. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (77 %) erlebte in den letzten 12 Monaten seit der Befragung Antisemitismus unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit, 18,4 % erlebten ihn sogar (sehr) häufig. Mehr als die Hälfte der jüdischen Menschen (55,7 %) erlebten in den letzten 12 Monaten mindestens eine strafrechtlich relevante antisemitische Diskriminierung, wobei verbale/psychologische Angriffe (54,6 %) deutlich häufiger vorkommen als körperliche oder sexuelle Übergriffe/Belästigung (13,3 %). Antisemitismuserfahrungen stehen im Zusammenhang mit der Identifikation als jüdisch und insbesondere auch dem Gefühl, die eigene Religion nicht frei ausüben zu können. Diese Kombination an Perspektiven unter solchen Jüdinnen und Juden, die schon einmal Antisemitismus erfahren haben, also eine verstärkte Identifizierung mit ihrem Jüdischsein in Kombination mit dem Gefühl, ihre Religion nicht frei ausüben zu können, deutet auf soziale Mechanismen der Desintegration und des Rückzugs als Folge der Antisemitismuserfahrungen hin. Das signifikant erhöhte identitätsbezogene Vermeiderverhalten in der Öffentlichkeit unter solchen Befragten, die schon einmal Antisemitismus erfahren haben, verstärkt diesen Eindruck. In Anlehnung an die Untersuchungen von Crenshaw (1989), die feststellte, dass schwarze Frauen auf dem Arbeitsmarkt in den USA der 80er Jahre gleichzeitig rassistische und sexistische Diskriminierungen erfahren, diese Formen der Diskriminierung aber rechtlich nur unabhängig voneinander berücksichtigt werden, ist Intersektionalität derzeit auch im deutschsprachigen Raum ein viel diskutiertes Thema. Crenshaw argumentierte dafür, dass Diskriminierung nicht eindimensional konstruiert werden soll, sondern Überschneidungen (intersections) und Überlappungen verschiedener Formen gesellschaftlicher Ungleichbehandlung betrachtet werden sollten. Auch im Zusammenhang mit antisemitischer Diskriminierung sind solche Überschneidungen denkbar.

Anhand der vorliegenden Daten und Analysen können hierzu aber nur vorsichtig annähernde Aussagen gemacht werden. Es findet sich ein signifikanter Geschlechtereffekt in unseren Daten. Weibliche jüdische Befragte berichten signifikant häufiger von Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen/Behörden, wie auch im öffentlichen Bereich/Freizeit. Hier scheinen sich die Merkmale Geschlecht und Jüdischsein als Ursache von Diskriminierung zu überlappen im Sinne einer Intersektionalität. Entsprechend dieser Annahme sind auch die Ängste vor Diskriminierung, das Rückzugsverhalten aus den öffentlichen Räumen und identitätsbezogenes Vermeideverhalten unter weiblichen jüdischen Befragten signifikant stärker ausgeprägt als unter männlichen. Dies sind deutliche Indizien für die Existenz von intersektionalen Diskriminierungsursachen unter jüdischen Menschen in Hamburg, die in Reaktionen auf und Präventionsbemühungen gegen antisemitische Diskriminierung Berücksichtigung finden sollten. Um hierzu besser abgesicherte Aussagen treffen zu können, sind aber tiefergehende Analysen zur Intersektionalität anhand eines umfassenderen Datensatzes notwendig, der größere Subgruppen beinhaltet.

Mehr als die Hälfte der Befragten (65 %), die eine antisemitische Diskriminierung erlebt haben, führen diese auf die aktuelle Krisensituation in Israel/Gaza zurück. Dies spiegelt die offiziellen Zahlen diverser Stellen wider, wonach in Folge des terroristischen Überfalls am 7. Oktober auf Israel ein deutlicher Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland registriert wurde. Unsere Daten zeigen: Neben den dargestellten negativen Auswirkungen der Betroffenheit von Antisemitismus auf das Vertrauen in Institutionen sowie das Wohl- und Sicherheitsempfinden, besteht ein erkennbarer Einfluss von der aktuellen Situation in Israel/Gazastreifen auf die Intensität der Belastungen und Verunsicherungen, denen Jüdinnen und Juden in Folge von antisemitischer Diskriminierung ausgesetzt sind. Besonders betroffen davon ist das identitätsbezogene Vermeideverhalten insofern, dass besonders Befragte, die ihre antisemitische Erfahrung mit den aktuellen Konflikteskalationen in Verbindung bringen, es vermeiden, ihre jüdische Identität zu offenbaren wie auch religiöse Symbole zu tragen oder zu zeigen. In dieser Gruppe, also unter Befragten, die eine antisemitische Diskriminierung erlebt haben und diese mit der Eskalation am 7. Oktober in Verbindung bringen, vermeidet es die überwiegende Mehrheit (70 %), ihre Identität als Jüdin oder Jude zu zeigen. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit ist Teil unserer Grundrechte. Auch das Vertrauen in zentrale Institutionen unserer Gesellschaft, insbesondere in die Polizei, verringert sich deutlich in Folge einer antisemitischen Diskriminierung, insbesondere aber wenn sie mit den aktuellen Konflikteskalationen zu tun hat: Nur eine

Minderheit derjenigen, die antisemitisch diskriminiert wurden und denken, dass das Erlebnis mit der Konfliktsituation in Israel zu tun hat, berichten gegenwärtig ein hohes Vertrauen gegenüber öffentlichen Institutionen (32 – 36 %); der stärkste Effekt dieses sozialen Mechanismus betrifft das Vertrauen in die Polizei: Nur 32 % haben hohes Vertrauen im Vergleich zu 71 % unter den Befragten, die keine Diskriminierung berichtet haben und 46 % unter den Befragten, die erlebte Diskriminierung(en) in keinem Zusammenhang mit dem 7. Oktober sehen. Das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, insbesondere die Polizei, ist besonders wichtig, um den Glauben an deren Legitimität und auch Kooperationsbereitschaft mit diesen innerhalb der Communities zu sichern (vgl. z.B. Tyler & Huo, 2002; Hough et al., 2013). Eine stärkere Sensibilisierung und Professionalisierung bezüglich Antisemitismus bei den Sicherheitsbehörden und der Justiz über einen entsprechenden Ausbau der Aus- u. Fortbildungsangebote, kann dazu beitragen, das Vertrauen in diese Institutionen zu erhöhen. Entsprechend ist auch die Stadtpolitik gefordert, durch geeignete Maßnahmen zu versuchen, die Selbstverständlichkeit von Vielfalt und Gleichwertigkeit noch stärker zu betonen und zu fördern. Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang das zivilgesellschaftliche Engagement der gesamten Stadtgesellschaft gefordert (Groß, Häfele & Peter, 2024). Über den Ausbau von Bildungs- und Dialogangeboten nicht nur für Bürger:innen im Allgemeinen, sondern auch für Lehrkräfte und Fachkräfte der Sozialen Arbeit, der Polizei, Justiz, Verwaltung sowie der Opferhilfeeinrichtungen kann zu einer stärkeren Sensibilisierung im Bereich des Antisemitismus und damit zum Schutz jüdischen Lebens in Hamburg beitragen.

Bezüglich der vorliegenden Untersuchung ist einschränkend festzustellen, dass die Ergebnisse aufgrund der einmaligen Messung (Querschnittsdesign) lediglich als Momentaufnahmen interpretiert werden müssen. Um jedoch Auswirkungen von gesellschaftlichen Entwicklungen, Krisen und Signalereignissen auf Antisemitismus und antisemitische Diskriminierung zu beobachten, sind zwingend auf Dauer angelegte längsschnittliche Untersuchungen notwendig. Wie unsere Daten, aber auch offiziell registrierte Zahlen sowie die Berichte unabhängiger Meldestellen (z.B. RIAS) zeigen, sind die Entwicklung des Antisemitismus und dessen weitreichende Folgen (für die direkt Betroffenen, die Gemeinschaft der Jüdinnen und Juden sowie die gesamte Gesellschaft) besonders sensitiv mit Blick auf solche gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Signalereignisse. Nur über eine Monitorisierung der Studie, d.h. idealerweise

eine jährliche Wiederholung der Befragung lassen sich zeitnah Zuspitzungen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, Krisen und/oder Signalereignissen registrieren. Ein Monitoring der Betroffenenperspektive ist insbesondere auch vonnöten um Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens in Hamburg etablieren und evaluieren zu können. Nicht zuletzt können in der vorliegenden Form, als einmalige Erhebung, auch keine Analysen zu Kausalitäten, also Ursache-Wirkung-Zusammenhängen, durchgeführt werden. Diese sind aber im Sinne von evidenzbasierter Prävention und Evaluation für eine effektive Bearbeitung und Prävention bestehender und künftiger Belastungen von Betroffenen durch Antisemitismus unabdingbar.

## 7. Literaturverzeichnis

- Beyer, H., & Liebe, U. (2020). Diskriminierungserfahrungen und Bedrohungswahrnehmungen von in Deutschland lebenden Juden. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft Und Politik*, 4(1), 127-148. <https://doi.org/10.1007/s41682-020-00056-8>
- BMI & BKA (2024). *Bundesweite Fallzahlen 2023 Politisch motivierte Kriminalität*. URL: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2)
- Bundeskriminalamt (2023). Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts- Phänomen – Definition, Beschreibung, Deliktsbereiche. URL: [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html)
- Bundesverband Rias e.V. (RIAS) (2023). *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober*. URL: [https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-11-28\\_antisemitische\\_reaktionen\\_in\\_deutschland\\_auf\\_die\\_hamas-massaker\\_in\\_israel\\_2.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf)
- Coester, M. (2008). *Das Konzept der Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Craig-Henderson, K. (2003). After the Hate: Helping Psychologists Help Victims of Racist Hate Crime. *Clinical Psychology: Science and Practice*, 10(4), 481-490. <https://doi.org/10.1093/clipsy/bpg048>
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the intersection of race and sex. A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory, and antiracist politics. *University of Chicago Legal Forum* 1 (8), 139–167.
- Decker, O., & Brähler, E. (2020). Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments–neue Radikalität. In O. Decker und E. Brähler, *Autoritäre Dynamiken* (S.13-26). Psychosozial-Verlag.
- European Union Agency For Fundamental Rights (FRA) (2018). *Experiences and perceptions of antisemitism Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU*. URL: <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/experiences-and-perceptions-antisemitism-second-survey-discrimination-and-hate>.
- Groß, E., Dreißigacker, A., & Riesner, L. (2019). *Viktimisierung durch Hasskriminalität. Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und Schleswig-Holstein*. URL: [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WsD4/Text\\_Gro%C3%9F\\_Drei%C3%9Figacker\\_Riesner.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD4/Text_Gro%C3%9F_Drei%C3%9Figacker_Riesner.pdf)
- Groß, E., Häfele, J., Peter, S. (2024). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive. Kernbefunde aus dem Forschungsprojekt „HateTown – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen“*. URL: [https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/schriftenreihe\\_des\\_ikris/](https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/schriftenreihe_des_ikris/)
- Häfele, J., Groß, E. 2023. Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen. In U. Kemmesies, P. Wetzel, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter und D. Rieger (Hrsg.), *Motra-Monitor 2022* (S. 460-471). URL: <https://www.motra.info/motra-monitor-2022/>
- Häfele, J. (2017). Disorder, (Un-)Sicherheit, (In-)Toleranz. In: Häfele, J, Sack, F., Eick, V., Hillen, H. (Hrsg.). *Sicherheit und Kriminalprävention in urbanen Räumen des 21. Jahrhunderts. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungen* (S. 193- 223). Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften. <http://doi.org/10.1007/978-3-658-16315-0>.
- Häfele, J. (2013). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*. Springer-Verlag.

- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände* (S. 301). Suhrkamp.
- Herek, G.M., Gillis, J.R., & Cogan, J.C. (1999). Psychological sequelae of hatecrime victimization among lesbian, gay, and bisexual adults. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 67(6), 945–951. <https://doi.org/10.1037//0022-006x.67.6.945>
- Herek, G.M., Cogan, J.C., & Gillis, J.R. (2002). Victim experiences in hate crimes based on sexual orientation. *Journal of Social Issues*, 58(2), 319–339. <https://doi.org/10.1111/1540-4560.00263>
- Hough, M., Jackson, J. & Bradford, B (2013). Legitimacy, Trust and Compliance. An empirical test of procedural justice theory using the European Social Survey. In J. Tankebe & A. Liebling (Hrsg.), *Legitimacy and Criminal Justice: An International Exploration* (S.326–352). Oxford University Press.
- Iganski, P. (2001). Hate Crimes Hurt More. *American Behavioral Scientist*, 45(4), 626–638. <https://doi.org/10.1177/0002764201045004006>
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) (2024). Arbeitsdefinition von Antisemitismus. URL: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.
- Kite, M.E. & Whitley, B.E. (2016). *Psychology of Prejudice and Discrimination* (3. Aufl.). New York: Routledge.
- Kleinschnittger, J., Wetzels, P., Richter, T., Brettfeld, K. & Farren, D.I. (2023). Menschen in Deutschland: International (MiDIInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 5. Universität Hamburg, motra Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung.
- Kliem, S., Beckmann, L., Kudlacek, D., & Krieg, Y. (2020). Vorurteile und vorurteilsgeleitete Straftaten: Ergebnisse der REX-Studie aus Schleswig-Holstein 2018. In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt* (S. 173-188). Nomos Verlag.
- Lang, K. (2014). *Vorurteils kriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch die Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte*. Nomos-Verlag.
- Lim, H.A. (2009). Beyond the immediate victim: Understanding hate crimes as message crimes. In B. Perry & P. Iganski (Hrsg.), *The consequences of hate crime* (S. 107–122). Westport, Conn.: Praeger.
- Perry, B. & Alvi, S. (2012). »We are all vulnerable«. *International Review of Victimology*, 18(1), 57–71. <https://doi.org/10.1177/0269758011422475>
- Porst, R. (1998). *Im Vorfeld der Befragung: Planung, Fragebogenentwicklung, Pretesting*. ZUMA-Arbeitsbericht, 1998/02. URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/20048>
- Prüfer, P. & Rexroth, M. (2000). *Zwei-Phasen-Pretesting*. ZUMA-Arbeitsbericht 2000/08. URL: [https://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis\\_reihen/zuma\\_arbeitsberichte/00\\_08.pdf](https://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/zuma_arbeitsberichte/00_08.pdf)
- Tyler, T. R., & Huo, Y (2002). *Trust in the Law: Encouraging Public Cooperation with the Police and Courts Through*. New York: Russell Sage Foundation.
- VBRG (2024). *Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt 2023*. URL: <https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2024/05/VBRG-Jahresbilanz-rechte-Gewalt-2023-Alle-Grafiken.pdf>
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Berlin. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>.
- Zick A, Jensen S, Marth J, Krause D, Döring G. (2017). *Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen. Expertise für den unabhängigen*

*Expertenkreis Antisemitismus. IKG Forschungsbericht.* URL: [https://pub.uni-bielefeld.de/download/2919878/2920030/IKG\\_ASBericht\\_Expertenrat\\_Mar2017.pdf](https://pub.uni-bielefeld.de/download/2919878/2920030/IKG_ASBericht_Expertenrat_Mar2017.pdf)

Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (2023). *Die Distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellung in Deutschland 2022/2023.* Dietz.